

9. Heft | 13. Mai 1915

## RUDOLF WISSELL · WAS WIR GEWERKSCHAFTER TUN MÜSSEN

**U**NTER vielfachen Friktionen mit der politischen Parteibewegung hat sich heute die Gewerkschaftsbewegung die Selbständigkeit erungen, der sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Es ist manchem auf die nur politische Betätigung eingeschworenen Parteigenossen schwer geworden einzusehen, daß unbeschadet der Bestrebungen, die auf eine zukünftige Neugestaltung unserer Gesellschaft gerichtet sind, doch auch den dringendsten Gegenwartsfragen, die immer energischer sich geltend machten und ihre Lösung durch die Gewerkschaften verlangten, ihr Recht werden mußte. Daß das notwendig war, ist selbst heute in manche Köpfe noch nicht hineingegangen. Nur zum Mißvergnügen solcher Parteigenossen hat sich die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zum selbständigen Glied der gesamten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vollzogen, das, der Vormundschaft der Parteileitung entwachsen, auf dem seiner Bearbeitung unterliegenden Gebiet nach eigenen, allerdings die Gesamtinteressen der Arbeiterbewegung währenden Entschließungen handelt.

Es wäre töricht bestreiten zu wollen, daß auch heute noch Differenzen zwischen den beiden Zweigen unserer Arbeiterbewegung bestehen und oftmals ein recht erheblicher Zwiespalt zwischen ihnen klappt. Es wäre aber auch geradezu wunderbar, wenn es anders wäre. Für die Partei liegt das Feld der Betätigung auf politischem Gebiet, für die Gewerkschaften auf wirtschaftlichem, unter Ausschluß jeder direkten Parteipolitik. Dazwischen aber erstreckt sich das weite Gebiet der Sozialpolitik, an der naturgemäß beide Zweige der Arbeiterbewegung interessiert sind, die aber für die Gewerkschaftsbewegung in höherem Maß als für die Partei eine direkte und unmittelbare Bedeutung besitzt. Darum ist die Arbeit auf diesem Gebiet auch im wesentlichen der Gewerkschaftsbewegung vorbehalten, ohne daß jedoch dabei die Partei ausgeschaltet würde. Im Lauf der Jahre hat man eingesehen, daß jedem sein Recht werden kann, und so hat sich ein ganz ersprießliches Verhältnis herausgebildet, bei dem sich beide Teile unter Wahrung ihrer Selbständigkeit über die einzuschlagenden Wege verständigen. Das hat freilich manchen radikal veranlagten Köpfen der Parteibewegung, die in den Gewerkschaften gar zu gern von der Parteileitung zu dirigierende Anhänger der Partei sehen möchten, ein ziemliches Unbehagen verursacht, und es ist sogar das törichte Wort gefallen, der Parteivorstand sei ein Gefangener der Generalkommission geworden.

Unverkennbar ist es indes, daß die Partei in höherem Maß als es früher der Fall war den gewerkschaftlichen Interessen Rechnung getragen hat. Ich erinnere nur an die Verständigung über die Frage der Arbeits- und Arbeitskammern. Daß sich trotzdem Reibungen ergeben und im einzelnen Fall auch ergeben müssen, ist ja nur zu erklärlich. Je nach der Art der Betätigung müssen sich die Anschauungen über die einzuschlagenden Wege, auf denen das gesteckte Ziel erreicht werden soll, verschieden gestalten. Wer im tagtäglichen Kleinkampf steht und sieht, unter welchen Opfern oft die geringste Lohnerhöhung oder sonstige Verbesserung der Arbeiterbedingungen erungen wird, kann die überschwengliche Meinung, daß man nur zu wollen brauche, um mit einem Schlag Großes zu gewinnen, nur belächeln. Auch wenn er dabei doch der festen Überzeugung sein mag, daß es möglich ist in Zeiten, wenn die wilden Wogen plötzlicher Erregung das ganze Volk erschüttern, Taten zu vollbringen, die sonst undenkbar scheinen, und daß eine solche Erregung auch wie ein nicht einzudämmendes Feuer dahinbrausen kann, unwiderstehlich und unbezwingbar. Daß aber das Spielen mit solcher Möglichkeit ein Verbrechen am Volk ist, daß man der Entwicklung der Dinge nicht vorgreifen kann, und daß Aufklärung und Organisation die besten Mittel sind, um die große Stunde der Entscheidung vorzubereiten, wenn eine solche dermaleinst kommen sollte. Wer über der Sorge um die Zukunft auch der Gegenwart ihr Recht werden läßt, sieht die Dinge naturgemäß anders an als der, den nur die Zukunft kümmert. Wer da meint, daß durch die rein politische Betätigung ein größerer Umschwung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen erzielt werden könnte, muß mit einer gewissen Geringschätzung dem Kampf um wenige Pfennige mehr Lohn, der schrittweisen Besserung der Lebenslage, wie sie von den Gewerkschaften erstrebt wird, gegenüberstehen. Daß jeder Umschwung der Dinge durch planmäßiges Vorarbeiten und Vordringen eingeleitet und schließlich bedingt wird, daß er nur der letzte Schritt organischer Entwicklung ist, die natürlich bald schneller bald langsamer vor sich gehen kann, bleibt bei solcher Auffassung nur zu oft unbeachtet.

Es ist auch falsch bestreiten zu wollen, daß bei der täglichen Arbeit im Gewerkschaftsleben der Blick für das in größerer Ferne liegende Ziel verschleiert und die Kleinarbeit als das Wichtigste angesehen werden kann. Doch wird man nicht behaupten können, daß in den leitenden Kreisen der deutschen freien Gewerkschaften ein solches Kleben an der Tagesarbeit bestehe, und daß diese als der Endzweck aller Betätigung angesehen wird. In viel höherem Maß muß man den Nurpolitikern den Vorwurf machen, daß sie nicht nur die Gewerkschaftsarbeit unterschätzen, sondern daß sie überhaupt für die Möglichkeit ersprießlicher Gegenwartsarbeit den Blick, daß sie geradezu den Boden unter den Füßen verlieren. Damit steht oft durchaus im Einklang, daß sie bei der Beurteilung realer Dinge diese nicht sehen wie sie sind sondern wie sie sie haben möchten. Das hat sich in der Kriegszeit auch besonders darin gezeigt, wie der Vorwärts so relativ einfache Dinge wie das Mietsrecht und das Recht aus dem Arbeitsvertrag beurteilte. Absolut nicht zu haltende und Verwirrung hervorrufende Auffassungen wurden da vertreten, die die wirkliche Arbeit zugunsten der von dem Krieg Betroffenen nur erschwerte.

Aber das alles mag noch hingehen. Wenn nur immer auf beiden Seiten die

ernstgemeinte Absicht besteht der andern gerecht werden zu wollen, so gleichen sich die Anschauungen schon aus. Nach den Erfahrungen der letzten Zeit muß man jedoch an dieser Absicht bei einem kleinern Teil der Parteigenossen ernstlich zweifeln, die immer den Verderb der ganzen Bewegung sehen, wenn ihre Ansichten nicht als zutreffend anerkannt werden, und wenn die tatsächliche Entwicklung einen andern Verlauf nimmt als sie prophezeit haben. Die großen Erfolge der von ruhiger Überzeugung getragenen Arbeit in den gewerkschaftlichen Organisationen, die befruchtend auch wieder auf die politische Bewegung gewirkt hat (was nur der bezweifeln kann, der das innere Organisationsleben und den innern Betrieb der Gewerkschaften nicht aus eigener Anschauung kennt), mögen, trotz mancher Hemmungen durch kleine, aber rührige Kreise der politischen Bewegung, bei manchem Gewerkschafter der Anlaß gewesen sein sich um diese Kreise wenig zu kümmern, gleich dem ruhig seines Weges schreitenden Arbeitspferd, das sich um den kläffenden Köter nicht kümmert. Nach den Vorkommnissen der letzten Monate muß man sich jedoch fragen, ob ein solches Verhalten schließlich das Richtige war. Wenn gegen die Generalkommission der geradezu kindlich lächerliche Vorwurf erhoben wurde, sie habe das zweite Verbot des Vorwärts verschuldet, und wenn es dann der Generalkommission nicht möglich war zur Abwehr dieses Vorwurfs eine Erklärung in das Parteiorgan hineinzubringen, das gerade für diese Abwehr, und nicht zum wenigsten im Interesse der Gesamtbewegung, in Betracht kam, weil der Einfluß der betreffenden Kreise groß genug war das zu verhindern, dann muß man sich allerdings sagen, daß es doch richtiger ist sich trotz aller Arbeitslast, die die Gewerkschaftsbewegung den einzelnen auferlegt, reger an der innern Parteiarbeit zu beteiligen. Man kann und darf nicht, in der Überzeugung, daß die Vernunft sich doch durchringt, gleichmütig zusehen, wie diese Kreise versuchen die Richtung der Gesamtbewegung in ihrem Sinn zu beeinflussen, wie sie es damit der Arbeiterbewegung erschweren alle sonst möglichen Erfolge für die Gegenwart zu erreichen.

Wir Gewerkschafter haben uns mehr als bisher um die Parteibewegung zu kümmern. Keinem soll das Wort zur Vertretung seiner Anschauungen versagt werden, aber es sollen auch nicht kleine Kreise mit Phrasen und hohlen Worten ihren der Gesamtbewegung verderblichen Einfluß unkontrolliert und ungehemmt entfalten dürfen.

XXX  
**JULIUS KALISKI · FORDERUNGEN NATIONALER SELBSTERHALTUNG**



**N**ICHT so harmlos wie die Bierbankstrategen sind die kriegsfreiwilligen Spezialisten für Fragen der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelversorgung, die mit großem Eifer heute die Erschöpfung der Getreidevorräte, morgen unserer Kartoffelbestände mit unbedingter Gewißheit auf Grund unerschütterlich einwandfreier Berechnungen prophezeien. Zugleich haben sie ein paar Rezepte an der Hand, die eindringlich mit der Versicherung empfohlen werden, nur ihr Gebrauch allein könnte uns noch in elfter Stunde vor der Aushungerung bewahren. Schon im Winter sagten sie für das Frühjahr das Ende unseres Brotgetreides an. Daß es anders kam, war natürlich kein ausreichender

Grund die Beweiskraft ihrer Statistik zu erschüttern, wohl aber ein Anlaß für sie mit verstärktem Eifer zu verkünden, daß in Kürze die Kartoffeln bis auf kümmerliche Reste verschwunden sein würden. Übrigens sollte dieser Zeitpunkt schon im März erreicht sein, wie man in gelegentlichen Mitteilungen bis in den April hinein zu lesen Gelegenheit hatte. Unter dem Einfluß derartiger Aufklärungsarbeit kann es schließlich nicht wundernehmen, daß sich in den Köpfen besonders Besorgter die Idee festsetzte, die Regierungen hätten keine durchgreifenden Maßnahmen zur Versorgung des Landes mit Nahrungsmitteln zu treffen gewagt, weil sie den Zorn der Agrarier fürchteten und eher eine Entblößung des Landes von den wichtigsten Nahrungsmitteln mit allen ihren militärischen und politischen Folgen selbst während des Krieges zuließen als den agrarischen Profitinteressen wehe zu tun. Diese törichte Vorstellung ist geeignet manches Unheil anzurichten. Es ist unbedingt notwendig ihr entgegenzutreten. Das bedeutet selbstverständlich keineswegs eine kritiklose Anerkennung der kriegswirtschaftlichen Regelung der Lebensmittelversorgung; ebensowenig soll damit die weitgehende Rücksichtnahme gezeugnet werden, die die deutsche Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte auf die Interessen der Landwirtschaft genommen hat: eine Rücksichtnahme, die durch ihre wohltätigen Folgen jetzt im Krieg auch jedem unbefangenen Nichtagrarier immerhin in eine andere Beleuchtung gerückt ist.

In der Tat lassen sich gegen die von der Regierung geübte Praxis der Höchstpreise und Beschlagnahme gewichtige Einwände erheben. Vor allem litten diese Maßnahmen unter der Verspätung ihrer Aufnahme, der Unzulänglichkeit ihres Wirkungsumfanges und der Unsicherheit ihrer Durchführung. Trotzdem ist die Ernährung des deutschen Volkes bis zu der nächsten Ernte unbedingt gesichert, jeder Tag erbringt neue Beweise dafür, daß eine ernsthafte Notlage in der Nahrungsmittelversorgung nicht zu befürchten ist. Aber sind die schon erwähnten Fehler, die mancherlei Schwierigkeiten und nicht zuletzt erhebliche Verteuerungen der Preise notwendiger Lebensmittel mit sich brachten, etwa durch Anordnungen bewirkt worden, die der Absicht entsprangen den Agrariern höhere Gewinne zu ermöglichen? Wer diese Behauptung aufstellt, weiß nicht oder ignoriert, daß die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen gegen viele der von der Regierung auf dem Gebiet der Nahrungsmittelversorgung getroffenen Einrichtungen lebhaften Widerspruch erhoben und auch andere Vorschläge gemacht haben. Gleich nach Ausbruch des Krieges wurde von landwirtschaftlichen Organisationen, darunter auch vom Bund der Landwirte, den Regierungen ein Programm unterbreitet, in dem die Festsetzung angemessener Höchstpreise nicht nur für Getreide sondern auch für Mehl und Brot sowie für alle allgemein wichtigen Bedarfsartikel in unumgehbarer Form verlangt wurde. Weiterhin enthielt das Programm auch die Forderung der zweckmäßigen Verteilung der Vorräte durch die staatlichen Behörden unter Ausschaltung der Spekulation. Betrachtet man diese Wünsche näher, so wird man finden, daß sie sich mit den Grundsätzen decken, die eine Eingabe des Vorstands der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften an den Reichskanzler über die Organisation der Lebensmittelversorgung aufstellte. Daß die Regierungen die ihnen empfohlenen Wege nicht einschlugen, erscheint danach ebensowenig Schuld der landwirt-

schaftlichen Interessenvertretungen wie der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Vielleicht aber hätte ein Zusammengehen der Arbeiterorganisationen mit den Organisationen der Landwirte in dieser Frage einen bessern Erfolg ihrer gemeinsamen Bestrebungen bewirkt.

Daß die Agrarier durch eine Interessensolidarität mit den Großmühlen und Händlern verbunden sind oder sich bemüht zeigen diesen Gewerben aus anderen Gründen besondere Vorteile zu verschaffen, kann gemeinhin nicht gut angenommen werden. Ein Hinweis darauf ist aber notwendig, um den Vermutungen zu begegnen, daß hinter allen wirtschaftlichen Kriegsmaßnahmen Rücksichten auf agrarische Interessen stecken. Denn die Großmühlen und der Handel sind von der Kriegsgesetzgebung mindestens bis zu der allgemeinen Getreidebeschlagnahme, die erst spät erfolgte, sehr bevorzugt worden. Bevor die Getreidehöchstpreise Ende Oktober eingeführt wurden, profitierten die Händler und die Mühlenbesitzer an den üppigen Preissteigerungen für Getreide nicht weniger als die Landwirte, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Landwirte die Beschränkung durch Höchstpreise von Anbeginn gefordert haben. Nun brachte das Höchstpreisgesetz mit 220 Mark für die Tonne Roggen und 260 Mark für die Tonne Weizen (Basis Berlin), gemessen an der Preisentwicklung der letzten Jahre, gewiß hohe Preise. Doch für die Landwirte ergab sich daraus nicht ohne weiteres eine entsprechende Steigerung des Gewinns, denn ihre Aufwendungen hatten gleichfalls sehr beträchtliche Erhöhungen erfahren, und zwar verteuerte sich für sie die Wirtschaft mit jeder weitem Beschlagnahme landwirtschaftlicher Produkte. Wäre die Preisregelung nach den Wünschen der Landwirtschaft gegangen, so hätte die Festsetzung der Getreidepreise zu wesentlich niedrigeren Sätzen erfolgen können; Voraussetzung dafür wäre nur die gleichzeitige Regulierung der Futtermittelpreise gewesen. Hätte bei den Entscheidungen der Regierung wirklich die Sorge um den agrarischen Profit überwogen, dann bliebe es ewig rätselhaft, warum jene Amtsstellen die Futtermittel, die die Landwirtschaft kaufen muß, dem freien Handel überließen und die Getreidepreise fixierten, wodurch nebenbei die Herbeiführung eines verständigen Ausgleichs der Preise für die gesamten landwirtschaftlichen Produkte erschwert oder sogar direkt verhindert wurde. Nur der Preis für Kleie erfuhr bei dem Erlaß der Getreidehöchstpreise eine Begrenzung, und zwar auf 130 Mark für die Tonne. Für die Landwirte erhöhte sich der Anschaffungspreis noch um den Händlergewinn, die Fracht und andere Spesen, denn ein Anrecht auf den Bezug von Kleie aus dem beschlagnahmten Roggen besteht nicht. Vor dem Krieg hielt sich der Kleiepreis auf 105 Mark und war bis zur Anordnung der Höchstpreise Ende 1914 auf 180 Mark gestiegen.

Welchen Umfang die Preissteigerungen für andere Futtermittel annahmen, läßt folgende Zusammenstellung erkennen:

Zeitpunkt	Preis in Mark für 1000 Kilo					
	Ausländische Weizenkleie	Baumwollsaatmehl	Rapskuchen	Leinkuchen	Palmkuchen	Erdnußkuchen
Mai 1914	104,10	137,80	117,00	138,18	126,88	163,00
Dezember 1914	—	202,70	193,56	251,12	221,95	268,60
März 1915	369,35	312,78	313,70	415,52	356,30	412,17

Einem Weizenkleiepreis von 369,35 Mark für 1000 Kilo stand ein Weizenpreis von 267,50 bis 269 Mark gegenüber; er überstieg den Weizenpreis also um rund 100 Mark für die Tonne. Noch krasser war die Entwicklung des Maispreises, der von 150,41 Mark im Juli 1914 bis Oktober auf 239,12 Mark gestiegen war; der Märzpreis stellte sich auf 580 Mark, der Preis im Mai auf 650 Mark. Ganz sicher entsprach den Erfordernissen der Landwirtschaft auch die Spekulation mit Hafer und Gerste im Kleinhandel nicht. Während der Höchstpreis für Gerste im Großhandel 220 Mark und der Großhandelshöchstpreis für Hafer 214 Mark betrug, wurden im Kleinhandelsverkehr Gerstenpreise bis 500 und Haferpreise bis 300 Mark für die Tonne erzielt. Berücksichtigt man, daß dem Großhandel bei dem Verkauf der verschiedenen Getreidearten Zuschläge von 4 Mark für die Tonne als Handelsgewinn neben Hinzurechnung der wirklichen Ausgaben für Frachten und Spesen damals auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen zustanden, so ergaben sich gewaltige Spannungen zwischen dem Groß- und dem Kleinhandelspreis. Die Höchstpreise galten nämlich nicht für solche Verkäufe an Kleinhändler und Verbraucher, die 3 Tonnen nicht übersteigen. Erst Ende Februar erfolgte die Beschlagnahme der noch vorhandenen Haferbestände, noch später die der Gerstenvorräte. Ausländische Gerste, die der Beschlagnahme nicht unterliegt, erzielte sogar Preise bis zu 620 Mark.

Der bedenklichste Mangel der Getreidehöchstpreise bestand in der Unterlassung der gleichzeitigen Festsetzung von Mehl- und Brotpreisen. Nach der Einführung der Getreidehöchstpreise ergab sich zunächst ein Preiswirlwarr. Ein eigentlicher Höchstpreis bestand nicht, weil zahlreiche Hauptmarktorte mit den verschiedensten Preisabstufungen vorgesehen waren. Besonders peinlich wurden die Verhältnisse dort, wo aus den Produktionsgebieten auf Grund der billigen Staffeltarife und der Möglichkeit des Wasserwegs die Wahl zwischen mehreren Verkaufsorten offenstand. Dadurch nahm der Wettbewerb bei dem Kauf von Getreide recht bedenkliche Formen an; um Ware zu bekommen, steigerte man die Getreidehöchstpreise über die nach den gesetzlichen Bestimmungen zulässige Höhe durch Gewährung hoher Provisionen sowie durch starke Aufschläge der Preise für Sackleihgebühr, Fracht, Spesen usw. Regelnd griffen dann die Ergänzungsbestimmungen des Höchstpreisgesetzes Ende Dezember ein, da nunmehr der Handelsgewinn für die Tonne auf 4 Mark beschränkt, und die Sätze für Sack- und Sackleihgebühr normiert wurden. Durch diese Unterbindung der Spekulation erhöhte sich der Nutzen für die Großmühlen weiterhin, denn die Mehlpreise hielten sich auf der vorher eingenommenen Höhe oder stiegen sogar noch weiter. Schon Mitte Januar wies ich in Fachblättern auf die Kriegskonjunktur der Großmühlen hin; unter Zugrundelegung der Berliner Höchstpreise ergab sich damals folgende Rentabilitätsberechnung: 1 Tonne Weizen kostet (Höchstpreis) 260 Mark. Sie ergibt 800 Kilo Mehl mit 42 Mark pro Doppelzentner = 336 Mark, 30 Kilo Staub und Verlust = 0 Mark, 170 Kilo Kleie mit 13 Mark pro Doppelzentner = 22,10 Mark. Die Mühlen erzielten also 358,10 Mark. Nach diesen Ziffern stellte sich der Mahllohn auf 98 Mark, während er normalerweise 15 bis 18 Mark beträgt. Doch der Ertrag erhöhte sich noch dadurch wesentlich, daß dem Weizenmehl zum Zweck der Streckung 30 % Roggenmehl beigegeben werden müssen, während es sonst

nur 5 % enthielt. Der Preis für 100 Kilo Weizenmehl stieg bis 48 Mark und der Roggenmehlpreis erreichte eine Höhe von 45 Mark. Auch die Unkosten der Mühlen haben wohl eine Steigerung erfahren; diese Erhöhung der Betriebskosten ist jedoch minimal im Verhältnis zur Mehlpreiserhöhung und fällt bei einem Preisvergleich nicht ins Gewicht. Nach den amtlichen Preisfeststellungen bestand Januar 1914 zwischen dem Preis für 1000 Kilo Weizen und der gleichen Menge Weizenmehl eine Spannung von 57,84 Mark, im März 1915 betrug diese Spannung 171 Mark; für Roggen und Roggenmehl stellte sich Januar 1914 die Spannung auf 46,93 Mark und im März 1915 auf 199 Mark. Mit der Übernahme der Brotgetreidebestände und des Mehlvertriebs durch die Kriegsgetreidegesellschaft ist zuerst eine Festsetzung des Händlerpreises für Weizenmehl von 43,25 Mark, für Roggenmehl von 40,75 Mark pro 100 Kilo im Bezirk von Groß Berlin erfolgt, alsdann wurde eine Ermäßigung auf 41,50 Mark für Weizenmehl und 37,50 Mark für Roggenmehl vorgenommen. Diese Herabsetzung hält sich in sehr bescheidenen Grenzen, die Getreidehöchstpreise von 260 Mark für Weizen und 220 Mark für Roggen rechtfertigen die Höhe der Mehlpreise nicht, sie könnten unter Zugrundelegung der geltenden Getreidepreise wesentlich niedriger gestellt werden.

Allerdings ist schließlich zur Verhütung einer weiteren Steigerung der Futtermittelpreise eine Beschlagnahme des im Inland noch vorhandenen Futtermittelbestands erfolgt, aber erst mit Wirkung vom 8. April 1915 ab, und diese so weit verzögerte Beschlagnahme ist in ihrem Nutzen für die Landwirte äußerst bescheiden; ganz abgesehen davon, daß die Preise nach den Treibereien, die vorangegangen waren, auf ein erträgliches Maß gar nicht mehr zurückzuführen waren.

Diese Gestaltung der Futtermittelverhältnisse muß auch bei der Beurteilung der mit der Kartoffelversorgung verbundenen Fragen in erster Reihe berücksichtigt werden. Ursprünglich wurde der Kartoffelhöchstpreis auf 2,75 Mark festgesetzt, vom 15. Februar an erfuhren die Höchstpreise eine Steigerung auf 4,25 bis 4,80 Mark für den Zentner, je nach den Landesteilen und Kartoffelsorten. Da in den meisten Gegenden die Händlerpreise unbeschränkt blieben oder bestehende Beschränkungen wieder aufgehoben wurden, erreichten die Kartoffelpreise für die Verbraucher vielfach eine bedenkliche Höhe, doppelt bedenklich, weil am stärksten davon natürlich die ärmeren Volksschichten in Mitleidenschaft gezogen wurden. Durch die jüngste Bundesratsverfügung in der Kartoffelfrage ist für die minderbemittelte Bevölkerung in den Städten bis 25 000 Einwohner der Kartoffelkonsum sichergestellt worden, die Abgabe an die minderbemittelte Bevölkerung ist zu den Höchstpreisen zuzüglich Fracht und eines kleinen Spesensatzes vorgesehen. Auf die Einzelheiten der Verordnung soll hier nicht näher eingegangen werden. Jedenfalls hat sie zunächst die Sicherstellung von Kartoffelvorräten bis zur Ernte für die Volkskreise bewirkt, denen der Ersatz des Kartoffelverbrauchs durch andere Nahrungsmittel schon wegen der Kostenfrage nicht oder nur mit schweren Opfern möglich wird. Für die Mengen, die das Reich erwerben muß, um den Kommunalverbänden die erforderlichen Kartoffelquanten zur Verfügung zu stellen, bei den bedeutenden Vorräten, die die Kommunen selbst angehäuft haben (die dazu notwendigen Mengen sind übrigens nicht mehr sehr groß), sollen den Produzenten auf die Höchst-

preise Zuschläge als Entschädigung für Aufbewahrung, geeignete Behandlung gezahlt werden, die aber den minderbemittelten Beziehern nicht in Anrechnung gebracht werden. erinnert man sich der Futtermittelpreise, so wird man der Versicherung der Landwirtschaft, daß der Verfütterungswert der Kartoffel für zahlreiche Wirtschaften viel höher zu veranschlagen ist als der Höchstpreis, ohne weiteres Glauben schenken. Auch bei der Kartoffelversorgung sind nicht wenige Unterlassungssünden begangen worden. Sie hätte sich zweifellos in ruhigen Bahnen abwickeln lassen, denn die Sorge einer schlimmen Kartoffelnot erwies sich als übertrieben; bei der diesmal reichlichen Vorversorgung der wohlhabenden Kreise scheint eher die Annahme gerechtfertigt, daß im Verlauf der nächsten Wochen die Nachfrage geringer als in normalen Zeiten sein dürfte.

Stürmisch wurde zeitweise die verstärkte Massenabschlachtung der Schweine ohne Rücksicht auf die künftige Fleischversorgung gefordert, um mehr Kartoffeln für menschliche Nahrung zu gewinnen. Daß die Deckung des Kartoffelbedarfs ohne die radikale Vernichtung der Schweinebestände möglich ist, wird jetzt von Fachkreisen mit Bestimmtheit erklärt, und diese Tatsache muß als höchst erfreulich begrüßt werden. Noch können die Klagen nicht vergessen sein, die von Zeit zu Zeit über den Mangel an Schweinefleisch in Deutschland erhoben wurden, und diese Klagen würden bald ins Ungemessene steigen, hätte man jetzt der Forderung zum Zweck der Kartoffelschonung die Schweinevernichtung großen Stils zu betreiben widerstandslos nachgegeben. So nahe der Gedanke liegen mag bei Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung nur die Bedürfnisse des Augenblicks zu berücksichtigen, so gefährlich wäre ein derartiges Verfahren. Die Hauptaufgabe ist und bleibt die Grundlagen der Produktion zu sichern, weil mit dem Versiegen der Erzeugungsquellen schnell schlimmerer Not Tür und Tor geöffnet würde. Deshalb ist die Charakterisierung einer Wirtschaftsmaßnahme als Produzentenpolitik ein Lob, keinesfalls aber ein Vorwurf, wenn auch manche Kreise einen solchen damit auszusprechen glauben. Hier sollte man sich endlich auch über die Tragweite einschneidender Veränderungen der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft klar geworden sein. Der landwirtschaftliche Betrieb läßt sich nicht wie ein Warenhaus, eine Druckerei oder eine Weberei nach Belieben einschränken und ausdehnen, noch weniger kann er nach dem Muster industrieller Unternehmungen nach dem Bedarf des Tages umgeformt werden. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Landwirtschaft sich den Anforderungen des Landes anpaßt; die deutsche Landwirtschaft insbesondere hat das mit starker Elastizität getan. Wird aber immer wieder von Opfern gesprochen, die zugunsten der Landwirtschaft dem Volk auferlegt wurden, so darf nie vergessen werden, daß das, was man Opfer nennt, nicht dem einzelnen Landwirt sondern der Landwirtschaft, das heißt dem Ausbau und der Sicherung unserer eigenen Produktion an Nahrungsmitteln, gebracht wurde. Solche Opfer erweisen sich nicht nur im Krieg als billige Versicherungsprämien, sie müssen auch im Frieden zur gleichmäßigen Entwicklung aller wirtschaftlichen Kräfte geleistet werden. Nach den Erfahrungen des Krieges ist es vollends unbegreiflich, wie man fortan einer Wirtschaftspolitik das Ziel stellen kann unter allen Umständen die notwendigsten Nahrungsmittel und Industrieprodukte dort zu kaufen, wo



man sie am billigsten beziehen kann. Privatwirtschaftlich ist dies Verlangen gewiß begreiflich, volkswirtschaftlich aber wird die Befolgung dieser Regel sinnlos und frevelhaft. Für die Entwicklung eines Staates ist es natürlich von größter Bedeutung, woher die Gesamtheit seiner Angehörigen Brot, Fleisch, Eisen und Kohle kauft; wäre das dem Deutschen Reich gleichgültig gewesen, dann wäre es der von England angestrebten Aushungerung schon sehr lange erlegen. Im Völkerleben ist die (von manchen immer noch als hohe Weisheit gepriesene) Maxime, daß kein Land etwas produzieren soll, was es in einem andern Land billiger beziehen kann, unbedingt als kurzichtig und gefährlich zu verwerfen. Ein Land, das nicht imstande ist sich selbst mit Nahrungsmitteln zu versorgen, wird auf die Dauer seine Selbständigkeit nicht behaupten können. Was hätte sich wohl herausgebildet, wenn der Übergang zum Schutzzoll auch in Deutschland in dem Glauben auf die naturgegebene Arbeitsteilung der Völker und Länder unterblieben wäre? Getreide verkauften Rußland, Argentinien und die Vereinigten Staaten von Amerika infolge ihrer vorläufig noch extensiven Wirtschaft billiger als wir es selbst bauen konnten. Angenommen, wir hätten den größten Teil unserer Getreideerzeugung aufgegeben und dafür ausländisches Getreide bezogen: wie ständen wir jetzt da? Aber auch Industrieschutzzölle hielt man für überflüssig, weil England mit seiner hochentwickelten Industrie, in den Zeiten, da unsere industrielle Entwicklung noch an ihrem Anfang stand, billig und schnell Industriewaren aller Art lieferte, wodurch die junge ungeschützte Konkurrenz erdrückt worden wäre. Das Endergebnis wäre eine Verödung landwirtschaftlicher Produktion und der Verzicht auf die Industrialisierung gewesen; damit hätten wir dann den Inbegriff aller Schönheiten einer wahren Konsumentenpolitik erlebt. Wirtschaftsidealen dieser Art hing einmal der Liberalismus in seinen alten Tagen an; sie entsprangen einer Auffassung, die weder vorschauend noch auf die Dauer wirtschaftlich bekömmlich war. Aus liebgewordener Gewohnheit wird in einigen liberalen Organen dieses längst abgespielte freie Spiel der Kräfte als Heilswahrheit vorgetragen, aber der Liberalismus ist bis auf kleine Gruppen in der Praxis ganz andere Wege gegangen. Soll die Sozialdemokratie, die politische Vertretung der Arbeiterklasse, das abgelegte altliberale Programm als Vorbereitung der sozialistischen Organisation der Produktion aufnehmen?

Die Konsequenz sozialistischer Wirtschaftsauffassung bedingt die Nahrungsmittelerzeugung und -verteilung als öffentlichen Dienst anzusehen. Daraus ergibt sich auch unsere Übereinstimmung mit den von den landwirtschaftlichen Interessenvertretungen bei Ausbruch des Krieges erhobenen Forderungen über die Regelung der Nahrungsmittelversorgung. Lückenlos mußte diese Regelung sein, um einer Spekulation beim Vertrieb der notwendigsten Nahrungsmittel aus der durch den Krieg geschaffenen Lage die Wege zu versperren. Daß sie es nicht war, ermöglichte die beklagenswerten und belastenden spekulativen Ausschreitungen, an denen teilgenommen zu haben Händler und Landwirte sich gegenseitig bezichtigten. So entschieden immer die Vorgänge an den Nahrungs- und Futtermittelmärkten zu bekämpfen sind, so irrig und ungerecht wäre eine bedingungslose Verurteilung des Handels, der seinen besonderen Gesetzen folgt, und dessen Träger gerade so sittlich und unsittlich denken und handeln wie Landwirte, Industrielle und Angehörige

anderer Erwerbsgruppen auch. Will man Exzessen des Handels vorbeugen, dann muß man eben die Einrichtungen schaffen, die ihn hindern unrecht zu tun. Töricht, auch gefährlich ist die oft nur aus Unbedacht genährte Meinung, daß der Handel als solcher parasitär sei, und subaltern ist es wegwerfend von einem *Händlergeist* zu sprechen. Wer Weltwirtschaft treiben will, kann den Händlergeist am wenigsten entbehren; in ihm steckt der stärkste Antrieb auch zur Schifffahrt, zur Kolonisation; ihn unterdrücken, das wäre der Verzicht auf weltwirtschaftliche Entwicklung. Also eine Verkennung der Bedeutung des Handels liegt mir gewiß fern. Nichtsdestoweniger müssen wir die Ausschaltung des Handels oder zum mindesten eine weitgehende Eindämmung seiner Mitwirkung bei der Nahrungsmittelversorgung fordern, die zu sichern Grundbedingung der Selbsterhaltung eines Volkes ist, und die als öffentlicher Dienst von dem Getriebe der Spekulation fernzuhalten ist.

XX  
**MAX SCHIPPEL · ENGLISCHE HOFFNUNGEN AUF  
 DEN RUSSISCHEN MARKT**



SEIT Jahren arbeitet ein großer, einflußreicher Teil der englischen Geschäftswelt und der maßgebenden politischen Kreise Englands zielbewußt auf die Verdrängung Deutschlands vom russischen Markt hin. Kein Mittel der Verfeindung schien dabei den Leitern dieses stillen Handelskriegs zu schlecht.

Während bei uns der Schablonendemokrat ältester Façon unerschütterlich dabei blieb, daß die Liebedienerei gegen Rußland zum Himmel schreie, und daß der Zarismus der eine alleinige allgemeine Todfeind aller Kulturstaaten sei und bleibe, schmeichelten umgekehrt die englischen Wortführer der deutschfeindlichen Koalitionsbestrebungen, die Times an der Spitze, nach Möglichkeit dem weitverbreiteten russischen Wahn, daß man im Zarenreich, zum mindesten seit dem Berliner Kongreß /1878/, unter dem unerträglichen Joch der deutschen Vorherrschaft schmachte, und daß deutsches Kapital und deutsche Wirtschaftspolitik dem verheißungsvollen jüngern Land das Mark aus den Knochen saugen. Die zahllosen kleinen Handelsvermittler des Innern, meist jüdischen Blutes, an denen das ungeheuer vielverzweigte deutsche Absatznetz seit jeher vorwiegend seinen Halt hat, verdächtige man, rein aus Geschäftsberechnung, in niederträchtigster Weise als anrühige politische Agenten des deutschen Ausdehnungs- und Angriffssystems. Russisch-britische Handelskammern, in Petersburg wie in London, gaben dem wirtschaftlichen Verdrängungsverlangen ein festeres Rückgrat. Eine ganze Verbrüderungsliteratur sproß, wie seinerzeit in Frankreich während der Jugendblütezeit der russisch-französischen Allianz, in englischen Revueartikeln, Flugschriften, Reiseschilderungen und sogar in schwerkalibrigen gelehrten Werken auf.

Die Führung übernahmen abermals die Times mit ihren Russian Supplements, die inhaltlich selber jedesmal ein kleines Buch darstellten. Da hiervon jetzt, unter dem 26. April, die 11. Ausgabe erschienen ist, und da auch diese wiederum recht beachtenswerte Ausbrüche des Deutschenhasses und noch bemerkenswertere Anweisungen für die wirtschaftliche Deutschenbekämpfung enthält, so sei auf diese unermüdliche Agitation heute kurz eingegangen.



IE arbeitet, wie man das bei einem so vielerfahrenen, vielgewandten Kulturvolk und bei einem Blatt vom Rang der Times von vornherein erwarten kann, unbestreitbar mit geistig hervorragenden, wertvollen Kräften. Ist doch der Leiter des Russian Supplement heute kein geringerer als Sir Donald Mackenzie Wallace, der bekannte Verfasser eines der wertvollsten, auch in Deutschland in mehreren Auflagen verbreiteten Werkes über Rußlands politische und wirtschaftliche Entwicklung und Lage. Er hat viele Jahre zu Studienzwecken in Rußland zugebracht, war später Korrespondent der Times in Petersburg, dann in Konstantinopel und von der Mitte bis zum Ende der achtziger Jahre Privatsekretär Lord Dufferins als Vizekönigs von Indien. 1890 begleitete er (wie es in den biographischen Angaben heißt: im Auftrag der englischen Regierung) den damaligen russischen Thronfolger und heutigen Zaren auf seiner Reise durch Indien. Als Direktor der auswärtigen Abteilung der Times hat er alsdann wohl viel zum Wachstum jener Strömung beigetragen, die allein im engern Anschluß an Rußland und den russisch-französischen Zweibund und, unbeirrt von allen für sie vollkommen gültigen Hinweisen auf gemeinsame Westkultur und übereinstimmende westliche Verfassungsanschauungen, in der scharfen Wendung gegen Deutschland die sichere Wahrung des englischen maritimen und weltpolitischen Übergewichts erblickt.

Wallace betont denn auch mit nicht geringem Stolz seine und seiner Mitarbeiter Leistungen. Die im Lauf der letzten Jahre veröffentlichten Russian Supplements hätten nicht wenig dazu beigetragen den Boden für das jetzt wirksame englisch-russische Bündnis vorzubereiten.

»Um ein solches Bündnis zu ermöglichen, und um es zu etwas mehr zu machen als zu einem zeitweiligen diplomatischen Hilfsmittel für augenblickliche politische Zwecke, dazu mußten aus der Vorstellungswelt der Engländer eine Menge Vorurteile und Mißverständnisse über das gigantische Reich der Zaren entfernt werden. Allgemein beurteilte man dieses Reich als ein geistig verfinstertes, dem Stillstand verfallenes Gemeinwesen, das mit dem unsern wenige Interessen gemeinsam hätte und noch weniger Einrichtungen, mit denen wir sympathisieren könnten. Viele dieser Irrtümer sind glücklicherweise jetzt zerstört; und sollte es weiter noch nötig sein die alten Wälle des Nichtverstehens, die so lange den Weg zu einem herzlichen Einvernehmen sperrten, niederzulegen, so kann man ein ganzes Arsenal von Waffen und Geschossen in den fachmännischen Artikeln unserer namhaften Mitarbeiter finden. . . Der öffentlichen Meinung im allgemeinen und der Geschäftswelt im besondern haben wir oft vor Augen geführt, daß Rußland und England schon in der Vergangenheit auf einander angewiesen waren, und daß sie für die Zukunft zu noch innigeren Verbindungen kommen müßten: als Folgewirkung der eigenartigen Wirtschaftsbedingungen der beiden Länder. Kurz zusammengefaßt: Jedes der beiden Länder hat einen reichen Überfluß von dem, was das andere Land dringend braucht, und deshalb muß der Warenaustausch beiden vorteilhaft sein. Man kann sich in der Tat kaum zwei Nationen denken, die für gegenseitiges Zusammenwirken in ihrer ökonomischen Entwicklungslaufbahn passender ausgestattet wären, und die Gebiete des freundschaftlichen Zusammenstehens sind so ausgedehnte, daß der gegenseitige Beistand, falls er sich nur den im einzelnen ewig wechselnden Verhältnissen anzupassen weiß, Menschenalter hindurch anhalten kann. . . Zur Lösung dieses wichtigen Problems haben die Timessupplemente ihr Teil beigetragen, indem sie darlegten, was England von Rußland und Rußland von England begehrt, und wie das Zusammenwirken der beiden Nationen am besten ausgestaltet werden kann. Zugleich boten sie Gelegenheit die besten Mittel zum Ausgleich scheinbar sich kreuzender Interessen, wie in den Zollfragen und bei der Handelsgesetzgebung, freundschaftlich zu erörtern.«

Ähnlich den Vereinigten Staaten wird Rußland als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten in den Himmel gehoben: nach den ihm zur Verfügung stehenden natürlichen Hilfsquellen für Bergbau, Landwirtschaft und Industrie, nach dem erwachenden Unternehmungsgeist und Selbstbetätigungstrieb seiner Bevölkerung, nach dem Reformstreben seiner Regierung, die trotz mancher schlimmen »Mißgriffe« und abstoßenden Äußerlichkeiten innerlich vollkommen umgelernt habe. Besonders die Semstws, denen in Rußland bekanntlich ganz außerordentliche wirtschaftliche Funktionen (etwa wie bei uns großen Bezirksgenossenschaftsverbänden) für Ein- und Verkauf, für Produktions- und Verkehrsentwicklung zufallen, werden gerühmt als Beweis dafür, daß die ehemalige autokratische Allmacht auch die nicht-beamteten volkstümlicheren Kreise weitblickend zur Mitverwaltung heranzuziehen suche. Die Schaffung der Duma und die Umbildung des Reichsrats in eine Art Oberhaus habe die »Wärme der englisch-russischen Beziehungen erhöht, weil sie der gefühlsmäßigen kosmopolitischen Freiheitsliebe des Durchschnittsengländers zusagte.« Der Sekretär der englisch-russischen Handelskammer, Wladimir Sawitzkij, der früher einmal über den »Antritt der deutschen Erbschaft auf dem russischen Markt« schrieb, mahnt diesmal über den mehr europäischen russischen Landwirtschafts- und Industriebeziehungen die halbtropische reiche Produktionswelt nicht zu übersehen: »Ich weiß wohl, daß Engländer, die Rußland nie sehen und es nach zufälligen Lese-mitteilungen beurteilen, am liebsten bei Nennung des Landes an eine endlose schneebedeckte Ebene denken, deren Eintönigkeit höchstens durch düstere Nadelwälder oder durch Eishöhlen, die Zufluchtsstätte von Polarbären, unterbrochen wird. Solche Leute können sich kaum zu der Erkenntnis aufschwingen, daß es Rußland selbst an den, klimatisch genau entgegengesetzten Erdstrichen keineswegs fehlt. An den Küsten des warmen Schwarzen Meeres, die einst mit wohlhabenden griechischen und genuesischen Kolonien bedeckt waren, im südlichen Teil der Kaukasusländer, wo Alexander von Mazedonien mit seinen Kriegern unter dem ewigen Blau des Himmels überwinterte, rauschen Bambushaine im Wind, reifen Orangen, duften Jasmin, Rosen und Veilchen im Januar. Hier in der Batum-provinz hat der Teeanbau, der in den achtziger Jahren aus privater Initiative entstand, namhafte Erfolge zu verzeichnen und eine große Ausdehnung erzielt. Hier werden ferner einige der seltensten Arten der japanischen Flora, der Lackbaum und der Wachsbäum, gezogen. Palmen, Lorbeeren, Magnolien, Oleander wachsen an der Schwarzmeerküste des Kaukasus ohne jede Pflege, und die einheimischen Wälder, die bis zu den smaragdgrünen Weiden des schneebedeckten Gebirges emporsteigen, bestehen aus Prachtexemplaren von Eichen und Buchen, von Lianen umrankt und meist noch ganz von Menschenhand unberührt. Welch ein weiter Ausblick eröffnet sich hier für die der Produktion Nachgehenden, und welchen reichen Ertrag verspricht hier die Produktion. So sehen die beiden Extreme aus: der russische Norden und der russische Süden; und zwischen beiden das riesenhafte sogenannte Zentralrußland, wo gleichfalls noch so unendlich viel getan werden kann: ohne die Deutschen.«

Denn der gemeinsame Hauptgegner, sowohl für die russische selbstschöpferische Betätigung wie für die ausgebreitetere englische Mitwirkung, ist nach diesen verbündeten Alarmrufern immer wieder das eine Deutschland mit seinen alteingewurzelten Wirtschaftsverbindungen und seiner unaufhaltsamen Weiterentfaltung, die zu neuen Anlagen und neuem Absatz vorwärts treibt. Durch die Verbindung von Aufkauf oder Absatz mit weitgehender Vor-schuß- und Stundungsgewährung, schreibt ein Petersburger Korrespondent, der die Bankfrage behandelt, sei die Macht des deutschen Handels und Zwischenhandels außergewöhnlich befestigt gewesen. Die Anlehnung der erwähnten kleineren Kreditgeber an große, abermals von Deutschen be-

herrschte Banken habe diesen Einfluß fast unangreifbar erscheinen lassen. Zerriß der Krieg vorläufig diese Fäden, so sollten sie die englischen Kapitalisten wieder aufnehmen und fester denn je verknüpfen.

»Es ist eine seltsame, verblüffende Tatsache, daß wir in russischen Unternehmungen eigentlich viel mehr Kapital angelegt haben als die Deutschen; dennoch üben sie einen weit größeren Einfluß auf die russische Produktion aus. Diese Tatsache kann gar nicht tief genug empfunden werden. Sie weist uns abermals auf den unschätzbaren Vorsprung hin, den die Deutschen aus ihrer Beteiligung an den großen russischen Banken abgeleitet haben.«

In verschiedenen Beiträgen werden bestimmtere Ziffern und Tatsachen für das maßlose Übergewicht des deutschen Handels und der deutschen Produktion und Produktionsbeteiligung beizubringen versucht. Nach einer solchen Statistik hätte im 1. Halbjahr 1914, also in der letzten normalen Friedensperiode, Rußland Waren im Wert von 37,27 Millionen Pfund Sterling aus Deutschland bezogen, mehr als die Hälfte der russischen Gesamteinfuhr und 4mal so viel wie die Einfuhren Großbritanniens. Die deutschen Ausfuhren aus Rußland beliefen sich durchschnittlich in den letzten Jahren auf 63,3 Millionen Pfund Sterling, während England noch nicht die Hälfte der Summe erreichte:

»Überraschend ist es zu sehen, daß alle bestehenden russischen chemischen Farbwerke Zweige von deutschen Unternehmungen sind. 90 % der Aktien dieser russischen Gesellschaften sind in den Händen von Leuten, die jenseits der Grenze wohnen. In diesen Fabriken werden keine russischen Rohstoffe verbraucht sondern ausschließlich deutsche Halbfabrikate, die sehr niedrige Zölle tragen. Von solchen Halbfabrikaten importierte Rußland jährlich mehr als eine Million Pud. . . Dabei hatte die Gewinnung der Farbstoffe ihren Ursprung in England und Frankreich, die überhaupt die Heimat der gesamten chemischen Industrie bilden. England produziert noch dazu, in der ganzen Welt, die größten Mengen von Kohlenteer (jährlich gegen 1,4 Millionen Tons). Trotzdem verschob sich das Zentrum der Produktion nach Deutschland, wo sie sich immer fester einlebte. In den letzten Jahren erzeugte Deutschland Farbstoffe von enormem Wert: mehr als 60 Millionen Rubel (6,3 Millionen Pfund Sterling), während es selber nur gegen 10 Millionen Rubel (1,5 Millionen Pfund Sterling) verbrauchte; der Überschuß gelangte zur Ausfuhr. . . Überflüssig zu sagen, daß alle russischen Kliniken vollkommen von den deutschen Fabriken medizinischer Instrumente abhingen, so daß der Abbruch der Handelsbeziehungen viele Krankenhäuser in eine schwierige Lage zu bringen drohte. . . Gleich nach Kriegsbeginn wurden die geschliffenen Gläser knapp, weil sie gewöhnlich von Deutschland geliefert wurden, und der Preis für Glas zu optischen Instrumenten stieg um 50 %. . . Rußland kauft jährlich über 7 Millionen Sicheln; einen beträchtlichen Teil dieser Menge versorgten Österreich und Deutschland. . . Die Pflanze, aus der das Santonin ausgezogen wird, und die nur in einigen Teilen Russisch Turkestans wächst, wurde bisher ganz von den Deutschen aufgekauft, die hier nicht bloß den russischen sondern den Weltmarkt beherrschten. . . Die Frage der deutschen Herrschaft auf dem Gebiet der Elektrotechnik wurde in allen Einzelheiten neuerlich auf einer Petrograder Konferenz von Vertretern dieser Industrie erwogen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch gezeigt, daß das in Rußland gewonnene Monazit bis zuletzt von Krupp kontrolliert wurde, während die russischen Fabriken alles, was zur Herstellung elektrischer Lampen nötig war, fertig aus Deutschland beziehen mußten.«

Die Vorschläge zur Hebung des Konsularwesens, zur Entwicklung von weiteren ständigen Informationsstellen, zur bessern sprachlichen und kaufmännischen Schulung der vermittelnden englischen Handelskreise können hier beiseite bleiben. In einigen Abschnitten bricht übrigens ziemlich deutlich die Erkenntnis durch, daß die geographisch unvergleichlich günstigere Lage Deutschlands, des wichtigsten Nachbargebiets für Rußland und vollends für die produktiv höchststehenden Teile Rußlands, wohl kaum so leicht

durch politische Umwerbungen ersetzt oder durch neue, England günstigere Verkehrsstraßen ausgeglichen werden kann. Immerhin wird in der letzterwähnten Richtung alles nur Denkbare erwogen und empfohlen. Eine regelmäßige direkte Schifffahrt habe zwischen England und den Häfen der Ostsee, des Schwarzen Meeres und Sibiriens einzusetzen. Für Archangel könne man, unter Zuhilfenahme leistungsfähigster moderner Eisbrecher, recht wohl mit einer Schifffahrt für 10 Monate des Jahres rechnen, falls man den Hafen weiter nach der tiefern See hinausverlege; außerdem seien die rückwärtigen Landverbindungen Archangels als Grundlage der regern Ein- und Ausfuhr eigentlich erst zu schaffen. An der Südwestküste des Weißen Meeres wurde schon früher zum Ausbau von Kem geraten, das als eisfreier Hafen gilt. Weiter wird von der Verbindung Torneas, an der finnisch-schwedischen Grenze, mit Kola an der Murmanküste gesprochen: ein Plan, den man in Schweden und Norwegen bekanntlich nicht ohne Besorgnisse aufnahm. Die Flagge der neuen Schiffe, meinen die Times in Anpassung an die nationalprotektionistische russische Schifffahrtspolitik, könne am besten wohl russisch sein, gleichviel von wem und wie das Kapital international beschafft werde. Aber wie man sich die nähere Regelung denken möge, »die Interessen beider Nationen verlangen, daß diese neuen Klammern des Verkehrs so bald wie möglich geschmiedet werden«.

Ebenfalls werden handelspolitische Änderungen gestreift, mehrfach sogar, doch scheinen die Verfasser hier gerade nicht übermäßig sachkundig zu sein. Einige Bemerkungen klingen, als ob England sich für den russischen Markt differentielle Zollbegünstigungen vor der deutschen Einfuhr sichern solle. Dabei werden (was unseren arglosen sozialdemokratischen Parteifreihändlern ganz rätselhaft erscheinen muß), die Erfolge der schutz-zöllnerischen deutschen Handelsvertrags- und Handelspolitik mit einigem Ingrimm der englischen Freihandelshilflosigkeit gegenübergestellt:

»Am Schluß des Krieges wird Rußland seine ganze Handelspolitik nachprüfen und neugestalten müssen. Mag man den Aufschwung des französischen Handels nach der Abschaffung der erdrückenden Klauseln [oppressive clauses] des Frankfurter Friedens noch so hoch bewerten, dies wird verschwinden gegen die Befreiung des russischen Markts, wenn die Fesseln fallen, die die deutsche Regierung bereits wieder im Hinblick auf den neuen russisch-deutschen Handelsvertrag von 1917 schmiedete. Wie Sir George Buchanan, der britische Botschafter in Petrograd, hervorhob, wird die Frage der russischen Handelsverträge, vor allem des Vertrags mit Deutschland, für den englisch-russischen Handel von der höchsten Bedeutung sein. Die einzigen russischen Zollermäßigungen [the only tariff privileges], deren sich bisher die englische Produktion erfreut, sind bekanntlich ursprünglich von Rußland an Deutschland zugestanden worden, sie übertrugen sich alsdann nur automatisch [durch die Meistbegünstigung] auf die britischen Erzeugnisse. Aber diese zugestandenen Ermäßigungen sind eben auf die Wünsche der deutschen Industrie zugeschnitten, und sie brauchen durchaus nicht unter allen Umständen [not necessarily or invariably] den englischen Herstellungsverhältnissen zu entsprechen. Die hierher gehörigen Vorerörterungen werden zweifellos die ernsteste Aufmerksamkeit der Handelskammern beanspruchen.«



**S**CHLIESSLICH noch ein paar Proben für die, in den politisch führenden englischen Kreisen heute beliebte Denk- und Sprechweise über Deutschland. Nach Sir D. Mackenzie Wallace hat der Krieg lediglich die langverborgenen Pläne Deutschlands, das Streben nach einem »tyrannischen Übergewicht in Europa und allen anderen Erdteilen« vor der ganzen Welt enthüllt, und damit sei die Er-

kennntnis von dem unbedingt nötigen englisch-russischen Zusammenstehen, die zunächst in den Kreisen der erfahrenen sachkundigen »politischen Spezialisten« Wurzel schlug, endlich auch für das englische ordinary public zum geistigen Gemeingut geworden:

»Nie war eine solche Koalition unbedingt notwendiger als im gegenwärtigen Augenblick, wo ein deutscher Napoléon die Weltbühne beschrift, in schimmernde Wehr gekleidet, mit der gepanzerten Faust drohend, und für sich, auf Grund göttlichen Rechtes, den Dreizack beanspruchend, der so lange in Britannias Hand ruhte. . . Das berühmte österreichische Ultimatum war nur der diplomatische Torpedo, der die Explosion einleitete. Wir aber müssen unser Augenmerk richten auf die weit-ausschauenden kaiserlichen Pläne, die in einem Vierteljahrhundert langsam herangereift sind; und bei unserm Bemühen sie zu vernichten haben wir glücklicherweise in Rußland einen zuverlässigen und mächtigen Verbündeten.«  
Dabei ist Sir D. M. Wallace noch immer die vornehmer zurückhaltende Natur, denn der Petersburger Korrespondent der Times meint ganz offenerzig:

»In englischen Geschäftskreisen ist man sich dessen bewußt: der sicherste Weg zur Verhütung eines neuen Krieges sei Deutschland in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zu beschränken, womöglich gar zu verkrüppeln. [It is realized in English business circles that the surest way to prevent another war with Germany is to curtail, if not to cripple, her economic development.]«

Das mag alles vom englischen Standpunkt der alleinigen Meeresbeherrschung und der Industrievorherrschaft aus, wenn auch nicht richtig, so doch erklärlich sein. Aber welchen triftigen Grund hat eigentlich Rußland sich für diesen, ihm ganz fremden Absolutismus bis zur eigenen Verstümmelung und Verblutung bundesgenossenschaftlich zu opfern?

XX

## EDGAR ISTELE · DAS WAGNERPROBLEM



LS Richard Wagner am 13. Februar 1883 in Venedig die Augen schloß, ließ er die deutsche Bühne in seltsamem Zustand zurück: Waren seine Werke auch noch nicht endgültig durchgedrungen, so konnte man doch an ihrem schließlichen Sieg nicht mehr zweifeln, und die letzten Gegner des lebenden Meisters beugten sich willig vor dem Genius des großen Toten, dessen Riesengeist aus dem Grab heraus noch die letzten Widerstrebenden in seinen Bann schlug und bald auch das feindliche Ausland im Sturm nahm. Daneben machte sich jedoch eine gewisse negative Wirkung geltend: Wagners Werke schwemmen alles von den Bühnen weg, was ihrem Geist nicht gemäß war, und so manche liebe alte Oper, die Freude unserer Väter und Großväter, versank auf Nimmerwiedersehen in den unergründlichen Tiefen der Theaterarchive. Lange Zeit schien es, als ob die große Wagnerflut sich geradezu vernichtend über die Gefilde der alten Opernkultur ergösse; doch als der erste Ansturm vorbei war, zeigte es sich, daß das Echte und Gute, Mozarts, Beethovens, Webers und Marschners Meisterwerke vor allem, standgehalten hatte. Auch Gluck war mit seinen besten Werken geblieben, und des theaterkundigen Lortzing harmlose Singspiele erfreuten sich sogar einer immer noch wachsenden Beliebtheit, wohl gerade deshalb, weil sie sich in keinen Wettbewerb mit den gewaltigen Dramen des Bayreuther Meisters einzulassen vermochten. In der Tat, wollte man nicht zugunsten von Wagnerfestspielen völlig auf einen brauchbaren Alltags-theaterbetrieb verzichten, so mußte das Bedürfnis nach guten Repertoire-

opern sich steigern. Denn durch die negative Wirkung der Wagnerschen Werke drohte der Opernspielplan einer immer größern Einförmigkeit zu verfallen; gerade deshalb behaupteten sich aber auch die besten ausländischen Opernwerke. Schon der alte Lortzing hatte in einem Gespräch mit Lobe gesagt: »Wie lange, meinen Sie, würde eine Bühne bestehen, auf der nur Erzeugnisse des höchsten Genies gegeben werden dürfen? Aus lauter vollkommenen Werken bringen Sie kein Repertoire für ein halbes Jahr zusammen.«<sup>1)</sup>

Während vorsichtige Naturen mit Hilfe von Eklektizismus und Kompromiß um die Erscheinung Wagners herumzukommen versuchten, und so wenigstens, etwa in der Art Goldmarks, zu vorübergehenden Theatererfolgen auf Grund wirksamer Textbücher gelangten, gab sich die Mehrzahl der komponierenden deutschen Jugend dem übermächtigen Genius Wagners rückhaltlos hin. Das war menschlich wohl sicher sympathischer, aber künstlerisch führte es zunächst in eine Sackgasse, aus der es gar keinen Ausweg, sondern nur eine Umkehr gab. Immerhin, die Besten und Talentvollsten gingen fast ausnahmslos diesen Weg; kostbare Jahre verloren sie zwar damit, aber der Gesichtskreis wurde dadurch geweitet, daß man kühn über den Berg hinüber, statt vorsichtig um ihn herum schritt.

Zunächst sah man in Wagner nur den pathetischen Dramatiker des Rings, des Tristan und Parsifal. Die Werke bis zum Lohengrin einschließlich überließ man als *abgetan* gern den Eklektikern zur Nachahmung, obwohl gerade hier, wie zuerst Peter Cornelius erkannte, bedeutsame Zukunftskeime verborgen lagen. So schrieb dieser kurz nach der Uraufführung des auch von ihm aufs höchste bewunderten Tristan:

»In mir reift das Ideal in der Umkehr von dieser himmelstürmenden Bahn, in der sinnigen, milden Begrenzung und Befestigung des von Wagner in der besten Zeit Errungenen das rechte Kunstwerk der Zeit zu finden.«

Aber es war ihm nicht mehr vergönnt: Cornelius starb, und mit ihm wurden die Hoffnungen auf eine eigenartige Weiterentwicklung des deutschen musikalischen Lustspiels und einer edlen Volksoper zu Grabe getragen.

Zunächst lockten Wagners »Irrlichter« (wie Cornelius sich ausdrückte) weiter die kommenden Geschlechter in den Abgrund. Wagner selbst ist an dieser verhängnisvollen Entwicklung kaum schuld. Oft erhob er seine mahnende Stimme, aber es half alles nichts. Gleich dem sagenhaften Magnetberg raubte seine Kunst jeder Erscheinung den Halt, die in ihre Nähe geriet. Scherzhaft behandelte er, da man seiner ernstesten Worte nicht achtete, die Angelegenheit in seiner Schrift Über das Operndichten und Komponieren im besondern:

»Es scheint fast, daß das Erlernen des Opernkomponierens außerhalb der Hochschulen heimlich vor sich geht; wer dann in meine *Richtung* gerät, der möge sich vorsehen! Weniger das Studium meiner Arbeiten als deren Erfolg scheint aber manchen akademisch unbelehrten in meine *Richtung* gewiesen zu haben. Worin diese besteht, ist mir selbst am allerunklarsten geblieben. Vielleicht, daß man eine Zeitlang mit Vorliebe mittelalterliche Stoffe zu Texten aufsuchte; auch die Edda und der rauhe Norden im allgemeinen wurden als Fundgruben für gute Texte in das Auge gefaßt. Aber nicht bloß die Wahl und der Charakter der Operntexte schien für die, immerhin *neue* Richtung von Wichtigkeit zu sein, sondern

<sup>1)</sup> Im Anschluß an diese Erörterung darf ich wohl auf meine beiden Bücher *Das Libretto* /Berlin 1914/ und *Die moderne Oper vom Tode Wagners bis zum Weltkrieg*, das demnächst bei Teubner in Leipzig erscheinen wird, verweisen, wo diese Gedanken weiter ausgeführt sind.



hierzu auch manches andere, besonders das *Durchkomponieren*, vor allem aber das ununterbrochene Hineinredenlassen des Orchesters in die Angelegenheiten der Sänger, worin man um so liberaler verfuhr, als in neuerer Zeit hinsichtlich der Instrumentation, Harmonisation und Modulation bei Orchesterkompositionen sehr viel *Richtung* entstanden war. . . Mit den *hübschen Melodien* ist es aus, und es dürfte ohne *neue Einfälle* hierin nicht viel Originelles mehr zu leisten sein. Deshalb, so rate ich den *Neugerichteten*, sehe man sich den Text, seine Handlung und Personen auf gute Einfälle hin recht scharf an.«

Aber Wagners Worte waren in den Wind gesprochen, und er selbst meinte am Schluß des Aufsatzes resigniert, seine Ratschläge würden »gar nichts nützen«. Statt nach des Meisters Rat sich Bühnenkenntnis zu erwerben und einen theatermäßig gestalteten, menschlich ergreifenden Text als Haupterfordernis anzusehen, jagte man dem Phantom nie dagewesener Instrumentationseffekte nach, ersetzte die mangelnde Fähigkeit durch vaterländische Gesinnung, wütete in Leitmotiven und trieb so das deutsche Publikum zuletzt in die Arme des italienischen Verismo, wo es trotz Dolch und Gift sich immerhin noch besser unterhielt als in den öden deutschen Kapellmeisteropern.

Während der ältere Kreis um Liszt, Männer wie Cornelius und Alexander Ritter außer ihrer musikalischen noch ein gutes Maß allgemeiner Bildung besaßen und so befähigt waren die Erscheinung Wagners in ihrer gesamten Größe zu erfassen, verflachte die nachfolgende Generation immer mehr. Musikalische Eigentümlichkeiten Wagners wurden sklavisch nachgeahmt, die Partituren des Meisters einseitig nach technischen Feinheiten hin durchstudiert und aus den unverdauten Brocken Wagnerscher Tonsprache mit Hilfe alliterierender *Dichter* ein Musikkrei angerührt, gegen dessen Genuß das Publikum sich steigenden Widerwillen empfand. So geriet allgemein der Wagnerianismus, der zudem noch von den Rechtgläubigen der Bayreuther Blätter mit dem Pangermanismus, Antisemitismus und Vegetarismus verquickt wurde, in Mißkredit. Man ahmte den Meister nach, wie er sich geräuspert und gespuckt, und glaubte so endlich hinter das heißersehnte Geheimnis seines Schaffens gekommen zu sein. Daß bei Wagner Vorzüge und Schwächen aus einer übergewaltigen Persönlichkeit organisch und untrennbar hervorstüben, fiel diesen guten Leuten nicht ein, ja sie merkten gar nicht, daß Wagner, wie jedes Genie, die größten Widersprüche in sich barg. Nur ein paar Beispiele dafür: Wagner war theoretisch Vegetarier und praktisch Fleischesser, er war Antisemit und ließ Hermann Levi, den Sohn eines Rabbiners, gerade die Uraufführung des Parsifal dirigieren; er war Pangermanist und zog doch den wirkungsvollsten Teil seiner Technik aus romanischen Vorbildern; er war Demokrat und dennoch Freund eines Königs; er geberdete sich als neuer Verkünder des Christentums und war bis kurz vor Entstehung des Parsifals im Goetheschen Sinn »dezidiertes Nichtchrist« gewesen; er war in seiner Kunst ein radikaler Neuerer, ja Umstürzler, aber er predigte mit Inbrunst das Evangelium Bachs, Beethovens und Mozarts, ja stellte, wie Hans von Wolzogen bezeugt, als Beispiel »eines maßvollen und besonnenen feinen künstlerischen Sinnes gegenüber den modernen Effekthaschern« keinen andern als Mendelssohn auf. So war Wagner der Mann der großen Widersprüche, die sich jedoch aus seiner Gesamtpersönlichkeit unschwer erklären und nicht unnatürlich finden lassen.

Es ist eigentümlich, daß die Wagnernachfolge fast ausschließlich immer

wieder an den pathetischen Wagner angeknüpft hat. Die Eklektiker hielten sich an die Werke bis zum Lohengrin, die Hyperwagnerianer an den Ring, an Tristan und Parsifal, während die Märchenmusiker nach dem Vorbild Humperdincks am liebsten in der behaglichen Atmosphäre des Rheingold und der beiden ersten Siegfriedakte sich bewegten. Daß Wagner auch eine musikalische Komödie, die von ihm selbst als sein Meisterwerk bezeichnete Meistersinger, geschrieben hatte, beachteten die allzu eifrigen Jünger kaum; war es doch in ihren Augen viel verdienstvoller die Welt zu *erlösen*. Außer Peter Cornelius, Hermann Götz und Hugo Wolf hat lange Zeit hindurch kaum ein Musiker die Pfade des heitern Wagner einschlagen wollen. Ausgezeichnet ironisierte dies Treiben Hugo Wolf in einem Brief an einen Freund, der ihn zur Komposition eines Buddha zu überreden suchte:

»Noch hat die Welt kaum eine Ahnung von dem philosophischen Tiefsinn, der sich in der ungewöhnlichsten Weise in den letzten Werken Richard Wagners ausspricht, und schon soll wieder etwas entstehen, das den Leuten neues Kopfweh verursachen soll, notabene durch bereits erprobte Kunststücke, wo sich doch allenthalben das Bedürfnis kundgibt nach behaglichem Genießen, nach freundlichen Bildern, wo alles sich sehnt in dem grämlichen und grübelnden Ausdruck unserer Zeit ein verborgenes Lächeln, einen schalkhaften Zug zu erspähen. Sollen wir denn in unserer Zeit nicht mehr von Herzen lachen können und übermütig sein, müssen wir Asche aufs Haupt streuen, Bußgewänder anziehen, die Stirn in tief sinnige Falten kleiden und Selbsterfleischung predigen? Möge die Welt erlösen, wer den Erlöserberuf in sich fühlt; mich schert das wenig. Ich für mich will heiter sein, und wenn hundert Leute mit mir lachen können, bin ich's zufrieden. Ich strebe auch keine *welterlösende* Heiterkeit an. Nichts weniger als das. Das überlassen wir billig den großen Genies. Wagner hat in seiner und durch seine Kunst bereits ein so gewaltiges Erlösungswerk vollbracht, daß wir uns dessen nun endlich auch erfreuen können, daß wir in ganz unnützer Weise den Himmel stürmen, weil er uns bereits erobert ist, und daß es das gescheiteste ist in diesem schönen Himmel ein recht freundliches Plätzchen uns zu suchen. Und dieses angenehme Plätzchen möchte ich gern finden, aber beileibe nicht in der Wüste bei Wasser und Heuschrecken und wildem Honig, sondern in einer fröhlichen originellen Gesellschaft, bei Gitarregeklimper, Liebesseufzen, Mondscheinnächten, Champagnergelagen usw., kurz in einer komischen Oper, und zwar ganz gewöhnlichen komischen Oper, ohne das düstere *welterlösende* Gespenst eines Schopenhauerschen Philosophen im Hintergrunde. Dazu und nur dazu benötigte ich einen Dichter, und wahrhaftig, dazu muß man auch ein Dichter sein und ein ganz verfluchter obendrein. Verschaffen Sie mir ihn, und Sie sollen sehen, daß ein Dutzend Buddhas so ein ganz gewöhnliches, aber originelles komisches Operl nicht aufzuwiegen imstande sind.«

Leider hat Hugo Wolf dies klar erkannte Ziel nicht erreichen können; selbst er, der Meister des spanischen und italienischen Liederbuchs, war zu lange Wagners Schüler gewesen, als daß es ihm glücken konnte sich von diesem gefährlichen Einfluß freizumachen. Seine komische Oper *Der Corregidor* wurde so eine Art »ins Hispanische übersetzter« Meistersinger, statt daß die reizende *Novelle Alarcóns* in der Art romanischer Opern von ihm behandelt worden wäre. Von den besten romanischen Opern, den Werken eines Bizet und Verdi, gilt immer noch Wagners geistreiches Wort »Freilich habt ihr's leichter darauf zu schimpfen als davon zu lernen«, und selbst wenn man nicht mehr Nietzsches Forderung erfüllt sehen will »Il faut méditerraniser la musique«, selbst dann könnte man hoffen, daß man von den Auswüchsen der Wagnerei, wie sie zum Beispiel die auf völlig mißverstandenen Wagner beruhenden Richard Straußschen Opern darstellen, durch den Geist romanischer Oper befreit werde. Ist es denn nicht ein Widersinn, wenn in Werken wie *Salome*, *Elektra* und dergleichen einerseits das angeblich gesungene, meist aber forciert hinausgeschriene Wort *orchestral*

im Detail gemalt, andererseits aber völlig im Wust des Instrumentengeprassels erstickt wird? Wagner selbst, ein feiner Kenner romanischer Kunst, ein Bewunderer insbesondere italienischer Gesangsschönheit, hatte immer noch den Sänger als Hauptsache, das Orchester aber als sekundäres Moment hingestellt; das »ganze ungeheure Orchester« sollte sich, wie er bei Gelegenheit des Tristan betonte, »im Sinne der eigentlichen Oper betrachtet, doch nur wie eine Begleitung zu einem sogenannten Sologesang verhalten«, und Wagner rühmte an der »allervollendetsten Gesangsdarstellung«, dem Tristan Schnorrs, daß »das Orchester gegen den Sänger völlig verschwand oder, richtiger gesagt, in seinem Vortrag mitenthaltend zu sein schien«. Hier nun scheint mir die Lösung des Wagnerproblems zu liegen: Fort mit dem Orchester als Selbstzweck, Proklamation des Sängers als des eigentlichen Trägers des Dramas. Dazu gehören freilich Sänger ersten Ranges, und leider muß man feststellen, daß sich die Gesangkunst, besonders in Deutschland, auf dem absteigenden Ast bewegt. Wagners Bestrebungen einen »deutschen Belcanto« zu schaffen scheiterten an der Verständnislosigkeit der Sänger, und das Publikum, von unsinniger Leitmotivsucherei ebenso irreführt wie durch die auf mißverstandenen Wagner beruhenden Bestrebungen nachfolgender Komponisten, kam schließlich auf den ganz verkehrten Standpunkt das Orchester in der Oper als das Wichtigste anzusehen. So nur konnte es geschehen, daß Werke, die jedes melodischen Sinnes bar waren, es zu, allerdings rasch verrauschenden, Sensationserfolgen brachten.

»Ich sehe mir jetzt alle Musik auf die immer größer werdende Verkümmernng des melodischen Sinnes an. Die Melodie als die letzte und sublimste Kunst der Kunst hat Gesetze der Logik, welche unsere Anarchisten als Sklaverei verschreien möchten.«

Dies goldene Wort Nietzsches an Krug /1884/ gilt noch heute. Jener Mangel an melodischer Erfindungskraft, den auch Wagner an den nachfolgenden Komponisten beklagte, geht wahrscheinlich in seinem tiefern Grund darauf zurück, daß wir uns bisher in einer Übergangszeit befanden, die neben Ansätzen zu bedeutungsvollem Neuem deutlich bereits Verfallserscheinungen aufwies. Der vollkommene Umschwung der europäischen Verhältnisse, der sich gegenwärtig anbahnt, wird wohl auch auf diesem Gebiet zu neuen Zielen führen: Eine neue Art der Melodie, eine neue Gesangsblüte wird erstehen. Dann erst kann das Wagnerproblem (soweit es musikalischer Natur ist) endgültig gelöst sein.

XX

## EDMUND FISCHER · DAS WERDEN DES ELEKTRIZITÄTSMONOPOLS



Der Zweifel ist die Frage der Übernahme großer Teile der Produktion und der Verkehrseinrichtungen in öffentliche Verwaltung, das heißt in staatliche oder kommunale Regie, durch den Krieg in den Vordergrund des Interesses geschoben worden, und es kann als sicher gelten, daß nach dem Krieg die staatlichen und kommunalen Betriebe eine starke Vermehrung erfahren werden. England hat während des Krieges die Eisenbahnen in staatliche Verwaltung genommen und ein staatliches Zuckermonopol sowie eine staatliche Seeversicherung er-

richtet. In Rußland werden Vorbereitungen für ein Teemonopol, ein Zündholzmonopol, ein Tabakmonopol, ein Naphthamonopol und ein Versicherungsmonopol getroffen. Das in Deutschland während des Krieges zur Sicherung der Volksernährung errichtete Getreidemonopol hat nur einen provisorischen Charakter, aber es liegt immerhin in der Richtlinie der Entwicklung und kommt einer seit Jahren erhobenen Forderung entgegen. Bekannt ist, daß das Zigarettenmonopol schon vor dem Krieg von der Reichsregierung geplant wurde. Ein entsprechender Gesetzentwurf ist bereits im Reichsschatzamt ausgearbeitet worden und dürfte sich nun wohl zu einem allgemeinen Tabakmonopol auswachsen. Reif für die Gesetzgebung sind das Elektrizitätsmonopol, das Petroleummonopol, das Spiritusmonopol, das Stickstoffmonopol, das Kalimonopol.

Es ist jedoch verkehrt und lenkt die Erörterungen in falsche Bahnen, wenn, wie es jetzt vielfach geschieht, die Frage der Staatsmonopole lediglich als Steuerfrage, vom Standpunkt des Finanzinteresses aus betrachtet wird. Der größere Geldbedarf der Staaten nach dem Krieg wird das Zustandekommen von Staatsmonopolen beschleunigen. Dem Entstehen der Staatsmonopole an sich liegen aber andere Ursachen zugrunde. Überhaupt lautet die Frage ja nur, ob Privatmonopol oder Staatsmonopol. Und eine freie Wahl zwischen diesen beiden Tendenzen der Entwicklung wird immer unmöglicher: Die staatlichen Monopole ringen sich mit unwiderstehlicher Notwendigkeit durch.

Am deutlichsten zeigt sich dieses Werden der staatlichen Monopole beim Elektrizitätsmonopol, das in seiner Grundform bereits sich herausgebildet hat und nur ausgebaut zu werden braucht. Als reiner Staatsbetrieb wird dieses Monopol freilich nicht ins Leben treten sondern als ein genossenschaftlicher Betrieb, an dem der Staat und die Gemeinden Anteile haben. Zwei große Elektrizitätsgesellschaften haben es allerdings verstanden die meisten Kraftwerke in Deutschland in ihren Besitz zu bringen. Aber Staat und Gemeinden haben in den letzten Jahren fleißig daran gearbeitet ein Privatmonopol nicht aufkommen zu lassen. Und heute steht die Sache so, daß die Privatindustrie selbst ein Interesse an der Erzeugung der elektrischen Energie in großen staatlichen Kraftwerken gewinnt. Die kleinen und mittleren Kraftwerke haben sich überlebt, sind unrentabel geworden, die Zeit verlangt große Kraftzentralen, die ganze Länder oder Provinzen mit elektrischer Energie versorgen können. Nur in solchen Riesenwerken, zu deren Errichtung Flüsse reguliert, Talsperren angelegt oder Kohlengruben erworben werden müssen, deren größte Abnehmer von Kraft die Eisenbahnen und Straßenbahnen sind, und die alle Städte und Dörfer eines großen Gebiets mit Licht und Betriebskraft versehen, kann die elektrische Energie zu dem niedern Preis erzeugt werden, der die unbedingte Voraussetzung einer weitem Entwicklung der Elektrizitätsverwendung bildet.

Ein Staat, der zulassen wollte, daß solche Zentralkraftwerke von privaten Unternehmern errichtet und betrieben werden, würde sich selbst aufgeben. Die sächsische Regierung hat seit Jahren in mehreren Erlassen an die Gemeinden auf die Ausschaltung der privaten Elektrizitätsindustrie hingewirkt. Kurz vor dem Krieg hat, unter Mitwirkung der Regierung, der Verband der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachsens beschlossen mit einem Aufwand von 45 bis 50 Millionen Mark 2 Zentralkraftstationen auf

öffentlichrechtlicher Grundlage zu errichten und zu diesem Zweck große Braunkohlenfelder in der Lausitz und in der Leipzig-Bornaer Gegend zu erwerben. Die Vorarbeiten haben auch während des Krieges nicht geruht, wie in der Sitzung des Vorstands des genannten Verbands am 26. März dieses Jahres in Dresden mitgeteilt worden ist. Es werden nun im Westen und im Osten Sachsens je ein Großkraftwerk errichtet, die alle sächsischen Gemeindeelektrizitätswerke mit Strom versorgen sollen. Damit wird das staatlich-kommunale Elektrizitätsmonopol in Sachsen zur Wirklichkeit. Die noch nicht dem Verband der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke angehörigen Gemeinden werden sich schon des niedern Preises wegen gezwungen sehen den Strom ebenfalls aus den Zentralkraftwerken zu beziehen.

Diese Sachlage zeigt auch, daß die Errichtung eines staatlichen Elektrizitätsmonopols keineswegs, wie in einer sozialistischen Zeitschrift ausgeführt worden ist, mit der Verstaatlichung der bestehenden Elektrizitätswerke beginnen müßte.<sup>1)</sup> Ein staatliches Elektrizitätsmonopol kann zurzeit nur darin bestehen, daß die elektrische Energie lediglich in staatlichen Zentralen erzeugt und an die Verbraucher abgegeben werden soll. Dazu eignen sich die meisten der bestehenden Elektrizitätswerke gar nicht. Es ist aber auch gar nicht notwendig, daß diese bestehenden Werke, die sich zum Teil in privatem und zum Teil in kommunalem Besitz befinden oder gemischte Betriebe sind, alle vom Elektrizitätsmonopol verschlungen werden. Sie können zu einem nicht geringen Teil weiterbestehen, nur mit der Änderung, daß sie den Strom für ihre Leitungen und Betriebe nicht mehr selbst erzeugen sondern vom staatlichen Zentralwerk beziehen. Damit rechnet, wenigstens für die erste Zeit, auch die private Elektrizitätsindustrie, indem sie selbst das staatliche Monopol an der Stromerzeugung als eine Notwendigkeit kommen sieht. Es würde sich auch gar nicht empfehlen alle elektrischen Leitungen vom Staat verwalten zu lassen. Ein solcher zentralistischer Apparat wäre viel zu schwerfällig und unvereinbar mit der kommunalen Selbstverwaltung. Die öffentlichen Beleuchtungsanlagen und die Straßenbahnen, die heute die größten Stromverbraucher sind, gehören zu den kommunalen Einrichtungen. Soweit sie noch in privatem Besitz sind, muß ihre Übernahme durch die Kommune erstrebt werden. Zum Elektrizitätsmonopol werden nur die großen Kraftzentralen zu zählen sein, aus denen der Strom entnommen werden muß. Von den bestehenden Zentralkraftwerken sind bereits die größten im öffentlichen Besitz, die meisten anderen sind gemischte Betriebe, an denen die Kommunen den größern Anteil haben. Bei der Zählung am 1. April 1911 waren von den 2526 öffentlichen Elektrizitätswerken freilich erst 725 Werke in kommunalem oder staatlichem Besitz. Aber die privaten Werke sind meistens mittlere und kleinere Betriebe, keine großen Überlandzentralen, die für eine Stromerzeugung in Zukunft also nicht mehr in Betracht kommen. Die Übernahme oder Ablösung dieser reinen Privatunternehmen ist wohl allgemein mit den Kommunen durch Vertrag geregelt. Jedenfalls aber bereitet die Abfindung für den Ausfall der Stromerzeugung weder Schwierigkeiten noch besonders hohe Kosten. In wesentlichen Teilen Deutschlands müssen die großen Kraftzentralen aber auch erst noch errichtet werden, was fast nur noch auf öffentlichrechtlicher Grundlage geschieht.

In dieser Weise vollzieht sich die Entwicklung zum Elektrizitätsmonopol

<sup>1)</sup> Siehe Kautsky Zur Frage der Steuern und Monopole, in der Neuen Zeit, 1914-1915, 1. Band, pag 682.

in ganz Deutschland. Nach einem vom preußischen Landtag beschlossenen Gesetz wird im obern Quellgebiet der Weser eine große staatliche Kraftzentrale errichtet, die 19 Kreise in den Provinzen Hannover, Hessen-Nassau und im Fürstentum Waldeck mit elektrischer Kraft versorgen kann. In Pommern ist bereits im Jahr 1912 ein systematischer Ausbau der Elektrizitätsversorgung durch Errichtung größerer, das Gebiet mehrerer Kreise umfassender Überlandzentralen in die Wege geleitet worden. Die Finanzierung erfolgt in der Weise, daß die Provinz, die Kreise und die Stromabnehmer (Kommunen und Genossenschaften) je ein Drittel der Baukosten übernehmen. Als lokaler Unterbau sind 510 Elektrizitäts- und Maschinen-genossenschaften errichtet worden. Allgemein tritt in Preußen die Tendenz zutage das Elektrizitätskapital auszuschalten; die Behörden arbeiten darauf hin. In Bayern wurden allerdings private Unternehmer damit betraut das ganze Land mit elektrischer Energie zu versorgen. Nur wenige Überlandzentralen sind in kommunalem Besitz oder gemischte Betriebe mit überlegenem kommunalen Einfluß. Durch Staatsverträge sind jedoch den einzelnen Gesellschaften bestimmte Richtpunkte vorgeschrieben. Die Stromtarife unterliegen staatlicher Genehmigung und dürfen nicht erhöht werden. Alle 5 Jahre werden sie revidiert und müssen bei Erfüllung gewisser Voraussetzungen ermäßigt werden. Die private Betätigung ist also an eine Reihe von staatlichen Vorschriften gebunden und laut der geschlossenen Verträge können die gesamten Werke in den Besitz der Gemeinden und des Staates übergehen. Für die Gesamtversorgung des rechtsrheinischen Bayerns mit Elektrizität waren 200 Millionen Mark erforderlich. In dieser Summe sind aber auch die Kosten für die gesamten Leitungen und die anderen für den Vertrieb des Stroms erforderlichen Einrichtungen enthalten, während zur Übernahme der Kraftzentralen allein ein wesentlich geringerer Betrag erforderlich wäre. Das große Kraftwerk am Walchensee, das die Energie für den elektrischen Betrieb der bayrischen Staatsbahnen erzeugen soll, wird aber auch sofort nach einem vom Landtag beschlossenen Gesetz zurzeit vom Staat errichtet, so daß die größte Kraftzentrale von vornherein Staatsbesitz sein wird. In Baden wird das staatliche Murgwerk, das 35 Millionen Kilowatt produzieren wird und mit den oberrheinischen Werken verbunden werden soll, im Sommer 1916 den Betrieb aufnehmen. Durch das Gesetz vom 26. September 1910 über die Abänderung der Gemeinde- und Ständeordnung werden die Gemeinden auch davor geschützt in die Abhängigkeit der bestehenden privaten Werke zu kommen. Und der Landtag hat durch den Bericht seiner Budgetkommission zum Ausdruck gebracht, daß ein staatliches Elektrizitätsmonopol unvermeidlich sei. In diesem Bericht wird gesagt, daß die Erzeugung und der Vertrieb der elektrischen Energie, ähnlich wie bei Gas und Wasser, einer Monopolstellung bedürfe, gleichgültig, ob sie staatlich oder privat ist. Die Erwerbsgesellschaften seien aber nicht frei von irgendwelcher Rücksichtnahme auf allgemeine Interessen und nutzen ihrem Wesen nach ihre Stellung rücksichtslos aus. »Man braucht bloß die Worte Kohlsyndikat oder Standard Oil zu nennen, so spürt jedermann bis in die kleinste Hütte hinein die verderblichen Wirkungen dieser Bildungen. Sie sind ein Staat im Staate, der nach seinen Bedürfnissen Existenzen schafft und vernichtet.« Ein Monopol in Staatshänden bedeute etwas Grundverschiedenes von einem solchen in Privathänden. »Der Staat kann und darf niemals bei allen seinen Betrieben die Rücksicht auf die Allge-

meinheit vollständig gegen die Rücksichten auf den Erwerb hintansetzen.«<sup>7)</sup> In diesen Sätzen liegt die Anerkennung, daß die Elektrizitätsversorgung monopolisiert werden muß, daß aber nur das Staatsmonopol in Frage kommen kann. Und in dieser Richtung bewegen sich auch alle diesbezüglichen Gesetze, die der badische Landtag in den letzten Jahren beschlossen hat. Eine Vorstufe zum Staatsmonopol stellt schließlich auch der gemischte Betrieb dar, wie er in Hamburg seit April 1913 für die Versorgung des Gebiets mit elektrischer Energie besteht. Der Staat in Hamburg ist danach der Inhaber von 22 Millionen Mark Vorzugsaktien und hat das Recht neben dem Vertreter der öffentlichen Interessen 5 Mitglieder des Aufsichtsrats vorzuschlagen.

Das staatliche Elektrizitätsmonopol für ganz Deutschland ist also bereits im Werden begriffen und seine allgemeine Durchführung bereitet keine großen Schwierigkeiten mehr. Seine Gestaltung wird man sich aber wesentlich anders vorstellen müssen als etwa die eines Tabak- oder Spiritusmonopols. Es kann zurzeit gar nicht daran gedacht werden die gesamte private Elektrizitätsindustrie verstaatlichen zu wollen. In den beiden bekannten großen Elektrizitätsgesellschaften, die zusammen rund 150 000 Arbeiter beschäftigen, werden auch zu einem sehr großen Teil elektrische Einrichtungen, Maschinen, Zähler, Lampen, Automobile usw. für den Export hergestellt. Auch die anderen Unternehmungen, die elektrotechnischen Spezialfabriken, arbeiten für den Weltmarkt. Es ist indes gar nicht einmal angängig und auch nicht notwendig, daß elektrische Energie ausschließlich in staatlichen Kraftwerken erzeugt werden darf. Die Hochöfen zum Beispiel gewinnen ihre Betriebskraft aus der eigenen Produktion, indem die abgehenden Gase in elektrische Energie verwandelt werden. Das staatliche Elektrizitätsmonopol wird für die erste Zeit so gedacht werden können, daß es die für den öffentlichen Bedarf und den Vertrieb bestimmte elektrische Energie erzeugt. Damit ist nicht gesagt, daß der Staatsbetrieb nicht auch daraufhin arbeiten soll einmal alle elektrischen Maschinen, Einrichtungen, Lampen usw. zu erzeugen, wenigstens für den eigenen Bedarf. Aber durch die Übernahme der bestehenden Werke kann das nicht geschehen, das muß vielmehr Sache einer weitern Entwicklung sein.

Diese Verhältnisse zeigen aber auch, daß bei der Stellungnahme zu einem staatlichen Elektrizitätsmonopol die Arbeiterfrage keine wesentliche Rolle spielen kann. In den Kraftzentralen werden zur Bedienung der Maschinen nur relativ sehr wenige Arbeiter beschäftigt, die gegenüber der Gesamtzahl der bereits vorhandenen Staatsarbeiter gar nicht ins Gewicht fallen. Jedenfalls ist es ganz unmöglich die Zustimmung zu einem staatlichen Elektrizitätsmonopol davon abhängig machen zu wollen, daß zuvor eine gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses vorgenommen werde. Mit der demokratischen Entwicklung der Parlamente und der kommunalen Körperschaften, mit dem zunehmenden Einfluß der Arbeiterorganisationen erhalten die Arbeitsverhältnisse in den staatlichen und kommunalen Betrieben eine bessere Gestaltung als in den Privatbetrieben. Nach der letzten Erhebung war in 78 Gemeinden für die Betriebsleute der Gasanstalten der Achtstundentag eingeführt, ferner für die Maschinisten und Heizer in 16 städtischen Elektrizitätswerken, in 10 städtischen Wasserwerken und in 5 Vieh- und Schlacht-

<sup>7)</sup> Siehe die Drucksachen der badischen Zweiten Kammer, 1911-1912, Nummer 26 c, pag. 16 ff.

höfen, außerdem in einigen Kanalbetrieben und Müllverbrennungsanstalten. 307 Gemeinden haben irgendeinen Erholungsurlaub oder Sommerferien für die Arbeiter eingeführt. 123 Gemeinden zahlen in Krankheitsfällen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld. 147 Gemeinden zahlen den Lohn bei kürzeren Versäumnissen und militärischen Übungen, 98 für Wochenfeiertage, 29 gewähren Familienzulagen, 124 einen Ruhelohn, 111 haben eine Hinterbliebenenversorgung eingeführt, in 9 Gemeinden bestehen Pensionskassen. Daß Arbeiterschutz und Tarifreformen nach der Verstaatlichung oder Kommunalisierung »zu einer vermehrten Belastung des Staates oder der Gemeinde, zu neuen Steuern führen« müssen, daß »Verbesserungen zugunsten der Arbeiter oder der Konsumenten« nur »durch eine Steuererhöhung« bewirkt werden können,<sup>3)</sup> sind Weisheiten, die vor sehr langer Zeit einmal auftauchen konnten, heute aber längst abgetan sind. Arbeiterschutz und Tarifreformen können mit der Verstaatlichung keinen Abschluß finden, sie werden also unter allen Umständen auch nach der Verstaatlichung oder Kommunalisierung noch vorgenommen werden müssen. Sie führen aber ebensowenig »zu neuen Steuern«, wie die Verbesserungen zugunsten der Konsumenten, sondern laufen parallel mit einer Steigerung der Produktivität, vielfach also mit einer Verbilligung der Produkte und Erhöhung des Reingewinns, beim Staatsbetrieb also mit einer Verringerung der »Steuern«. Die Erhöhung der Gehälter der Postangestellten und die Verbesserungen der Dienstverhältnisse haben bisher noch nicht zu einer Erhöhung der Portosätze oder zu einer Abnahme des Reingewinns geführt. Die Gaspreise sind in den Städten herabgesetzt worden, und die Reingewinne haben zugenommen trotz Achtstundentag und Tarifreform. Das Elektrizitätsmonopol aber soll ja gerade dazu führen die Produktivität auf die zurzeit denkbar höchste Höhe zu bringen, womit die wichtigste Voraussetzung geschaffen wird nach der Verstaatlichung erst recht auf Arbeiterschutz und Tarifreform zu dringen, auch wenn er zuvor nicht vernachlässigt worden wäre.

Die Befürchtung ist deshalb auch grundlos, daß ein staatliches Elektrizitätsmonopol zu einer Erhöhung der Strompreise führen oder die notwendige Verbilligung des Preises verhindern könnte. Das Elektrizitätsmonopol kann nur möglich und finanziell erfolgreich sein bei fortgesetzter Verringerung der Strompreise, da nur dann die große Verwendung der elektrischen Energie zu erwarten ist, die die Voraussetzung eines hohen Reingewinns bildet. Dafür sorgt schon die Konkurrenz der Dampfkraft und des Gases. Hohe Preise für den Bezug der elektrischen Energie können den Fabrikanten nicht dazu bewegen elektrische Betriebskraft an Stelle der Dampfkraft einzuführen. Der Staat hat aber auch selbst ein direktes Interesse daran, daß die elektrische Energie für seinen eigenen Betrieb möglichst billig hergestellt wird, was sich nur bei einem sehr großen Konsum ermöglichen läßt. Ein staatliches Gasmonopol bietet keine Aussicht auf Erfolg. Durch die heutigen Fernleitungen ist es zwar möglich auch mehrere Gemeinden von einer Zentralgasanstalt aus mit Gas zu versorgen. Aber das Gas kann sich neben der Elektrizität nur noch durch die fortgesetzten Verbesserungen und neuen Erfindungen behaupten, wie sie aus dem Bestreben der Konkurrenz entstehen. Gelingt es die Herstellung der elektrischen Energie fortgesetzt und wesentlich zu verbilligen, einen sehr geringen Strompreis zu erzielen,

<sup>3)</sup> Siehe Kautsky, loc. cit., pag. 680 und 682.



was mit Sicherheit erwartet wird, dann dürfte das Ende der Gasproduktion gekommen sein. Ebenso wird in den hochentwickelten Ländern dem Leuchtöl in nicht ferner Zeit die Stunde schlagen. Bei der Beratung des Leuchtölgesetzentwurfs im Reichstag hat es sich aber auch gezeigt, wie sehr die Parlamente heute darauf bedacht sind bei der Errichtung eines Monopols das Konsumenteninteresse zu wahren und die Arbeiterverhältnisse zu regeln.

Für die Staatskasse wird auch bei einer derartigen Gestaltung des Elektrizitätsmonopols ein bedeutender Gewinn abfallen können. Jetzt schon ist der Bedarf an elektrischer Energie sehr groß. Im Königreich Preußen ist am 1. April 1913 eine Kraft von 2,57 Millionen Pferdestärken in den Dampfmaschinen und Dampfturbinen für die Erzeugung von elektrischer Energie verwendet worden. Dabei ist das nur eine Minimalzahl; denn für eine ganze Reihe von zur Erzeugung von elektrischem Strom dienenden Dampfmaschinen ist dieser Betriebszweck gar nicht gemeldet. Die gesamte, der Hervorbringung von Elektrizität dienende Primärkraft ist jedoch selbst mit einer vollständigen Erfassung der für diesen Zweck in Betracht kommenden Dampfkraft bei weitem nicht erschöpft, sondern es ist noch die steigende Benutzung von Öl- und Gasmotoren zum Dynamoantrieb sowie der diesen Zwecken dienende Ausbau von Wasserkraft zu berücksichtigen, wober keine genaueren Angaben zu erhalten sind. Und gerade die größten Werke haben Wasserkraft. Wie gewaltig aber der Bedarf elektrischer Kraft wächst, ersieht man daraus, daß allein das badische Murgwerk 35 Millionen Kilowatt produzieren wird, während die am 1. April 1909 gezählten 1978 Elektrizitätswerke Deutschlands damals zusammen nur eine Leistung von 12 Millionen Kilowatt aufzuweisen hatten. Und eine weitere Steigerung des Stromverbrauchs läßt sich in kurzer Zeit in unberechenbarer und unbegrenzter Höhe erzielen.

Das Interesse der Staatsfinanzen ist aber weder die wesentlichste Kraft, die zum staatlichen Elektrizitätsmonopol treibt, noch kann es der wesentlichste Zweck des Monopols sein. Vor einem Jahr sagte der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Geheimrat Rathenau, die Tendenz ganz große Elektrizitätswerke zu errichten sei nicht nur aus politischen sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen zu stark geworden als daß man sie mit dem bestmöglichen Ausbau privater Elektrizitätswerke noch überwinden könnte. Der ganz billige Strom, wie er zu Kraftzwecken unbedingt gebraucht werde, könne nur in Betrieben hergestellt werden, die über das Ausmaß auch unserer bisherigen größten Zentralen weit hinausgehen. »Wenn wir nun«, so fuhr dieser Leiter eines der größten Elektrizitätswerke Deutschlands fort, »in unseren lokalen Elektrizitätswerken den Strom uns dadurch billiger schaffen können, daß wir ihn von einem staatlichen Riesenbergwerk beziehen, so sehe ich gar keinen Grund, warum wir uns eigensinnig gegen eine derartige Strombeschaffung sperren sollen. Wir beziehen dann einfach Strom statt Kohlen und benutzen die lokalen Anlagen für Stromverteilungszwecke.«<sup>4)</sup> Nach dieser Richtung hin bildet sich das staatliche kommunale Elektrizitätsmonopol bereits heraus, nur mit dem Unterschied, daß auch die lokalen Anlagen für Stromverteilungszwecke mehr und mehr der Privatindustrie entrissen und in kommunalen oder genossenschaftlichen Besitz überführt werden. Jedenfalls lautet die Frage nicht mehr so, ob ein

<sup>4)</sup> Siehe den Artikel Ein preußisches Elektrizitätsmonopol in der Münchener Post vom 9. Mai 1914.

Elektrizitätsmonopol geschaffen werden soll oder nicht: über diese Frage hat die seitherige Entwicklung bereits entschieden. Es handelt sich nur darum noch, ob der Ausbau des Monopols sich auf den jetzigen Grundlagen, des Zusammenwirkens der Einzelstaaten und der Kommunen, vollziehen oder in einem Reichsmonopol auslaufen soll. Diese Frage ist indes von untergeordneter Bedeutung. Dem Staat wird unter allen Umständen zunächst nur die Krafterzeugung zufallen können und den Gemeinden die Leitungen, Lichtanlagen, Straßenbahnen usw., ob nun ein Reichsmonopol oder ein Monopol der Einzelstaaten geschaffen wird. Die Aufgabe ist jetzt einfach die: möglichst bald an die gesetzliche Regelung des Elektrizitätsmonopols heranzutreten.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Gewerkschaftsbewegung/Paul Kampffmeyer

**Transportarbeiter** In dem soeben veröffentlichten Jahresbericht des Transportarbeiterver-

bands sind die Wirkungen des Krieges auf die Tätigkeit des Verbands eingehend erörtert. Beim Kriegsausbruch schlossen viele Unternehmer ihre Betriebe. Die gewaltigen Truppentransporte legten die Güterbeförderung und den Personenverkehr wochenlang still oder schränkten ihn auf das Allernotwendigste ein. Durch die Pferdeaushebung wurden den einzelnen Fuhrunternehmern die besten Pferde für den Kriegsbedarf genommen. Alle einigermaßen brauchbaren Geschäfts- und Lastkraftwagen und Automobilomnibusse wurden für Militärzwecke eingezogen. Ferner konnten wegen Benzinmangels die noch vorhandenen Privat- und Droschkenautomobile während der ersten beiden Kriegsmonate nur in begrenzter Zahl in Betrieb gesetzt werden. Am 1. Oktober stellte die Verbandsleitung fest, daß 11343 Mitglieder zum Heer eingezogen waren; davon waren 7626 verheiratet. Am Schluß des Jahres betrug die Zahl der zum Heer einberufenen Mitglieder 14447, von denen 8827 verheiratet und 5620 ledig waren. Der Verband mußte zur Aufhebung der Streik-, Gemaßregelten-, Kranken- und Sterbefallunterstützung schreiten und einen Notstandsfonds schaffen. Im Lauf des 4. Quartals 1914 trat dann eine erfreuliche Belebung des Arbeitsmarkts ein, und die Zahl der Arbeitslosen ging nach und nach beträchtlich zurück. In der 2. Hälfte des Dezembers waren die Arbeitsnachweise des Verbands wieder-

holt nicht in der Lage die Beschaffung von Arbeitskräften für verschiedene Speditions- und Speichereibetriebe, für den Kohलगroßhandel, für die Müllabfuhr usw. auszuführen. Die Agitation für den Verband gestaltete sich im Kriegsjahr sehr schwierig, aber trotzdem schloß die Tätigkeit des Verbands nicht ungünstig ab. Im Jahresbericht heißt es nämlich: »Wenn wir dennoch am Schluß des Jahres auf eine Mitgliederzahl von 33175 hinweisen können, so ist dies auf die wirklich intensive Tätigkeit aller Verbandsfunktionäre zurückzuführen. Angesichts der Tatsache, daß 14517 Mitglieder zum Heer eingezogen wurden, die als vollständig verloren nicht betrachtet werden können, ist es uns auf diesem Gebiet so leidlich gelungen das Bestehende zu erhalten.«

×  
**Holzarbeiter** Der Holzarbeiterverband gab zwei instruktive Broschüren über die soziale

Lage zweier größerer Gruppen seiner Mitglieder heraus: Die Arbeitsverhältnisse in der Stuhlindustrie und Die Lage der Arbeiter im Drechslergewerbe. An der Enquete vom November 1913 waren 9607 Stuhlarbeiter in 443 Betrieben beteiligt. Die Enquete konstatiert zunächst, daß gegenüber der großbetrieblichen Produktionsweise die handwerkliche Stuhlbauerei schlechterdings nicht mehr konkurrenzfähig ist. Über die Hälfte der für die Organisation in Betracht kommenden Personen gehören der Gewerkschaft an. Die wöchentliche Arbeitszeit der statistisch erfaßten Arbeiter betrug 57,0 Stunden. Für die an der Enquete beteiligten 7047 erwachsenen Arbeiter wurde ein durchschnittlicher Wochenverdienst von 24,81

Mark festgestellt. Im Jahr 1906 dagegen von 19,68 Mark. Über den Wochenverdienst der Arbeiterinnen und Jugendlichen liegen Angaben für 213 Arbeiterinnen und 167 Jugendliche vor. Im Gesamtdurchschnitt beträgt der Wochenverdienst bei den Arbeiterinnen 12,60, bei den Jugendlichen 10,41 Mark. Die Broschüre Die Lage der Arbeiter im Drechslergewerbe hebt lichtvoll die Momente hervor, die den Rückgang des Drechslergewerbes herbeiführten: die moderne Entwicklung im Kunstgewerbe und die Einbürgerung der automatischen Drehbank. Der Rückgang des Gewerbes spiegelt sich sehr deutlich in der großen Zahl der leerstehenden Drehbänke wider. Von den statistisch erfaßten 4056 Drehbänken waren 942 (23,2 %) unbesetzt. Fast ein Viertel der Drechslerarbeitsplätze sind verödet. Obwohl im Drechslergewerbe die Arbeitszeit erheblich herabging, nämlich von 62,5 Stunden im Jahr 1893 auf 56,3 Stunden im Jahr 1912, muß man doch »berechtigte Zweifel hegen, ob diese Verkürzung als ein ausreichendes Äquivalent für die vermehrte Hast der Arbeitsweise angesehen werden kann«. Der Arbeitslohn stieg im Drechslergewerbe nicht unbedeutlich: von 19,60 Mark im Jahr 1902 auf 25,72 Mark im Jahr 1912. Beinahe ein Viertel aller beteiligten Drechsler müssen sich mit einem Wochenlohn begnügen, der 20 Mark nicht übersteigt und sich vielfach unter dieser Grenze bewegt. Die Enquete schließt mit den Sätzen: »Die Ergebnisse unserer Statistik sind nicht geeignet das Gefühl der Zufriedenheit zu erwecken. Weder in bezug auf das Lohneinkommen noch die Arbeitszeit. Wohl hat sich die Arbeitsdauer im Verlauf der Jahre und unter dem fortgesetzten Ansturm der Organisation gesenkt, aber keineswegs in einem Tempo, wie es den Verhältnissen entsprechen hätte. Schneller als die Arbeitszeit gesunken ist, ist die Arbeitsintensität gestiegen, hat die Ausnutzung der Arbeit zugenommen.« Die Enquete fordert dann die Arbeiter des Drechslergewerbes auf »energisch Hand für eine Verbesserung der Verhältnisse« anzulegen.

× **Kurze Chronik** Mitte April wurde durch die Post eine Scharfmacherrede Kirdorfs bekannt, die dieser in der Generalversammlung der Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft gehalten hatte. Herr Kirdorf tadelte die »außerordent-

liche Fühlungnahme« des Staatssekretärs des Innern und des preußischen Handelsministers mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen. »Namentlich der Handelsminister«, so führte er aus, »hat diese Beziehungen außerordentlich gepflegt und auch den Versuch gemacht die Verwaltung der Gesellschaft dazu heranzuziehen. Aber in den Kreisen der Verwaltung scheint dies außerordentlich bedenklich, und man muß bei den Verhandlungen der Minister mit den Arbeiterorganisationen sich doch die Möglichkeit vor Augen halten, daß dabei ein anderes Ergebnis herauskommt als die Minister sich denken. Denn es ist keine Frage, daß die Arbeiterführer naturgemäß dabei im Auge haben ihre Gewerkschaften und ihre eigene Stellung in den Gewerkschaften zu stärken.« Er sprach dann zum Schluß sein Bedauern aus. »daß eine Regierung, die, wie der Ausbruch des die ganze Welt umfassenden Krieges zeigt, in ihrer äußern Politik doch vollständig verfehlte Wege gegangen ist, auch in der innern Politik Wege einschlägt, die alle diejenigen, die auf lange Erfahrungen im industriellen Leben zurückblicken, für sehr abwegig halten«. Gegen den Geist dieser Kirdorfschen Scharfmacherrede legten die 4 Bergarbeiterverbände geschlossen einen Protest ein. Auch die Öffentlichkeit hat sich durchweg heftig dagegen gewandt. × Die Generalkommission hat jetzt in einer besondern Schrift, betitelt Die Regelung des Arbeitsnachweises, die Verhandlungen der Arbeitsnachweiskonferenz vom 10. Februar 1915, die Beratung der engern Kommission bei dem Reichskanzler, die Petition der deutschen Gewerkschaftsverbände zur Arbeitsvermittlungsfrage an den Bundesrat und Reichstag, die Verhandlungen in der Budgetkommission des Reichstags und die Verhandlungen über die Petition zusammengefaßt (siehe den Artikel Umbreits sowie diese Rundschau, in diesem Band, pag. 238 f. und 411 f.). Für die Geschichte der Arbeitsnachweiskonferenz sind diese Dokumente von grundlegender Bedeutung.

× **Literatur** Der Bergarbeiterverband hat eine Publikation Die deutschen Bergwerke herausgegeben (Bochum, Hausmann). Die Schrift gibt ein Verzeichnis der wichtigsten Steinkohlen-, Braunkohlen-, Kali- und Erzwerke in Deutschland; sie hebt die Überschüsse

der einzelnen Werke heraus und macht wertvolle Mitteilungen über die Zahl und Tiefe der Schächte, über die Belegschaftsziffer und über die Fördermenge. Die Schrift birgt in ihren einfachen Ziffern eine bedeutende agitatorische Kraft. Man prüfe zum Beispiel die Betriebsgewinne der Arenbergschen Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetriebe. Die Dividende dieses Werkes betrug 1913 25 %; in früheren Jahren hat die Gesellschaft bis 80 % ausgezahlt.

### Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

**Hypothekeneinigung** Schon am 22. Januar dieses Jahres hatte der Berliner Magistrat der

Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, in der der Vorschlag gemacht wurde die Tätigkeit der Mietseignungsämter auch auf die Streitigkeiten zwischen den Grundstückseigentümern und ihren Hypothekengläubigern auszudehnen. Zwar wurde in der Begründung zugegeben, daß die Feststellungen bei Hypothekenstreitigkeiten schwieriger sind als bei Mietsstreitigkeiten, und daß bei ihnen häufig verwickeltere Fragen vorkommen würden, die zu ihrer Beantwortung juristische Schulung erfordern. Der Magistrat war aber der Ansicht, daß die Vermittlung wesentlich in der Hand des Vorsitzenden liegen werde, der zusammen mit den sachverständigen Beisitzern den richtigen Weg zum Ausgleich der widerstreitenden Interessen der Eigentümer und Gläubiger finden werde. Die Vorlage wurde indes von den Stadtverordneten abgelehnt. Sie verlangten ein besonderes Hypothekenamt. Bei aller Anerkennung des Wirkens der Mietseignungsämter hielt die Versammlung sie nicht für die geeigneten Organe Hypothekenstreitigkeiten zu beurteilen und Vergleiche zwischen Grundbesitzern und Hypothekengläubigern herbeizuführen. Dazu bedürfte es besonderer sachverständiger Beisitzer; nicht jeder Bezirksvorsteher weise die notwendigen Kenntnisse auf. Dagegen ständen in den Mitgliedern des Kreditausschusses für Beleihung nachstelliger Hypotheken solche Männer zur Verfügung.

Man wird diesen Einwänden eine gewisse Begründung nicht bestreiten können. Jedenfalls hat der Magistrat sie anerkannt und am 21. März 1915 eine neue Vorlage gebracht, in der er den Wünschen der Stadtverordnetenversammlung entgegengekommen ist. Er

schlug nunmehr vor ein besonderes Hypothekeneignungsamt einzurichten. Es soll die Aufgabe haben auf Antrag von Hypothekengläubigern und Grundstückseignütern Streitigkeiten zwischen diesen, soweit sie sich auf Zahlung von Hypothekenzinsen und Hypothekenskapital beziehen, gütlich zu schlichten und den Gerichten die Entscheidung zu erleichtern, ob den Grundstückseignütern eine Zahlungsfrist zu gewähren ist, und ob sie vor den besonderen Rechtsfolgen, die wegen der Nichtzahlung eingetreten sind, zu schützen sind. Zu diesem Zweck soll das Hypothekeneignungsamt den Gerichten nach der Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse gutachtliche Äußerungen über die Zahlungsfähigkeit der Grundstückseigentümer erteilen. Die Zuständigkeit des Amtes ist jedoch ausgeschlossen, wenn es sich um mündelsichere Hypotheken handelt. Bei diesen würden die Schwierigkeiten der Grundstückseigentümer am wenigsten eintreten. Außerdem hätten die Gläubiger mündelsicherer Hypotheken Anspruch darauf nötigenfalls ohne den Umweg über das Eignungsamt ihre Rechte geltend machen zu können. Mit der besondern Behandlung der mündelsicheren Hypotheken bleibt die Vorlage in Übereinstimmung mit dem bestehenden Recht. Es ist zweifellos anzunehmen, daß die Mieterträge in der Regel ausreichen die Zinsen der 1. Hypothek in den Grenzen der Mündelsicherheit zu decken; mit Recht aber muß man vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt die Frage aufwerfen, warum diese Hypothekengläubiger von dem Rückgang der Mieterträge überhaupt nicht berührt werden sollen. Sie sind in ganz der gleichen Weise Nutznießer der Grundrente wie die Gläubiger der Hypotheken höhern Ranges.

Das Amt zerfällt in 3 Abteilungen, von denen jede für einen örtlich begrenzten Teil des Weichbilds zuständig sein soll. Die Vorsitzenden müssen die Befähigung zum Richteramt oder zum höhern Verwaltungsdienst besitzen. Das Amt ist für alle im Stadtbezirk Berlin gelegenen Grundstücke zuständig, doch sollen die Hypothekengläubiger und die Grundstückseigentümer der Vororte geladen werden, die bei der Vereinbarung über die Brotkarten als einheitliches Wirtschaftsgebiet bezeichnet wurden. Die Vorlage wurde in der Sitzung vom 25. März angenommen, nachdem ein Antrag die mündelsicheren Hypotheken

nicht auszuschalten abgelehnt worden war. In der Debatte wurde von verschiedenen Seiten davor gewarnt irgendwie besondere Hoffnungen auf das Institut zu setzen. Nicht mit Unrecht. Indem man die Hypothekeneinigung, um dieses Wort der Kürze wegen zu gebrauchen, vollständig von der Miets-einigung trennte, hat sich die Stadt jedes Mittels begeben, mit dem sie einen Druck auf die Hypothekengläubiger ausüben könnte. Der Mietszuschuß wird von der Stadt nur dann gewährt, wenn ein Mietsnachlaß von dem Hausbesitzer in bestimmter Höhe zugestanden wird. Die Fortpflanzung der Druckwirkung auf den Hypothekengläubiger ist aber ausgeschlossen; sie hätte sich erreichen lassen, wenn der Mietszuschuß gleichzeitig von der Beteiligung des Hypothekengläubigers an dem Ausfall abhängig gemacht worden wäre. Bei der Annahme dieses Grundsatzes hätte sich die Verbindung von Mietseinigung und Hypothekeneinigung als notwendig ergeben, und das Einigungsamt wäre wenigstens in den Fällen, wo die Notlage des Hausbesitzers aus der Notlage seiner Mieter gefolgt ist, seines Einflusses auf die Hypothekengläubiger sicher gewesen. Hat doch die Stadt Berlin in der Zeit vom 1. bis zum 27. Februar rund 663 000 Mark an Mietsunterstützungen ausbezahlt; diese Summe fließt wohl zum größten Teil den Hypothekengläubigern über die Hausbesitzer zu.

Im Gegensatz zu Berlin hat Leipzig, als es das Schlichtungsamt des Deutschen und des Leipziger Anwaltsvereins in ein Einigungsamt mit den Befugnissen der Bundesratsverordnung vom 15. Dezember 1914 weiterbildete, daran festgehalten dieses Amt gleichzeitig mit der Vermittlung zwischen Mietern und Vermietern wie zwischen Hypothekenschuldnern und -gläubigern zu betrauen. Bei den Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung hat niemand daran gedacht eine solche Trennung zu verlangen. Hier ist das Verfahren in der Weise geregelt, daß der Vorsitzende als Schiedsmann die Vermittlung versuchen kann, wenn beide Parteien zu Verhandlungen bereit sind. Ist das nicht der Fall, oder hat die Verhandlung zu keiner Einigung geführt, werden die Fälle vor der Vollversammlung (Einigungsamt) verhandelt. Das Amt kann, wenn es nicht zu einer Einigung kommt, einen Einigungsvorschlag erlassen, der in der Sitzung zu verkünden

und auf Verlangen der Parteien in U-rschrift mitzuteilen ist. Unterwerfen sich die Parteien dem Vorschlag, so gilt er als Vergleich, andernfalls ist er abgelehnt, und das Verfahren bleibt ergebnislos. Bei dieser Regelung ist dem Vorsitzenden die größte Freiheit gegeben dasjenige Verfahren einzuschlagen, von dem er sich den größten Erfolg verspricht: das Vorverfahren oder das Verfahren in der Vollversammlung. Der in der Vorlage des Stadtrats vorgesehene Zwang zur Verhandlung in einem Vorverfahren wurde in der Stadtverordnetenversammlung mit Recht gestrichen.

An diesem Zwang hält die Frankfurter Satzung für das Einigungsamt fest. Alle Mietssachen werden hier zunächst in Vorterminen verhandelt, und zwar von Anwälten, die der Anwaltsverein bestellt hat. Doch kann auch hier auf Wunsch einer Partei die Sache sofort an die Kammer gehen. Wie in Leipzig soll das Frankfurter Amt auch zwischen Hypothekenschuldnern und -gläubigern vermitteln; ob es zu diesem Zweck benutzt werden wird, ist aber fraglich.

#### × Darlehnskassen

Nach langen, öfter unterbrochenen Verhandlungen ist endlich in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 3. März die Satzung der Charlottenburger Mietsdarlehnskasse erledigt worden. Die Kasse soll nach dem Magistratsantrag Zwischenkredit vermitteln, damit die Hausbesitzer ihre Verbindlichkeiten gegen die Hypothekengläubiger erfüllen können. Sie wird als Aktiengesellschaft gegründet; von dem Kapital im Betrag von 500 000 Mark übernehmen Stadt und Sparkasse je 100 000 Mark. Der Rest ist von den Interessenten aufzubringen. Aufgabe der Kasse ist es 1. den Hausbesitzern, die ihre Grundstücke ganz oder teilweise zu Wohn- oder Geschäftszwecken vermietet haben, im Bedarfsfall die erforderlichen Mittel zur Bezahlung der Hypothekenzinsen und sonstigen auf den Grundstücken haftenden wiederkehrenden Leistungen zu ermöglichen, 2. den Mietern die Möglichkeit zur Bezahlung fälliger für einen längeren Zeitraum als einen Monat zu bezahlender Mietszinsteile zu schaffen, 3. den Grundstücksgläubigern die pünktliche Entrichtung ihrer laufenden Forderungen sicherzustellen. Die Einrichtung dient also in erster Linie dem Haus-

besitz und den Hypothekengläubigern; der Mieter ist nur ihr Objekt, soweit er zur Mietszahlung angehalten werden kann. Die Kredithilfe wird von der Kasse gegen 3fache Sicherheit gewährt: 1. gegen wechselfähige Verpflichtungen des Hausbesitzers, 2. gegen Abtretungen des Hausbesitzer gegen den notleidenden Mieter zustehenden Mietszinsforderung und gegebenenfalls dessen Wechselakzept, 3. gegen Abtretung des dem Grundstücksgläubiger gegen den Hausbesitzer zustehenden persönlichen und dinglichen Anspruchs, den die Mietsdarlehenskasse befriedigt. Die Mittel erhält die Kasse von der Reichsbank auf Wechselkredit bis zum 4fachen Betrag des Aktienkapitals und der von der Stadt zu leistenden Garantie für die Wechselverbindlichkeiten der Mietsdarlehenskasse in der Höhe von 500 000 Mark, so daß also über 4 000 000 Mark verfügt werden kann.

Gegen die Magistratsvorlage wurden namentlich von den Hausbesitzervertretern Bedenken erhoben; ihnen waren die Bedingungen nicht günstig genug. Sie wollten eine weitergehende Hilfe der Stadt, die ihnen auch für Mietsausfälle Ersatzdarlehen, also eine Beleihung nicht existierender Vermögenswerte, bringen sollte. Die Vorlage wurde seinerzeit an einen Ausschuß verwiesen, kam aber bei der anfänglich ganz ablehnenden Haltung der Hausbesitzer nicht zur Beratung. Erst nach und nach, als diese einsahen, daß günstigere Darlehensbedingungen von der Stadt nicht zu bekommen sein würden, setzte ein gewisser Umschwung ein, der zur Wiederaufnahme der Beratungen im Ausschuß führte. Hier wurde noch einmal ein Versuch in der gekennzeichneten Richtung gemacht. Die Kasse sollte nicht nur für Mietsrückstände sondern auch für Mietsausfälle infolge Leerstehens der Wohnung Darlehen gewähren. Doch blieb der Widerstand des Magistrats unverändert, und es mußte dieser Wunsch der Hausbesitzer unerfüllt bleiben. An nicht vorhandenen Vermögensobjekten wird auch bei anderen Berufsklassen zurzeit kein Mangel sein, und wenn die Stadtkasse auf sie alle Darlehen gewähren wollte, wäre ihre völlige Erschöpfung nur eine Frage nicht von Monaten sondern von Tagen. Schließlich wurde die Vorlage in der Fassung, wie sie der Magistrat beantragt hatte, von den Stadtverordneten angenommen. Der Berichterstatter äußerte sich ziemlich skeptisch

darüber, ob sich aus den Kreisen der Hypothekenbanken, der Versicherungsgesellschaften, der Grundbesitzervereine und der einzelnen Hausbesitzer die notwendigen Mittel finden würden, um die von den Interessenten zu leistenden 300 000 Mark des Aktienkapitals aufzubringen.

Wie sehr man sich in der ersten Zeit des Kriegs über das Kreditbedürfnis getäuscht hat, dafür sind im allgemeinen die Kriegskreditkassen ein Beweis, von denen einige auch von Großstädten ins Leben gerufen wurden. Die wirtschaftliche Entwicklung war viel günstiger als man anfänglich annahm, und so fanden die kreditbedürftigen Kreise sehr bald bei ihren alten Kreditquellen den Kredit, den sie brauchten. Auch die von der Stadt Berlin mitbegründete Kriegsbeleihungskasse für nachstellige Hypotheken, eine Aktiengesellschaft, von deren Kapital Berlin 600 000 Mark übernahm, hat die gleichen Erfahrungen gemacht. Insbesondere sind auch die Kreise als Kreditnehmer nicht an die Kasse herangetreten, mit denen man bei der Gründung als Besitzer 2. Hypotheken in erster Linie gerechnet hatte. Die kleinen Rentner, Witwen, pensionierte Beamte, Kleingewerbetreibende, »die für ihren Unterhalt oder ihr Geschäft auf die Rente aus ihrer kleinen Kapitalsanlage angewiesen sind, und die in Not geraten, wenn ein ungünstiger Eingang der Mietszinsen ein Stocken der Hypothekenzinszahlungen zur Folge hat«, sind ausgeblieben. Gekommen sind dagegen Hausbesitzer und haben auf ihre Eigentümerhypotheken Geld leihen wollen, um die Hypothekenzinsen zu zahlen, Reparaturen vorzunehmen usw. Ihnen genügte auch der in der Satzung vorgesehene Betrag von 5 bis höchstens 10 % der belastungsfähigen Hypothek nicht; 10 % wurden für sie die Regel, und höhere Sätze wurden oft verlangt. So sahen sich denn die städtischen Behörden genötigt der geringern Beschäftigung der Kasse und dem veränderten Charakter des Benutzerkreises und seinen Bedürfnissen durch Abänderung der Satzung Rechnung zu tragen. Die Grenzen der Höchstsätze für Anleihen wurden hinausgeschoben (von 5 auf 10 %, von 5000 auf 10 000 Mark), und an Stelle der die Kreditanträge prüfenden Kreditausschüsse, die keine Beschäftigung fanden, die Anhörung zweier sachverständiger Prüfer vorgeschrieben.

X

X

**Arbeiterfürsorge** Aus dem besondern Verhältnis, in dem die städtischen Arbeiter zu den Verwaltungen stehen, ergab sich auch die über die gewöhnliche Kriegsfürsorge hinausgehende Festsetzung der Unterstützungen an die Familien der im Felde stehenden städtischen Arbeiter. Die Löhne wurden teils ganz teils in größeren Teilquoten weitergewährt. Der Tod vieler Arbeiter auf dem Schlachtfeld oder ihre Rückkehr als Invalide oder Krüppel machten nun ein weiteres Eingreifen der Städte notwendig. Wo bisher in Friedenszeiten Ruhelohn und Hinterbliebenenunterstützung auf Grund einer Pensionsordnung gewährt wurde, bildet diese wohl zweckmäßigerweise die Grundlage der Fürsorge. Dabei muß allerdings eine Anpassung an die besonderen Kriegsverhältnisse erfolgen. Das gilt namentlich für die Karenzzeit von 10 Jahren, die in der Regel bei der Gewährung von Ruhelohn erfüllt sein muß. Doch hatte die Mehrzahl der Satzungen schon eine Bestimmung, wonach von der Erfüllung der 10jährigen Karenzzeit abgesehen werden kann, wenn die Dienst- oder Erwerbsunfähigkeit die Folge einer Krankheit, Verwundung oder sonstigen Beschädigung ist, die sich der Arbeiter im Gemeindedienst direkt oder indirekt ohne eigenes Verschulden zugezogen hat. An diese Vorschrift knüpft die Münchener Regelung an. Die Bezüge der Satzung werden dem Arbeiter und seinen Hinterbliebenen ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit gewährt, wenn Arbeitsunfähigkeit oder Tod durch die Teilnahme an den Kriegsereignissen verursacht wurde. Diese Kriegsfürsorge wird aber nur den Arbeitern gewährt, die im Zeitpunkt der Mobilmachung oder ihrer Einberufung zur militärischen Dienstleistung im städtischen Dienst standen. Arbeiter, die nur aushilfsweise eingestellt wurden, können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Die Kriegsdienstzeit wird bei der Bewertung der Renten eingerechnet. Die Festsetzung der städtischen Renten soll erst nach der Festsetzung der militärischen Bezüge erfolgen. Eine Kürzung der städtischen Renten soll eintreten, wenn sie zusammen mit den militärischen Renten 85 % des Jahresarbeitsverdienstes übersteigen. Die Vorschrift ist nicht unbedingdet; es sollte aber in Ausnahmefällen besonderer Hilfslosigkeit selbst der volle Jahreslohn gewährt werden

können. Auch in Köln wurden ähnliche Vorschriften erlassen. Beachtenswert ist hier die Aufhebung der Vorschrift, wonach Witwen das Witwengeld versagt bleibt, wenn die Ehe mit dem Verstorbenen innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben zu dem Zweck geschlossen wurde der Witwe den Bezug des Witwengelds zu verschaffen. Sie soll dann keine Anwendung finden, wenn die Ehe nach der Mobilmachung geschlossen wurde.

Die allgemeine Verteuerung aller Lebensmittel hat die Städte trotz ihrer durch den Krieg und seine Ansprüche schlechten Finanzlage gezwungen Gehalts- und Lohnerhöhungen für die städtische Beamten- und Arbeiterschaft zu gewähren. Neben der Verteuerung der Lebenshaltung ist häufig auch die Unmöglichkeit zu den alten Löhnen Arbeiter zu bekommen das Motiv zu einem solchen Vorgehen. So weist zum Beispiel der Breslauer Magistrat in seiner Vorlage vom 31. März darauf hin, daß gerade in den auch für die Stadt maßgebenden Zweigen der Privatindustrie (Metallindustrie und Teile der Bauindustrie) die Arbeiterlöhne so gestiegen sind, daß es nicht mehr möglich ist in den entsprechenden städtischen Verwaltungen zu den bisherigen Löhnen brauchbare Arbeiter zu bekommen oder auch nur die bereits angestellten Arbeiter zu halten. Die Verwaltungen der Betriebswerke, der Straßenbahn, des Hafens sind daher gezwungen höhere Löhne zu zahlen, falls sie den Betrieb überhaupt noch aufrechterhalten wollen. Auch der Berliner Magistrat führt als Begründung an, daß in der privaten Industrie zum Teil Löhne gezahlt werden, die erheblich über die Bezüge der städtischen Arbeiter hinausgehen. Sie bilden einen Anreiz lieber im Privatbetrieb als im Dienst der Stadt Arbeit zu suchen trotz der Einrichtungen und Vorteile, die der städtische Dienst gewährt.

Wie bei der Gewährung von Teuerungszulagen in früheren Jahren werden auch jetzt zwei Wege eingeschlagen: Einmal wird eine feste Lohnerhöhung in der Form eines Zuschlags zu dem bisher bezogenen Einkommen (30 Pfennig pro Tag wie in Magdeburg; oder abgestuft 10 bis 40 Pfennig wie in Burg bei Magdeburg oder 10 Mark monatlich wie in Berlin oder 12 Mark wie in Berlin-Britz usw.) gewährt, ohne Unterschied der Person und mit der Beschränkung, daß ein bestimmtes Einkommen, meist

2000 Mark, nicht überschritten sein darf. Oder zweitens: Es finden Abstufungen nach dem Familienstand statt, mit anderen Worten: die Teuerungszulage hat die Form einer Familienzulage. Dieser Weg ist zum Beispiel von Charlottenburg, Breslau, Kiel und anderen Städten betreten worden. Charlottenburg hat durch genauere Untersuchungen festgestellt, daß »die unverheirateten und die verheirateten Bediensteten ohne Kinder in der jetzigen Zeit ohne eine unzulässige Beschränkung in der Lebenshaltung mit ihren Einkünften haushalten können«. Dagegen muß den gering besoldeten städtischen Bediensteten mit Kindern, die von der Lebensmittelteuerung am stärksten betroffen werden, die Sorge um den Familienhaushalt während des Krieges erleichtert werden. Die Zulage soll für jedes Kind monatlich 6 Mark betragen; für Arbeiter, die bereits Familienzulagen beziehen, wird ein Zuschlag von 2 Mark gewährt, doch dürfen beide zusammen nicht 6 Mark überschreiten. In Kiel erhalten unverheiratete Arbeiter und Arbeiter ohne Kinder 20 Pfennig pro Arbeitstag oder 5 Mark im Monat, Arbeiter mit bis zu 2 Kindern 50 Pfennig pro Tag oder 12,50 Mark monatlich. Angestellte mit einem Einkommen bis zu 2000 Mark werden wie die Arbeiter behandelt. Breslau kombinierte beide Wege mit einander. Es sollen teils die schon bestehenden Familienzulagen erweitert werden, teils auch schon bei 2 Kindern mehr gewährt werden. Daneben soll die Teuerungszulage in der Form der Lohnerhöhung gegeben werden, wenn sie nach Lage des Arbeitsmarkts nötig ist, um geeignete Arbeitskräfte für die Stadt zu gewinnen. In allen Städten wird die Dauer der Lohnerhöhung oder Teuerungszulage auf die Zeit des Krieges oder auf die Zeit der abnormen Wirtschaftsverhältnisse beschränkt. Den geringer besoldeten Beamten wird gleichfalls eine Zulage gewährt, die in Breslau auch die Form der Familienzulage erhält.

× ×  
 Berlin: Elek- Der Magistrat Berlin stellte  
 trizitätskom- in einer Vorlage vom 27.  
 munalisierung Februar 1915 bei den Stadt-  
 verordneten den Antrag die für den Er-  
 werb der Berliner Elektrizitätswerke er-  
 forderlichen Mittel und ihre Beschaf-  
 fung durch Aufnahme einer Anleihe zu  
 bewilligen. Nach § 31 des Vertrags mit  
 den Berliner Elektrizitätswerken war die

Stadtgemeinde zum Erwerb der Anlagen am 1. Oktober 1915 berechtigt. Auf Grund dieser Bestimmung war denn auch der Vertrag schon am 18. Juni 1913 gekündigt worden. Diese Übernahmeerklärung wurde aber nur zur Wahrung der Frist abgegeben, sollte jedoch keine materielle Bindung enthalten. Ferner hatte die Stadt erklärt, daß sie die gesamten Anlagen zum Buchwert übernehmen würde, da dieser sich um ungefähr 2,5 Millionen günstiger für die Stadt stellt. Nach der Abgabe der Erklärung begannen die Unterhandlungen mit den Vertretern der Berliner Elektrizitätswerke oder richtiger mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Es wurde der Stadt die Begründung eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens vorgeschlagen. Sie sollte einen maßgebenden Einfluß auf die Geschäftsführung und einen erheblichen Teil der Aktien erhalten. Außerdem sollte die Abgabe vom Reingewinn erhöht werden. Dieser Vorschlag war aber davon abhängig, daß die Stromversorgung aus dem Bitterfelder Braunkohlenrevier perfekt würde. Die Berliner Elektrizitätswerke erklärten beides als untrennbar mit einander verbunden und lehnten eine Unterhandlung mit der Stadt über die Errichtung des gemischtwirtschaftlichen Unternehmens allein ab. Der Krieg unterbrach die Verhandlungen auf kurze Zeit, sie wurden dann eine Zeitlang ergebnislos weitergeführt. Mitte Februar erklärte das Bitterfelder Fernkraftwerk, daß es über einen bedeutenden Teil der Kohlenvorräte einen Vertrag abgeschlossen habe, der deren Ausnutzung im vaterländischen Interesse garantiere. Die Stromlieferung aus dem Bitterfelder Revier war also ausgeschlossen. Nunmehr erklärten sich die Berliner Elektrizitätswerke bereit den bestehenden Vertrag auf 6 Jahre zu verlängern. Der Magistrat lehnte dieses Anerbieten ab, da er sich größere Ergebnisse vom Eigenbetrieb verspricht.

Der erste Vertrag zwischen Stadt und Gesellschaft wurde 1884 geschlossen; seitdem sind nicht weniger als 3 neue Verträge notwendig geworden, der letzte im Jahr 1907, sicherlich ein Beweis dafür, wie wenig sich die wirtschaftliche und technische Entwicklung solcher Unternehmungen voraussehen und abschätzen läßt.

Die Magistratsvorlage fand so gut wie keinen Widerstand. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß den Ankauf und stellte dafür 130 Millionen Mark zur Verfügung. Über die Organisation



des Unternehmens wird den Stadtverordneten eine weitere Vorlage zugehen, die ausführlich zu besprechen sein wird. In den Verhandlungen im Ausschuß dieser Körperschaft wurde insbesondere die Notwendigkeit betont der Direktion eine möglichst große Bewegungsfreiheit zu geben.

× **KurzeChronik** Die Berliner Stadtverordnetenversammlung genehmigte eine Nachforderung von 350 000 Mark zur Durchführung der freien Mittagsspeisung bedürftiger Gemeindeschulkinder und ersuchte den Magistrat um eine Vorlage zur Verbesserung der Organisation und zur Erhöhung des Nährwerts der Speisen. × Der Geschäftsbericht über das erste Jahr der Städtischen Arbeitslosenfürsorgeanstalt *Kaiserslautern* ist kürzlich veröffentlicht worden. Die Anstalt besteht aus einer Versicherungskasse für nichtorganisierte Arbeiter und einer Zuschußkasse für die Organisationen mit Arbeitslosenunterstützung. An die Versicherten der Zuschußkasse wurden 4057,20 Mark bezahlt, von denen auf die beiden Kriegsmonate August und September 3365 Mark entfallen (1). Von im ganzen 2399 Mitgliedern der angeschlossenen Vereine wurden 504 unterstützt. Die Zahl der Unterstützungstage war 6135. × Die Stadt *Leipzig* hat die beiden Gemeinden *Mockau* und *Schönefeld* eingemeindet; dem Bezirksverband der Amtshauptmannschaft mußten als Abfindung 200 000 Mark zugebilligt werden. × Der Rat der Stadt *Zwickau* beschloß auch den *Wöchnerinnen*, denen die Vorteile der Reichswochenhilfe nicht zustehen, die gleiche Wochenhilfe auf Kosten der Stadt zukommen zu lassen. × Der *Hamburger Staat* hat bei der Bürgerschaft die Übernahme des Krematoriums des Vereins für Feuerbestattung und eine Verbilligung der Einäscherungskosten beantragt.

× **Literatur** Ein Bändchen der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt, Verfassung und Verwaltung der deutschen Städte* von *M. Schmid*, gibt einen Überblick über das Verfassungs- und Verwaltungsrecht und die eigentliche Verwaltungstätigkeit der Stadtgemeinden, der bei dem beschränkten Rahmen von 117 Seiten begreiflicherweise häufig nur an der Oberfläche haften kann. Doch

muß anerkannt werden, daß sehr viel Material in die 7 Abschnitte, in die der Stoff gegliedert ist, hineingepreßt wurde. Daß dabei auch Irrtümer unterlaufen, darf nicht verschwiegen werden. Vermag das Büchlein sich auch nicht der Mostschen Arbeit an die Seite zu stellen, so ist es doch eine ganz zweckmäßige und objektive Einführung in die kommunale Verwaltung und ihre Probleme, die Anfängern empfohlen werden kann. × In der von *P. Hirsch* herausgegebenen Serie *Sozialdemokratische Gemeindepolitik / Berlin, Vorwärts / veröffentlichte Jul. Bruhns* unter dem Titel *Die Gemeindepolitik einer sozialdemokratischen Mehrheit eine Verteidigung der Tätigkeit der Offenbacher sozialdemokratischen Fraktion gegen die Angriffe, die der Geschäftsführer des (mittlerweile aufgelösten) Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie, Dr. F. Ludwig, in seinem Buch Kommunalpolitik und Sozialdemokratie gegen sie gerichtet hatte*. Es mag von Zeit zu Zeit notwendig sein sich einmal mit solchen Angriffen zu beschäftigen. Aber 59 Seiten sind doch zu viel des Guten, und das Büchlein hätte sicher gewonnen, wenn es weniger Polemik enthielte und mehr in positiver Weise die Offenbacher Kommunalverwaltung unter der Herrschaft einer sozialdemokratischen Mehrheit zur Darstellung gebracht hätte. Wertvoll wäre auch in Verbindung damit eine Untersuchung gewesen, in welchem Umfang es der Mehrheit möglich gewesen ist die Forderungen der sozialdemokratischen (Reichs- und Landes-) Kommunalprogramme durchzuführen, inwieweit sie durch das Fehlen der Mittel und andere Faktoren daran gehindert wurde. × Das Problem der Notstandsarbeiten, das gerade jetzt wieder so wichtig geworden ist, behandelt *Dr. Paul Meyer / Jena, G. Fischer /*. Es ist eine lesenswerte Schrift, in der das Material der letzten Jahre verarbeitet ist. Vielleicht wäre es zweckmäßiger gewesen, wenn der Verfasser den theoretischen Teil, in dem er den Begriff der Notstandsarbeiten zu bestimmen versucht, nicht an den Anfang sondern an das Ende gestellt hätte. Statt daß die theoretischen Erörterungen durch die Darstellung dessen, was auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung geschehen ist, gewissermaßen bestätigt werden, wären dann diese Erörterungen als Ergebnis aus dem tatsächlichen Material abgeleitet worden. Das Material der Praxis ist das Prius vor den theoretischen Überlegungen auch der Stadtverwaltungen ge-

wesen. Die Schrift bringt namentlich in ihrem 2. Teil eine gute Verarbeitung des Tatsachenmaterials. Auch den Leitsätzen, die der Verfasser für die Notstandsarbeiten aufstellt, wird man im wesentlichen, wenn auch nicht in allem, zustimmen können. Anfechtbar scheinen mir insbesondere die Ausführungen über die Entlohnung der Notstandsarbeiter, die der Verfasser auf das zum Leben Notdürftigste beschränkt wissen will. Die gerade in diesem Punkt so lehrreiche Schrift Greulichs scheint ihm nicht bekannt gewesen zu sein; vielleicht hätten ihre Argumente ihn zu einer andern Auffassung gebracht. X In einer kurzen Studie Die Fleischversorgung Münchens /München, Schweizer/ gibt Johann Lechner, Vorstand des Marktbureaus des Schlacht- und Viehhofs in München, eine übersichtliche Darstellung der Organisation des Schlachtviehmarkts, des Schlachtviehhandels und des Metzgergewerbes in München, die durch eine Fülle statistischen Materials ergänzt ist. Alsdann behandelt der Verfasser die Preisnotierung für Schlachtvieh und Fleisch und ihre Preisbildung, soweit sich diese beim Vieh zwischen Stall und Schlachtung vollzieht; also den Einfluß der Transportkosten, Zölle, Versicherungsprämien, Gewichtsverluste, Provisionen des Zwischenhandels, Markttunkosten usw. Dabei werden auch die Metzgergewinne berücksichtigt. Auf die volkswirtschaftlichen Faktoren, die die Preisbildung, vor allem auch die Höhe der Stallpreise beeinflussen, geht der Verfasser nur sehr kurz ein. Trotz dieser Lücke ist die übersichtliche Darstellung recht lesenswert. X Der bekannte Aachener Hygieniker Professor W. Gemünd behandelt im 12. Heft der Finanzwirtschaftlichen Zeitfragen /Stuttgart, Enke/ die Kommunen als Grundbesitzer. Die Schrift bringt keine wissenschaftliche Bereicherung. Der Verfasser ist der Ansicht, daß die Boden- und Bauunternehmung alles aufs beste machen wird, wenn man ihr nur möglichst wenig Hindernisse in den Weg legt. Die Städte sollen sich daher in ihrer Bodenpolitik darauf beschränken Grund und Boden nur so weit zu erwerben, als sie die Grundstücke zu eigenem Bedarf, also für ihre kommunalen Bauten und die bei der Stadterweiterung notwendigen Straßen und freien Flächen brauchen, und das übrigbleibende Gelände nach kaufmännischen Gesichtspunkten, also zu einem möglichst günstigen Preis, verwerten. Sobald aber die Gemeinde über diesen

engen Rahmen hinausgeht, hat der Verfasser die größten Bedenken: mag nun die Gemeinde diese Geländeteile erwerben, um sie zu möglichst hohen Preisen wieder zu veräußern oder um gemeinnützige Bodenpolitik zu treiben. Ob schon er selbst zugeben muß, daß diese gemeinnützige Bodenpolitik der Gemeinden erst in ihren Anfängen steht, meint er, daß sie sich doch nicht bewährt hat. Den Beweis spart er sich. Wie überhaupt sein Material sehr wenig reichhaltig ist. Dabei stützt er sich häufig ganz einseitig auf die Publikationen des Grundbesitzerschutzverbands.

## WISSENSCHAFT

### Philosophie / Raphael Seligmann

**Moral** In den seltenen Augenblicken, in denen das menschliche Bewußtsein, alle Hüllen der Konvenienz und der Äußerlichkeit abstreifend, von Angesicht zu Angesicht mit sich selber bleibt, und der Lärm des Alltags mit all seiner nichtigen Wichtigtuerei in jenes große Schweigen untertaucht, das die Seele mit einemmal in nahe Berührung mit der Ewigkeit bringt: in diesen Momenten der völligen Losgelöstheit von allen Rücksichten auf die äußere Umgebung und des völligen Aufgeschalltseins der menschlichen Person ist die wesentliche Vorbedingung für diejenige Abschätzung und Bewertung des Daseins gegeben, die wir am liebsten die moralische nennen möchten. Der tragende Grund alles moralischen Verhaltens gegenüber der Welt und gegenüber den Menschen würde also mit dem letzten Wurzelpunkt der menschlichen Innerlichkeit zusammenfallen, mit der ernsthaften Besinnung auf die besondere Eigenwertigkeit und besondere Bestimmung, die das Bewußtsein ganz inmitten des Flusses des physischen und psychischen Geschehens in sich selber entdeckt und zur Geltung bringt. Für unsere Betrachtung ist auf diese Weise die Moral keine Sache des Abkommens, das die Menschen zum Zweck ihrer eigenen Ruhe und Bequemlichkeit treffen mögen, kein Gefühl eines bloßen Mitleidens, dem sich die Seele in voller Passivität hingibt, kein Gebot von außen oder oben, dem der Mensch unbedingt zu gehorchen hat, sondern die moralische Attitüde erwächst für uns mit dem Moment, wo das in sich gekehrte Bewußtsein genügende Kraft verspürt, aller Natürlich-

keit und aller Biologie zum Trotz, seine eigenen Imperative in den Vordergrund zu stellen. Dies ist meines Erachtens die *conditio sine qua non*, die vorläufig rein formale Bedingung jeder echten ethischen Bewertung, die über den besondern Inhalt der Bewußtseinsimperative noch nichts Bestimmtes aussagt.

Auf diese Gedanken bringt uns ein Buch von Dietrich Heinrich Kerler, das den vielversprechenden Titel *Jenseits von Pessimismus und Optimismus* trägt, und das, wie der Untertitel des nähern ausführt, »den Versuch einer Deutung des Lebens aus den Tatsachen einer impersonalistischen Ethik« darstellen soll /Ulm, Kerler/. In dem richtigen Gefühl, daß das echte moralische Bewußtsein allzu ernst und gewissenhaft ist, um sich durch eine sogenannte optimistische Weltanschauung über die Grundübel des Daseins hinwegtäuschen zu lassen, daß aber andererseits eine vornehmlich pessimistische Wertung der Dinge auf die Dauer auf jeden Lebenstrieb, und folglich auch die ethischen Impulse, lähmend einwirken muß, bemüht sich der Verfasser die ethische Stellungnahme der Wirklichkeit gegenüber auf ein Terrain zu übertragen, das von den Fragen von Gut und Übel völlig unberührt bleibt. Bemerkenswert ist dabei der Umstand, daß der Verfasser trotzallem auf dem Boden der individuellen Psyche durchaus verharren will, und daß er die Ethik nicht etwa aus einer über allem individuellen Leben schwebenden Idee, sondern aus rein persönlichen Erlebnissen zu deduzieren sucht. Solche Erlebnisse entdeckt er in jenen impersonalen Tendenzen des menschlichen Gemüts, in deren Mittelpunkt nicht die Erhaltung und Förderung des eigenen wie auch des fremden Daseins, sondern irgendwelche vernünftige ideale Betätigung steht, sei es wissenschaftlicher, künstlerischer oder gesellschaftlicher Natur. Mit diesem Begriff der impersonalen Neigung werden wir uns weiter unten zu beschäftigen haben, vorläufig sei nur so viel hervorgehoben, daß dem Verfasser zufolge zum Wesen jeder echten Moral 2 Hauptbedingungen gehören, von denen die eine negativer, die andere positiver Natur ist: 1. Das ethische Wollen darf sich keineswegs auf das eigene Subjekt, auf das Wohl und Wehe des eigenen Ichs beziehen. 2. Das Objekt dieses Wollens muß irgendwelchen vernünftigen Zweck in sich enthalten, wobei der Verfasser merk-

würdigerweise es unterläßt zu definieren, was eigentlich unter Vernünftigkeit zu verstehen sei.

Das ganze Buch ist vom Geist jener echten Wissenschaftlichkeit getragen, die vor keiner, noch so gefährlich scheinenden Folgerung zurücktritt, dem sogenannten gesunden Menschenverstand nicht die geringste Konzession macht, und die absolute Unabhängigkeit im Denken und Forschen in den Vordergrund des Interesses rückt: eine höchst erfreuliche Erscheinung in einer Zeit, in der eine Schar von angeblichen Wissenschaftlern in allen Kulturländern Europas durch ihr sophistisches Gerede die Geduld auf eine harte Probe stellt. Aber eine wissenschaftliche Methode, und sei sie noch so gewissenhaft betrieben, bietet noch lange keine genügende Gewähr für die Richtigkeit der von ihr erzielten Resultate, wenn der ganzen Betrachtung von vornherein ein den Tatsachen nicht entsprechender Ausgangspunkt zugrunde liegt. Bei all dem wissenschaftlichen Geist, den die in Frage stehende Schrift zweifelsohne zeigt, ermangelt doch die Ausführungen des Verfassers der genügender gesicherten Unterlage und der erforderlichen Beweiskraft, um den in der Abhandlung verfochtenen Standpunkt plausibel zu machen.

Zunächst eine Definition, die der Verfasser uns auf Seite 168 seines Buches gibt: »Sittlich ist das Handeln, wenn sein Zweck [besser: Endzweck] ein sittlicher, impersonalistisch geistiger ist.« Wie wir bereits aus dem Vorhergehenden wissen, sollen der Ansicht des Verfassers zufolge Geistigkeit und Selbstlosigkeit die in gleichem Maß notwendigen Bestandteile jedes wahrhaft ethischen Willensimpulses konstituieren. Daß neben der Selbstlosigkeit auch der Geistigkeit eine wesentlich mitbestimmende Rolle zufallen muß, erfahren wir aus einem grundlegenden Satz in dem Buch, der folgendermaßen lautet: »Wir erleben das geistige Wesen des Menschen als Wert. Das ist die weiter nicht ableitbare Grundtatsache des sittlichen Lebens.« Und dann etwas weiter: »Wir empfinden die geistigen Werte als Werte, weil unsere geistige Natur uns dazu nötigt. Es gibt keine andere Erklärung.« Was aber die Notwendigkeit der Selbstlosigkeit bei der Konstituierung des wahrhaft sittlichen Strebens betrifft, so hält allem Anschein nach der Verfasser diese Einsicht für so elementar und unmittelbar ein-

leuchtend, daß er auf vielen Seiten seines Buches mit diesem Begriff der Selbstlosigkeit operiert, ohne das Bedürfnis zu empfinden ihn tiefer zu begründen. Nur beiläufig lesen wir in der Abhandlung den für uns wichtigen Satz: »Der Verstand kann es nie verstehen, warum denn gerade Selbstlosigkeit so unvergleichlich wertvoll sein soll.«

In all diesen Sätzen berührt der Verfasser den tiefsten Kern und zu gleicher Zeit auch den wundesten Punkt des ganzen ethischen Problems, ohne, wie es scheint, sich die ganze Tragweite der von ihm aufgerollten Fragen zum klaren Bewußtsein gebracht zu haben. Was er in diesen Sätzen zum Ausdruck bringen will, ist nicht mehr und nicht weniger als der so problematische und verfängliche Gedanke, daß die ethischen Forderungen die selbe axiomatische Gewißheit wie die logischen Normen besitzen sollen, ohne jedoch dabei einen einzigen Berührungspunkt mit diesen aufweisen zu können. Gewiß mag es an sich richtig sein, daß Logik und Ethik zwei disparaten Sphären im menschlichen Bewußtsein angehören; aber in welchem Sinn soll ich dann von der Selbstverständlichkeit der ethischen Forderungen sprechen können? Die Attribute der logischen Normen sind bekannt; sie sind allgemeingültig, und ihr Gegenteil ist undenkbar. Kann ich das selbe von den ethischen Forderungen behaupten? Ist es denn wirklich wahr, was der Verfasser in einem der oben zitierten Sätze sagt, daß wenn wir das geistige Wesen des Menschen als Wert erleben, dieses Erleben als weiter nicht ableitbare Grundtatsache des Bewußtseins feststeht, und ist denn nicht der Fall denkbar, daß wir auch das sinnliche Leben des Menschen als Wert erleben können, wie es ja häufig geschieht, und wie es uns ganze Epochen in der Geschichte der Kulturentwicklung ad oculos zeigen? Und wenn der Verfasser sich in einem andern Satz ausdrückt, daß wir die geistigen Werte als Werte empfinden, weil unsere geistige Natur uns dazu nötigt, gemahnt nicht diese Behauptung gar zu sehr an diejenige des Arztes in der Molièreschen Komödie, daß die heilsame Wirkung des Schlafmittels davon herrühre, daß in diesem eine einschläfernde Kraft, eine virtus dormitiva, enthalten sei?

Die ethischen Forderungen besitzen nicht die bindende Kraft der logischen

Normen, und eben deshalb ist es dringend geboten ein zureichendes Kriterium ausfindig zu machen, woran wir uns in unseren Urteilen zu halten hätten. Wenn den Imperativen des ethischen Wollens von Natur aus diese Allgemeingültigkeit nicht zukommen kann, die beispielsweise dem Satz des Widerspruchs innewohnt, so muß doch erst recht dargetan werden, warum wir gerade diese oder jene Forderung des menschlichen Gemüts vor allen anderen als ethisch auszuzeichnen haben, mit anderen Worten: es muß an dieser oder jener Forderung der Grund ihres Anspruchs auf Anerkennung und Normativität aufgezeigt werden. Denn daraus, daß die ethischen Forderungen einer richtigen Allgemeingültigkeit im Sinn der Logik ermangeln, folgt noch keineswegs, daß sie auch keine Allgemeinheit zu besitzen vermögen, es folgt daraus keineswegs, daß wir außerstande wären auf dem Gebiet der subjektiven Willens-tendenzen den zentralen Punkt zu entdecken, in dem jeder noch so eigenartig gestaltete Sonderwille sich widerfinden könnte. Diesen allgemeinen Charakter, diesen zentralen Punkt herauszuheben und zu beleuchten ist eben jede Theorie der Sittlichkeit verpflichtet, die, wie es eben in der Natur jeder Theorie liegt, sich nicht an diesen oder jenen Verstand, sondern an den menschlichen Verstand überhaupt wendet. Übrigens haben von jeher alle Moraltheoretiker das lebhafteste Bedürfnis nach einem Kriterium der Moralität empfunden. Aus diesem Bedürfnis heraus entstanden jene Gesellschaftstheorien, die in der Rücksicht auf den Bestand und das Wohl der Gesellschaft die Richtschnur für das sittliche Handeln sehen möchten. In der Gesellschaft glauben sie den gewünschten Mittelpunkt gefunden zu haben, in dem sich sämtliche individuelle Willen kreuzen müssen. Andere wiederum haben andere Kriterien aufgestellt. Diesen Lebensnerv aller theoretischen Betrachtung, die objektive Instanz, vermissen wir aber bei unserm Verfasser.

Man könnte meinen, daß ein derartiges objektives Kriterium nur für den Theoretiker der Moral von unumgänglicher Notwendigkeit sei, für den wissenschaftlichen Menschen also, der mit allgemeinen Definitionen sich an seine Mitmenschen wendet, daß aber die einzelne Person, die lediglich mit sich selber darüber ins Reine kommen will, was als gut und böse zu betrachten sei, einer

höhern Instanz wohl entraten kann, da ihr die untrügliche Stimme des eigenen Gewissens schon den richtigen Rat erteilen wird. Ähnlich denkt auch unser Verfasser, der auf diese innere Stimme viel zu geben scheint, und der an manchen Stellen seines Werkes von den Tiefen der Seele spricht, in die man nur hinabzusteigen brauche, um die nötige Erleuchtung zu gewinnen. Dies mag in sehr seltenen Fällen wirklich zutreffen. Meistens aber erweist sich die menschliche Seele als ein sehr geschickter Bauchredner, der sich vortrefflich auf die Kunst versteht Stimmen nachzuahmen und sie von Orten kommen zu lassen, wo man sie am wenigsten erwartet; wie oft hat man nicht die Stimme des eigenen Gewissens zu vernehmen geglaubt, wo es in Wahrheit nur die des eigenen Vorteils war. Da bietet mir nun die objektive Instanz, die in kritischen Augenblicken mich vor den Spitzbübereien meines eigenen Geistes zu schützen vermöchte, einen recht sichern Halt.

Der Raum gestattet leider nicht auf viele wichtige Punkte des Werkes einzugehen, so sehr es für die Klärung der behandelten Frage erwünscht wäre. Es gibt aber darunter einen, der sich unmöglich umgehen läßt, und dessen Nichtbeachtung der ganzen Kritik die Spitze abbrechen würde. Ich meine damit den Begriff der impersonalen Neigung, der das ganze Gerüst aller in diesem Werk entwickelten Gedanken trägt, und den wir auch als den Begriff der interesselosen Liebe bezeichnen können. Wie bereits aus dem frühern erhellt, versteht der Verfasser unter einem solchen Begriff gewisse zentrifugale Tendenzen des menschlichen Geistes, die natürlich im Subjekt ihren Ursprung haben, die aber zu ihm nicht zurückkehren und sich auf Dinge, Geschehnisse und Tätigkeiten beziehen, an denen das Individuum kein biologisches Interesse hat. Daß die menschliche Natur die Fähigkeit besitzt ein Gefallen an Dingen und Geschehnissen zu finden, die in keiner Weise der Erhaltung und Förderung des eigenen wie des fremden Ichs dienen, ja dieser stracks zuwiderlaufen, können wir an den künstlerischen Empfindungen beobachten. Eine künstlerische Empfindung erhalte ich jedesmal, wenn ich dazu komme eine Tätigkeit an sich zu bewundern, ohne dabei über deren Bedeutung für das Wohl und Wehe meines eigenen oder eines fremden Organismus

zu reflektieren. Ich kann mich sehr wohl an der lebendigen und gelungenen Schilderung irgendeiner Begebenheit ergötzen, wenngleich diese Begebenheit in der Wirklichkeit meinen Zorn und Widerwillen erregen würde. Allein alle derartigen Empfindungen setzen rein passive Zustände des Gemüts voraus, die keine Willensimpulse in sich enthalten, in keine reale Tat ausmünden und mich zu nichts verpflichten. Ganz anders verhält es sich aber mit den ethischen Neigungen des Gemüts. Die ethischen Tendenzen müssen aus ihrem Innern ganz aktive Reaktionen auf die Wirklichkeit entfalten, wenn anders die Ethik jede Bedeutung für das menschliche Leben nicht einbüßen soll. In dieser Bedeutung erschöpft sich der ganze Sinn der ethischen Forderungen. Der Zweck der Ethik ist das Handeln, und da geht es nicht an das auf die Wirklichkeit reagierende und bestimmte Ziele verfolgende menschliche Selbst auszuscalten. Auf dem Gebiet der Ethik kann daher keine Rede von rein impersonalen Neigungen im Sinn des Verfassers sein, will sagen von Neigungen, bei denen das Wohl und Wehe der menschlichen Ichs nicht in Betracht gezogen würde.

× Erkenntnisprobleme ×

Von den Werken rein philosophischen Inhalts der letzten Monate sei besonders auf dasjenige von A. Brunswig hingewiesen, das den Titel Das Grundproblem Kants führt /Leipzig, Teubner/. Obgleich es an lehrreichen Wiedergaben und Beurteilungen der Kantischen Philosophie in der Literatur der früheren wie der letzten Jahre wahrlich nicht fehlt, erscheint mir doch diese Abhandlung als ein sehr wesentlicher Beitrag, der die Kantischen Probleme in eine neue Beleuchtung rückt und der der Aufmerksamkeit des Lesers aufs dringlichste empfohlen sein möge. Nachdem der Verfasser in einer gedrängten und kernigen Darlegung die Hauptpunkte des Systems scharf hervorgehoben hat, unterzieht er die von Kant gegebene Lösung der erkenntnistheoretischen Grundfragen einer Kritik. Er wird dabei von der etwas platonisch anmutenden Annahme geleitet, daß es vom Erkennen unabhängige, sich von einander qualitativ unterscheidende Typen von Erscheinungen gibt, daß jede einzelne, für sich genommene Erscheinung den ganzen Typus, unter den sie fällt, auf eine gewisse Weise wider-

spiegelt, und daß das Erkennen die Fähigkeit besitzt diesen Typus in der einzelnen Erscheinung durch einen spontanen Akt zu erfassen und zu fixieren. Der gegen Kant gerichtete Gedankengang des Verfassers kann etwa folgendermaßen wiedergegeben werden: Die Apriorität der Raum- und Zeitanschauung sowie die der Stammbegriffe des reinen Verstandes verbürgen mir noch keineswegs die allgemeinnotwendige Geltung der von mir gebildeten apriorischen Urteile. Meine Aussage über die Gerade als die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten kann von mir auf Grund der apriorischen Raumanschauung gebildet worden sein, ohne dabei den Charakter der Allgemeingültigkeit an sich tragen zu müssen. Da mir die Anschauung der Geraden immerhin nur hic-et-nunc als dieser oder jener individuelle Fall gegeben ist, so kann ich nie mit Sicherheit ausmachen, ob sich mein mathematisches Urteil auf alle Fälle erstreckt, und ob auch wirklich alle Geraden, für alle Anschauenden, die von mir an ihr statuierten Eigenschaften besitzen. Dieser Apriorität der Raumanschauung bedarf ich nun keineswegs, da ich sehr wohl ohne deren Zuhilfenahme meine Aussage mit völliger Sicherheit machen kann, wenn ich nur durch einen Akt des innern Schauens in den Stand gelange in jeder beliebigen einzelnen Geraden jener Artbestimmtheit habhaft zu werden, die das Wesen der Geradheit an den im Raum gezogenen Linien konstituiert. Die klare Einsicht in die innere Natur jenes qualitativen Etwas, das an dieser oder jener im Raum gezogenen Linie die Geradheit bildet, gewährt mir zugleich die unerschütterliche Überzeugung von der allgemeinen Geltung aller mit dieser Geradheit verbundenen Eigenschaften; denn die Erkenntnis des Wesens in einer einzelnen Erscheinung bedeutet ja nichts anderes als den Einblick in die allgemeine Natur, die sich in allen möglichen Manifestationen der selben Gattung offenbart. Und so verhält es sich mit allen anderen apriorischen Urteilen. Ihre Gewißheit gründet in dem Erfassen des Wesentlichen in der zufälligen Erscheinung, in dem Innerwerden des Allgemeinen in dem singulären Fall, in dem Erschauen der Idee in der partikulären Gestalt, in der Fühlungnahme des Erkennens mit der ihm gegenüberstehenden Seinsart. In anderen Gedankenbahnen bewegt sich das Buch Dr. Hugo Dinglers

Die Grundlagen der Naturphilosophie /Leipzig, Unesma/. In diesem Werk stellt sich der Verfasser die Aufgabe alle die Grundprinzipien aufzudecken, auf die die wissenschaftliche Bearbeitung der Wirklichkeit aufgebaut ist. Indem er an der Hand mannigfacher Beispiele aus der Geschichte der Wissenschaften sich zu zeigen bemüht, wie aus ursprünglich rein empirischen Beschreibungen und Registrierungen von Daten allmählich auf dem Weg einer Auslese systematische Gefüge erwachsen, stellen sich ihm als die letzten Grundlagen eines in sich geschlossenen theoretischen Baues die Elemente des »unmittelbar Gegebenen« und der »logischen Verarbeitung« heraus, wobei er unter Logik alles das versteht, was zum unmittelbar Gegebenen hinzukommen muß, um daraus Erkenntnis zu machen. Das Fundament der Logik aber ist alogischer Natur und beruht seinerseits auf einem spontanen Willensakt, einem freiwilligen Entschluß sich die Vorgänge in der Natur nach einem denkökonomischen Prinzip zurechtzulegen. Es gehen also die logischen Regeln aus einer Tendenz zur Ökonomie hervor. Der Verfasser wird in seinem ganzen Gedankengang von zwei verschiedenen Seiten her bestimmt: der empiriokritizistischen und der logizistischen Richtung in der Philosophie.

× KurzeChronik Der Privatdozent für das Studium der Scholastik an der Universität Freiburg in Baden Dr. Engelbert Krebs ist zum außerordentlichen Professor ernannt worden. × Der Privatdozent für Philosophie, Psychologie und Pädagogik an der Universität Frankfurt Otto Schulze ist zum Titularprofessor ernannt worden. × Professor Dr. Hermann Reincke-Bloch, Rektor an der Universität Rostock, hielt eine Rede, in der er die geistigen Zusammenhänge aufwies, die Fichte und der deutsche Geist von 1914 mit einander gemein haben. Die Rede ist im Verlag von H. Markentien in Rostock erschienen.

× Literatur Unter den Büchern kulturhistorisch - philosophischen Inhalts scheint mir das Werk Hermann Oldenbergs über die Lehre der Upanishaden und die Anfänge des Buddhismus /Göttingen, Vandenhoeck- & Ruprecht/ von besonderem Interesse zu sein. Der Ver-

fasser läßt in diesem Werk ein klares Bild von dem Entwicklungsgang der altindischen Kultur vor unserm geistigen Blick ersehen; er zeigt uns an der Hand von historischen Belegen, wie der in den Zeremonien des Opferkults wurzelnde indische Gedanke, durch das Stadium des Brahmanentums hindurchgehend, in der Lehre vom Atman seine höchste Vergipfelung findet, und dann in das Samkhyasystem ausmündet. Von diesem Samkhyasystem leitet der Buddhismus seinen theoretischen Ursprung her. Von besonderer Wichtigkeit sind die Ausführungen über die im altindischen Denken vorherrschende Tendenz sich dem Unpersönlichen hinzugeben. Der Primat des Unpersönlichen ist nirgends mit solcher Eindringlichkeit verkündet worden wie auf dem Boden Indiens. Vergleicht man diese Schilderung der geistigen Zustände Altindiens mit der Darstellung der indischen Kulturentwicklung, die uns Paul Deußen in seiner Allgemeinen Geschichte der Philosophie gibt, so wird man sagen müssen, daß Oldenberg mehr darauf bedacht ist sich an die geschichtlich übermittelten Tatsachen zu halten, während Deußen mehr die logische Kontinuität herauszuheben sucht. Das Buch sei allen, die für diese Dinge Interesse haben, warm empfohlen.

### Geschichte / Wilhelm Hausenstein

**Krieg 1914-1915: Historische Versuche** Der Weltkrieg hat eine heute schon fast unübersehbare Masse von Büchern und Schriften gebracht. Greift man hinein, so behält man allerdings keineswegs nur Beachtenswertes in den Händen; im Gegenteil, das meiste, was Historiker und Publizisten beitragen, ist ziemlich belanglos; beschämend vieles ist in peinlichster Weise nichtig. Gleichwohl mag ein beliebiger, nicht von wählerischen Gesichtspunkten bestimmter Griff in diese Literatur ein gewisses Recht haben: insofern nämlich, als er nach beiden Seiten, nach der Seite des Plus und nach der des Minus, zeigt, was die schreibenden Zeitgenossen mit diesem Krieg angefangen haben, während er dauerte. Zufällige Auswahl enthüllt einen Durchschnitt; er aber eröffnet ein Stück Sozialpsychologie der menschlichen Komödie, über das sich späte Historiker unserer Tage billig wundern werden.

Jeder nimmt die objektivste Tatsache, den ungeheuren Krieg, natürlich mit den eigenen, subjektiven Augen auf.

Zeitungs- und Buchverlage bringen Kriegschroniken, Depeschensammlungen und dergleichen. Die beste Sammlung dieser Art in deutscher Sprache ist wohl die Kriegschronik der Frankfurter Zeitung (Der große Krieg. Urkunden, Depeschen und Berichte der Frankfurter Zeitung; bis jetzt 15 Hefte). Ein anderer Verlag hat mit Benutzung dänischer und italienischer Zeitungen die deutschen Berichte mit den französischen zusammengestellt (Der Weltkrieg nach deutschen und feindlichen amtlichen Berichten. Bis jetzt 1. Heft: Der Krieg im Westen, 1. Teil: August bis Dezember 1914 /Breslau, Priebatsch/). Selbstverständlich erhalten auch derartige Zusammenstellungen ihren urkundlichen Wert für den Historiker erst in der Verbindung mit rein auswärtigen Dokumenten, die nach dem Frieden zugänglich sein werden. Doch seien beide Sammlungen hervorgehoben. Sie werden eines Tages nicht unnütze Hilfsmittel sein.

Unter den Kriegspublikationen der Parteiverlage interessieren die von Eduard Bernstein deutsch herausgegebenen ausländischen Regierungsdokumente: das englische Blaubuch, das russische Orangebuch, das belgische Graubuch /Berlin, Vorwärts/. Natürlich ersetzen diese Ausgaben nicht die Originale, schon deshalb nicht, weil diese deutschen Editionen Auswahlgaben sind. Immerhin sind sie Hilfsmittel zu einer allmählich beginnenden Objektivierung des historisch-politischen Urteils.

Professor Theodor Schiemann, der Jahre lang für die Kreuzzeitung die auswärtige Politik bearbeitete, vereinigte die letzten Aufsätze, die er, vom Januar 1914 bis zu seinem Rücktritt von der Mitarbeit an der Kreuzzeitung im September 1914, veröffentlichte, in einem stattlichen Band (Die letzten Etappen zum Weltkrieg /Berlin, G. Reimer/). Die Aufsätze Schiemanns verweilen im Speziellen. Man vermißt die historische Wölbung über der Politik des Tages, den Himmel einer großen Form. Nicht daß Schiemann der Gesamtanschauung entbehrte; aber er läßt sie im einzelnen Aufsatz nicht eben oft und kaum je elementar hervorreten. Inhaltsangaben und ein ausgezeichnetes Register ermöglichen es indes dem Suchenden rasch das einzelne zu finden, das zum Allgemeinen gehört. Das Buch wird eines Tages von besonderm Wert sein, gerade deshalb, weil es sich in der

Welt der Einzelheiten mit unmittelbarer Bekanntschaft, sozusagen wie in einem geselligen Zirkel bewegt.

Die Universitätshistoriker im allgemeinen bringen, im Gegensatz zu Schiemann, der Politiker der Gegenwart ist, von fernher allerlei politische Analogieen an den Krieg heran. Der Bonner Historiker Ulrich Wilcken schreibt einen Abriss der Geschichte der Weltreiche von den alten Orientalen bis zu den Engländern (Über Werden und Vergehen der Universalreiche /Bonn, Cohen/). Nun ist dies alles an sich ja wichtig und interessant. Gleichwohl ist es ein etwas akademisches Bild, sieht man den politischen Historiker sich derart im weitesten Bogen um die Dinge der Gegenwart bewegen, die er eigentlich meinen möchte.

Ein Typus konventionell akademischer Historizismen zum Weltkrieg ist die Schrift des Tübinger Historikers Karl Jacob Die großen Kriege in der Geschichte des deutschen Volkes /Tübingen, Kloeres/. Es ist allerdings von vornherein unerfindlich, wie man zu einem historisch-politischen Urteil gelangen soll, wenn man, und gerade im Bereich dieses Themas, dem liebenswürdigen Glauben huldigt, das geschichtliche Leben »vollziehe sich in der Welt der Freiheit und des Zufalls«. Dies Dogma, das sich selbst als wissenschaftliche Unbefangenheit empfindet, trägt als Basis geschäftiger Rekapitulationen der politischen Geschichte leider den Hauptteil der akademischen Historie; daran hat nun offenbar auch der Weltkrieg nichts geändert.

Eine Broschüre des Leipziger Universitätshistorikers Felix Salomon über das allerdings entscheidend wichtige Problem Wie England unser Feind wurde /Leipzig, Koehler/ hat wenigstens den Vorzug im Rahmen der jüngsten Geschichte zu verweilen und das Bild der letzten Jahre oder wenigstens die Geschichte der äußern Politik dieser Jahre einprägsam zu zeichnen; was gewiß nicht zu oft geschehen kann. Sie besitzt einigen politisch-informativen Wert für ein größeres Publikum. Daß der themagebende Gesichtspunkt aus der Tiefe herausgearbeitet sei, und sich die Schrift von Banalitäten frei erhalte, läßt sich indes leider nicht behaupten.

Ein sächsischer Historiker, Fritz Friedrich, geht in seiner Broschüre Die Ursachen des Weltkriegs /Leipzig, Teubner/ mit einiger Energie wirtschaftlichen Kausalitäten

nach. Man freut sich annehmen zu dürfen, daß heute in Mittelschulen in dieser Weise wirklich Argumente gelehrt werden. Auch ist die kleine Arbeit überhaupt nicht ohne Erfolg bemüht das Bild der Tatsachen mit der Freiheit des Historikers zu sehen. Freilich fehlen zuweilen Energie und Konsequenz des Durchdenkens (so bei dem russischen Problem). Oft versandet die Darlegung in ganz konventionellen Schlüssen.

Eine Enttäuschung bringt das Büchlein des Berliner Historikers Friedrich Meinecke Die deutsche Erhebung von 1914 /Stuttgart, Cotta/. Man erwartet von dem Historiker der Freiheitskriege wenigstens da etwas, wo es um Historisches geht. Aber kaum hat man aufgeschlagen, so wird der Blick durch folgende Sätze über die Zeit um 1815 und nach 1815 gebannt: »Das jung heranwachsende und schon mitkämpfende Geschlecht aber nahm die neuen Ideale von Volksstaat und Kulturstaat mit erfahrungsarmer Überschwenglichkeit und nicht ohne anmaßenden Radikalismus auf. Dadurch trieben sie den preußischen Staat nun wieder in seine frühere mißtrauische Engherzigkeit zurück.« Stat verbum. Liegt die Kraft unserer Historiker in dem imponierenden Volumen der Tatsachen, die sie gewöhnlich ermitteln? Oder weshalb versagen sie, wenn es darum geht in Kürze zu urteilen, historisch zu urteilen und vollends politisch zu urteilen? In der Tat hat das maßlose Ereignis dieses Kriegs in dem Büchlein eines Historikers, der Ruf genießt, keinen einzigen Gedanken gefördert, der über das durchschnittliche Wort dieser Tage wirklich hinausginge.

Befindet man sich nach der Lektüre solcher Schriften in einer gewissen Verzweiflung über die Dürftigkeit dieses Pathos und dieses Urteilens, so liest man die Wichtigmachereien, die Hermann Bahr mit dem Titel Kriegseggen /München, Delphinverlag/ ins Publikum sendet, beinahe mit einer gewissen Erquickung. Aber muß man nicht im Anspruch stark herabgestimmt sein, wenn man an den korybantischen Feuilletons dieses neuesten Praeceptor Germaniae ein noch so fragwürdiges Wohlgefallen findet? Je beredter diese Leute von der Größe der Zeit sprechen, desto deutlicher empfindet man, daß gerade sie es bei allem guten Willen nicht sind, die diese Größe auszusprechen vermögen.



Einige Notizen nur über eine kleine Anzahl wesentlicherer Publikationen. Unter dem Titel Deutscher Aufstieg 1750 bis 1914 /Gotha, Perthes/ schrieb **Kar l L a m p r e c h t** ein kleines Buch. Die Arbeit ist eine kurze Wiedergabe systematischer Grundanschauungen dieses Historikers. Man empfindet bei dieser Konzentration das Schnelfertige und oft Unedle der Bezeichnung, das, was man Lamprechts Jargon nennen muß, vielleicht unangenehmer als in dem großen Werk über deutsche Geschichte, in dem sich immerhin der Stoff auch selber ausbreitet. Auch ist es wohl überhaupt unmöglich die kleine Arbeit ohne die größeren Arbeiten Lamprechts mit Nutzen zu lesen. Aber dies Denken in großen Zusammenhängen, das trotz des Beharrens in dem gefundenen Schema doch auch immer in neuen Wendungen aufblitzt, ist Erlösung, wenn man von allen den anderen Schriften kommt: es bringt Erweiterung des Gefühls, und der Verstand atmet wieder. Von besonderem Interesse ist in der kleinen Arbeit die Betonung des Raummotivs in der Geschichte. Es wäre zu wünschen, daß gerade Lamprecht das Problem des Raummotivs (die Fragen der Geopolitik) einmal in einer welthistorischen Systematik behandelte. Man würde gegen dies Buch vermutlich viel sagen können; aber wie das übrige Werk Lamprechts wäre es doch eine wahre Bereicherung.

Der österreichische Historiker **R i c h a r d C h a r m a t z** sammelte Aufsätze, die namentlich russische, österreichische und Balkanfragen betreffen, in einer Broschüre des Titels **Zarismus, Panslawismus, Krieg** /Wien, Anzengruberverlag/. Die Arbeiten bedeuten allerdings mehr durch Kenntnis und stoffliche Information als durch Direktive.

Nicht im Verhältnis zu ihrem so bedeutenden Ruf, jedoch im Verhältnis zu einem einfachen Anspruch befriedigen die 12 Skizzen von **Leopold von Wiese** zum Weltkrieg (Politische Briefe über den Weltkrieg /München, Duncker & Humblot/). Die Briefe haben den Reiz der Berichte und Meinungen eines Mannes, der gereist ist, gesehen hat, Leute kennt, mit einem Wort: den Reiz des Horizonts. Doch wird man schwerlich finden, was man nach dem Ruhm der Broschüre erwartet: daß das Urteil zu neuen Tiefen vorstoße. Klugheit und Anstand, Er-

fahrung und Takt für die Mittellinie bringen das Buch der Gegenwart noch nicht zuwege. Gleichwohl möge diese Bemerkung keinem die Sympathie für dies Dokument der Zuversichtlichkeit eines so konservativen wie neu hoffenden *guten Europäers* rauben.

Von wirklicher Bedeutung ist für die theoretische und praktische Erweiterung des historisch-politischen Urteils das kleine Buch des katholischen Straßburger Historikers **Martin Spahn** *Im Kampf um unsere Zukunft* /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/. Dies Büchlein lohnt die Lektüre von der ersten bis zur letzten Seite. Es erweckt Widerspruch: um so besser; andere Schriften der Zeit erwecken Längeweile. Es lehrt: allerlei dilettantische Anschauungen über die Politik der letzten Jahrzehnte werden von einem mit politischem Instinkt begabten Historiker durch positiv wertvolle Erklärung der Dinge verdrängt. Wo Spahn historisch zurückgreift, da setzt er Historisches wirklich zum Politisch-Gegenwärtigen in Beziehung. Das Wesentlichste der Arbeit ist wohl die Darstellung und Motivierung der französischen Politik. Was der landläufigen Auffassung nichts ist als einfältige Revanchehysterie, wird in diesem Büchlein mit Intelligenz und Mut als historisch-politische Notwendigkeit (vom Standpunkt Frankreichs) begriffen. Spahn findet die Formel: Elsaß-Lothringen bedeutet für Frankreich die Frage, ob es (was es seit der alten bourbonisch-habsburgischen Rivalität war) mitteleuropäische Macht sein soll oder Randmacht an der westeuropäischen Peripherie. Ohne weiteres erklärt sich in diesem Zusammenhang der Aufschwung der französischen Kolonialpolitik in der dritten Republik und das Interesse für England. Dies ist nur ein Thema des gescheiten Büchleins neben anderen Themen. Sehr gut ist unter anderem auch die triestinische Frage behandelt. Der entschieden großdeutsche Standpunkt mag immerhin katholisch sein: er ist jedenfalls politisch. Nicht ohne ein gewisses Mißbehagen an allzuviel Juristerei liest man die sehr interessante Veröffentlichung des Bonner Historikers **Aloys Schulte** über die belgische Neutralität /Bonn, Marcus & Weber/. Schulte bestreitet im Ergebnis den Bestand der belgischen Neutralität, sowohl den rechtlichen wie den praktischen. Seine Deduktion ist durchaus ernsthaft, wenn auch nicht rest-

los zwingend. Wie man sich nun auch zu der sorgfältigen und entschiedenen Arbeit stellen mag (und wie man insbesondere die aus einer wichtigen belgischen Quelle zitierte Theorie bewerten mag, daß neutralité nicht inviolabilité einschlieÙe): jedenfalls hat man nach der Lektüre des Buchs noch weniger als vorher das Gefühl, daß man verpflichtet sei die offizielle Politik Belgiens, Englands und Frankreichs mit sentimentalen Kleinbürgermeinungen zu betrachten. Und jedenfalls ist hier wenigstens ein Buch, bei dem man sich ereifern kann.

× KurzeChronik In München starb am 23. März der Präsident der Akademie und ehemalige Ordinarius der Geschichte an der Universität Professor Karl Theodor Heigel. Heigel war 1842 in München geboren, arbeitete als Beamter im bayrischen Reichsarchiv und wurde 1885 Nachfolger Giesebrechts an der Münchener Universität. Heigels größtes Werk ist die 2bändige deutsche Geschichte vom Tod Friedrichs des Großen bis zum Ende des alten Reichs /1786 bis 1806/: ein in der Quellenbenutzung unbefangenes, gleichwohl allzufühlbar von bürgerlich-liberalem Geist diktiert Werk. Die eigentlichste Leistung Heigels war die historische Miniatur, wie er sie in mehreren Essaybänden vollendete. × Der Wiener Universitätshistoriker Professor Josef Hirn, dem wir unter anderem ein treffliches Buch über den Tiroler Aufstand von 1809 verdanken, hat sich vom Lehramt zurückgezogen. Man erhofft gern von seiner MuÙe noch die und jene Arbeit zur österreichischen Geschichte.

× Literatur Der Delphinverlag in München hat dem Band, der die Satiren unserer Feinde gegen einander vereinigt, einen ähnlich ausgestatteten Band folgen lassen, in der die Satire des Auslands gegen Deutschland in Wort und Bild auftritt. Die Herausgabe besorgte mit Geschmack und Kenntnis der Historiker Friedrich Stieve (Unsere Feinde, wie sie die Deutschen hassen). × Eine der angenehmsten Zeitpublikationen ist eine von Samuel Saenger besorgte Ausgabe von Skizzen Fontanes über England und die Engländer (Der englische Charakter heute wie gestern /Berlin, S. Fischer/). Für

Deutschland stimmt Fontanes Bild nicht mehr. Aber England lehrt es kennen, kennen statt verachten; und die Form der Skizzen ist von entzückender Einfachheit. × Gelegentlich der italienisch-österreichisch-deutschen Verhandlungen ist mit Nachdruck auf ein kleines Buch hinzuweisen, das der Publizist Albert Zacher 1911 über das Italien der Gegenwart geschrieben hat /Heidelberg, Winter/. Zacher schrieb das Buch eines Mannes, der sich in Italien eingelebt hat. Er berührt alle Fragen des öffentlichen Lebens: Gemeindepolitik, Staatspolitik, Volkswirtschaft, Heer, Moral, Kunst, Wissenschaft. Die Information ist wertvoll und in der Form so leicht, daß man sich Ernsthaftes bequem aneignet. × Bei der Gelegenheit sei auch auf einen wertvollen Aufsatz von P. D. Fischer im 9. Heft der Internationalen Monatsschrift über die italienischen Kolonien verwiesen.

## KUNST

### Dichtkunst / Julius Bab

Kriegslyrik Die ununterbrochen in Zeitungen und Zeitschriften, Sonderheften und Anthologien ausströmende Produktion an Kriegslyrik hat doch ein paar Erscheinungen gezeitigt, die weitere Betrachtung lohnen.

Der frühere sozialdemokratische Redakteur in Nürnberg Karl Bröger, jetzt im Felde, gibt Kriegsgeschichte, deren formaler und geistiger Wert durchaus den Durchschnitt überragt (Aus meiner Kriegszeit /Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt/). Er gibt anschauliche Impressionen aus der Feldschlacht und aus dem Schützengrabenkrieg, die zuweilen allzu nüchtern, öfter einen echten Gefühlston mit harter Schlichtheit verbinden, und er gibt Betrachtungen, die zuweilen, das rein Rhetorische verlassend, dichterische Bekenntniskraft gewinnen. So in dem bekannt gewordenen Bekenntnis eines Arbeiters, das einen fast drohenden Volksstolz und ein tiefes Vaterlandsgefühl in einem geradlinig festen Pathos verbindet.

Das Gefühl, daß dieser Massenkrieg gerade das Volk, die Menge, zu endgültigem Selbstbewußtsein, zu freiem Stolz aufrufen müsse, spricht auch aus den sehr begabten Versen, die Hermann Claudius, ein Nachfahr des alten herrlichen Mathias, dessen 100. Todes-

tag unlängst gefeiert wurde, veröffentlicht: Hörst du nicht den Eisenschritt? /Hamburg, Janßen/. Claudius, der einstweilen in der plattdeutschen Sprache vor fremdem Einfluß sicherer, stärker ausschreitet als in seinen hochdeutschen Versen, findet sehr starke Töne für die von unten hochdröhende Massenkraft, etwa im Lied des Dichters:

»De wi sünt jümmer de Amboß weern,  
Nu sünd wi de Hamer, ju hogen Heern!»

Daneben zeigt sich dieses Claudius' echtes Dichtertum noch in einer reinen und freien Menschlichkeit, die zuweilen den ganzen Spuk des Krieges nicht zu fassen vermag und sich wie taumelnd in den Gottesfrieden der Natur hinauswendet.

Einfacher ist die Seele Heinrich Lersch', des rheinischen Kesselschmieds, dessen Gaben man zuerst gewahrte, als in den Mobilmachungstagen sein Lied umging mit dem stillen starken Kehrreim: »Deutschland muß leben, und wenn wir sterben müssen.« Unlängst ist von diesem jungen Dichter ein schmales Heft Die heilige Not, herausgegeben vom Sekretariat für soziale Studentenarbeit, erschienen; es enthält kein Stück von der sangbaren Fertigkeit jenes Aufbruchlieds, aber doch Strophen, Wendungen, Rhythmen, die ein ganz echtes und großes Talent bezeugen und die einfache offene Seele eines jungen Menschen zeigen, den die Not und die Begeisterung der Zeit tief ergriffen. Es sind Naturlaute, die bei Lersch anklingen, und er ist mir deshalb mehr als selbst die besten der zeitgenössischen Literaten (Schaukal, Vesper, R. A. Schroeder, Bodman), in deren Kriegsgedichtbänden sich auch manches gut geprägte Stück findet. Von der Unterwelt der schweißtriefenden Journalisten und der begeisterungsdampfenden Dilettanten sei ganz geschwiegen.

× **Kriegsprosa** ×

Auch der Prosabücher, die, meist in verdächtig getriebener Mischung von Wahrheit und Dichtung, den Krieg behandeln, sind Legion. Ein paar mögen hier den Durchschnitt andeuten.

Einen Band, betitelt Weiter leben! Kriegsschicksale /München, Langen/ gibt Karin Michaelis-Stangeland heraus, der es nicht leugnet rein Gedichtetes zu enthalten. Es sind kleine Novellen, geschickt ausgeschnitten, aber alle etwas bequem im Psychologischen. Der Krieg als deus ex

machina stellt jedesmal einen Menschen seelisch auf den Kopf: ein Ästhet wird sozial, ein Feigling heldisch, eine Hysterische gesund, und so. Allzu einfache Wirkung! Einigen künstlerischen Wert scheint mir nur das Titelstück zu haben, die sehr simple Geschichte einer Waschfrau, die 5 Söhne, ihren vollen Lebensinhalt, im Krieg verliert und »weiterlebt«. Das trägt Frau Michaelis in Andersens Märchentone vor, der melancholisch leuchtendes Geisterlicht über nüchternsten Alltag gießt, und immer, wenn ein Skandinavier zu diesem Mutterboden des nordischen Eigenstils zurückkehrt, gibt es etwas Gutes.

In dem Büchlein Von Lüttich bis Flandern /Weimar, Kiepenheuer/ will Wilhelm Kotzde eigentlich nur den deutschen Herbstfeldzug in Belgien sachlich berichten. Sein Stil aber, geschwollen von Ergüssen über deutsche Treue, welsche Tücke, ist so lyrisch im schlimmen Sinn des Worts, daß eher ein Roman für die unreife Jugend jeden Alters zustande kommt. Kotzdes Erzählung, die sich mit der jämmerlichsten Journalistenlyrik (Schüler, Rosner) und sehr schwachen Baluschkischen Bildern nur zu organisch verbindet, artet immerfort in unerlaubt naive und platte Deklamationen aus. Und sein sehr kleinlicher Germanismus, der der guten Sache des deutschen Volkes so gar nicht angemessen ist, der sich etwa daran ergötzt Namen für Natur zu sagen, macht auch die angehängten Kapitel über die Geschichte Flanderns nicht gerade empfehlenswert. Dieses Buch ist jedenfalls nicht von der Art der schönen Publikationen, die der Verlag Kiepenheuer sonst herausgebracht hat.

Viel höher steht die kleine Schrift, in der, einer Art Pendant zu Kotzdes Belgiebuch, Wilhelm Mießner den deutschen Augustfeldzug in Ostpreußen schildert (Am Feinde /Heilbronn, Salzer/). Mießner ist dabei gewesen, hat viel gesehen und gefühlt; er berichtet ohne erschütternde persönliche Note, aber auch ohne allzu gangbaren Phrasenaufwand, was er weiß. Auch wenn am Schluß seine kleinen Ausschnitte ins Dichterische hinüberschweifen, innere Momente verwundeter Kameraden schildernd, behält sein Stil eine feste und lebendige Sachlichkeit.

Das stärkste Stück solcher löblichen höhern Berichterstattung dürfte freilich das ungemein reife, lebendige, spürsame Tagebuch eines jungen Samariters,

betitelt Aus den Kämpfen bei Lüttich, sein, das zuerst in der Neuen Rundschau gedruckt, jetzt als Bändchen der Sammlung zeitgenössischer Schriften erschienen ist, die der Verlag S. Fischer herausgibt, und von der hier noch später gesprochen werden soll. Das Tagebuch erschien anonym, dann wurde in der Neuen Rundschau der Name des Autors mitgeteilt: Rudolf Requadt aus Frankfurt am Main.

× **Neuauflagen** Unter der Erzählungsliteratur künstlerischer Art, die in letzter Zeit neu aufgelegt wurde, ragt ein starker Band hervor: der berühmte, bereits der Weltliteratur angehörende Roman Michail Saltykow-Stschedrins Die Herren Golowlow /München, Georg Müller/. Der Autor ist 1889 gestorben; er war bekanntlich ein Zeitgenosse Turgenjews und mit seinen vielgelesenen Schriften, ebenso wie jener mehr lyrische und westliche Autor, ein Beginner der großen russischen Epoche, die sich in Tolstoj und Dostojewskij vollenden sollte. Da seine Satiren ein sehr national bestimmtes Ziel haben, ist er nicht so ins Ausland gedrungen wie seiner Bedeutung zukäme. Dies Hauptwerk existiert freilich seit langem bereits in deutscher Übersetzung. Gleichwohl bedeutet das Neuerscheinen, in der sehr kräftigen Übersetzung von Fega Frisch, ein Ereignis. Denn dieser Stschedrin ist, jenseits des engen Begriffs eines sozial nützlichen Satirikers, ein richtiger großer Künstler. Freilich, im Anfang erinnert diese Familiengeschichte mit den drei problematischen Brüdern etwas an die Karamasow, und dieser Vergleich ist allzu gefährlich, denn von der tiefen, Weltenkräfte aufwühlenden Dämonie Dostojewskijs ist in Stschedrin nichts; er ist Realist in einem engen, aber sehr starken Sinn des Worts. Als Kern dieses Buches zeigt sich allmählich die Darstellung eines Menschentyps, der russischen Sorte von Tartuff, und das ist kein Heuchler, sondern ein Schwätzer. Porfirij Golowlow, genannt Juduschka, das Judaschen, ist durchaus kein bewußter Heuchler; aber, ebenso ungebildet wie zungengewandt, nutzt er die Handvoll Phrasen über die Allmacht Gottes, die in ihm haften, um aus ihnen ein unzerreißbares Netz von Gerede zu spinnen, das er jedem über den Kopf wirft, der seinen Willen in Bewegung setzen, seinem nahezu empfindungslosen Egois-

mus Unbequemes zumuten will. Unangreifbar hinter dieser Wand theologisch-moralischer Phrasen rotet Juduschka schwatzend tatsächlich ganze Geschlechter aus; er schwatzt seine Eltern, Geschwister, Kinder unter die Erde. Er verflüchtigt aber sein eigenes Leben so ganz in Wortgespinste, daß er, völlig ausgehöhlt wie eine ganz taube Nuß, dem letzten leisen Druck der Wirklichkeit erliegt. Sein letzter Moment ist der erste, der etwas wie Zusammenhangsgefühl, Seele in ihm zeigt. Tiefer als das Milieu mit dem durch Aufhebung der Leibeigenschaft verwirrten Kleinadel offenbart dieser Schluß, der in diesem völlig ausgehöhlten Ding von einem Menschen doch eine Seelenflamme, ein letztes tragisch verflackern des Liebeslicht aufzucken läßt, russisches Wesen. Stschedrin schreibt den Stil des jungen Naturalismus, der gegenständliche Szenen zuweilen durch theoretisch-psychologische Erörterungen unterbricht. Aber er hat eine solche sinnliche Anschauungsfülle, eine so unbeirrbar sichere, verdichtende Kraft der Stoffverteilung, des Aufbaus, der Steigerung, daß er unentrinnbar packt, wie nur die großen Künstler.

× **Kurze Chronik** Im Felde ist wiederum ein junger deutscher Lyriker gefallen: Alfred Lichtenstein. Hans Schmidt-Kestner, ein Urenkel von Goethes Lotte, Redakteur in Hannover und ernststrebender Poet, starb als Fliegerhauptmann bei einem Absturz in Döberitz. × Der Lyriker Georg Busse-Palma starb nach langer Krankheit am 14. Februar. × In Frankreich starb der bekannte Journalist Jules Huret, dessen Reiseberichte aus Deutschland einst viel besprochen wurden. × Am 16. Februar starb der als Literaturhistoriker und Publizist bekannte Moritz Necker in Wien. × Nach einer französischen Statistik sind seit Kriegsbeginn in Frankreich nur 286 Werke erschienen, von denen in auffälligem Gegensatz zu Deutschland nur 20 vom Krieg handeln. × Das Ehrengehalt des Frauenbunds zur Ehrung rheinländischer Dichter erhielt diesmal Robert Walser.

× **Literatur** Von einem Menschen der Größe und des Umfangs Strindbergs muß jede nur zuverlässige Nachricht willkommen sein. So muß man Adolf Paul danken,

daß er seine Erinnerungen an Strindbergs Berliner Jahre 1892-1894, recht das Zentrum dieses düstern Heldenlebens, gesammelt und mit vielerlei Brieffragmenten illustriert hat (Strindbergerinnerungen und -briefe /München, Langen/). Es kommt freilich für die Menschheit durchaus nur auf den Strindberg an, der sich durch das Medium eines apokalyptischen Temperaments selbst gesehen und gemalt hat, unablässig, in den Büchern der Beichte, in Romanen, in Dramen, in Philosophien. Der nur, dieser riesige Gottesfeind und Gottsucher, ist wirklich, wirksam, ist der eigentliche Strindberg. Immerhin, als eine Art feinen psychologischen Sports ist auch das sogenannte literaturgeschichtliche Interesse berechtigt, für den Dichter, der noch nicht durch das sühnende Element seiner Visionen die wahre Wesensform erhielt. Von diesem Strindberg, seinen unermesslichen Launen, Reizbarkeiten, Fanatismen, Ungerechtigkeiten, Wahnsinnen, Gehässigkeiten (wie sie anderen erschienen und wohl auch erscheinen mußten) gibt Paul ein schwirrend buntes Bild. Er plaudert lebhaft und drastisch; daß zuweilen doch ein bißchen die Atmosphäre peinlichen Privatklatsches aufkommt, ist bei dem allzu nahen, allzu intimen Stoff, der hier eben nicht gestaltet, nur ausgebreitet werden sollte, vielleicht begreiflich.

## KULTUR

### Kolonisation / Herman Kranold

**Missionswesen** Man ist in nichtkirchlichen Kreisen leicht geneigt an den Missionen nur die zuweilen zutage tretenden schlimmen Seiten zu sehen und hat keinen rechten Blick für die ungeheure kulturelle Bedeutung dieser Bewegung. Besonders in den Kreisen unserer Partei ist es nur wenig bekannt, wie energisch, furchtlos und wirksam in vielen Geschichtsepochen die Missionare als Beschützer der von ausbeutungslustigen Weißen bedrückten Eingeborenen aufgetreten sind. Man weiß nicht, daß sich langdauernde politische Gegensätzlichkeiten zum guten Teil gerade aus diesen Konflikten zwischen den Humanitätsbestrebungen der Missionen und der sie schützenden Regierungsinstanzen und den Profitinteressen anderer Kolonisatoren herausgebildet haben. Es ist zum Beispiel in Deutschland eine

fast unbekannte Tatsache, daß die Engländer und ihre Missionare in Südafrika viele Jahrzehnte hindurch mit aus diesem Grund in heftigster Kampfstellung gegen die durchaus eingeborenenfeindlich gesonnene Burenbevölkerung standen, die in den Farbigen nur *Geschöpfe*, aber keine Menschen zu sehen gewohnt war.

Deshalb ist es zu begrüßen, wenn wir zuverlässige Informationsquellen über diese Teile der Kolonialgeschichte und Kolonialpolitik gewinnen, wie sie das knappe, aber ausgezeichnete Buch des Berliner Universitätsprofessors D. Julius Richter *Das deutsche Kolonialreich und die Mission /Basel, Missionsbuchhandlung/* bietet. Zahlen wie die folgenden erhellen die Kulturleistung der Mission für die Kolonien. Nach Richters Buch arbeiteten 1913 in den deutschen Schutzgebieten (einschließlich Kiautschou) 10 Missionshospitäler, 32 Polikliniken, 10 Aussätzigenasyle, 1 Irrenasyl, 13 europäische Ärzte, 1 eingeborener Arzt, 27 medizinisch geschulte Missionare, 64 Krankenschwestern. Behandelt wurden in einem Jahr 72 700 Kranke und außerdem etwa 3000 Aussätzige (in Deutsch Ostafrika). Sind diese Zahlen auch gering im Verhältnis zu den vielen Millionen Menschen, die in Frage kommen, so bildet doch die Tätigkeit, die sie illustrieren, einen sehr schönen Anfang, und man sollte sie deshalb bei einem Urteil über die Leistung der Missionen niemals vergessen. Man kann gar nicht nachdrücklich genug unterstreichen, was Richter in folgenden Worten ausspricht: »Wir europäische Kolonisatoren untergraben die Grundlagen, auf denen ihr [der Eingeborenen] soziales und religiöses Leben bisher ruhte. Wir zerstören ihre Sitte, wir durchschneiden die Wurzeln ihrer Religionen.« In der Tat, das ist die Kehrseite der Medaille. Eine Mission ist freilich nur aussichtsreich, wenn schwerwiegende Änderungen der sozialen und wirtschaftlichen Struktur vor sich gehen; sind diese aber einmal eingetreten, so ist es andererseits nötig, daß sich eine für die neuen wirtschaftlichen Grundlagen passende Weltanschauung durchsetzt. Das ist ja wohl nicht gerade unmarxistisch gedacht. Die Folgerung, daß, wer wirklich den Eingeborenen tatkräftig helfen will, deshalb die Missionen unterstützen müsse, liegt also wohl nicht so sehr fern. Bedeutet doch die Mission heute nicht mehr allein Dogmenpropaganda,

sondern viel mehr noch als früher Eingeborenenenschutz jeder Art. Mit Recht hebt Richter den Unterschied hervor: »Die staatliche Kolonialpolitik will dem Mutterland Werte zuführen. Der Handel will verdienen. Die Pflanzer und Bergwerksunternehmer wollen für sich die Schätze heben. Die Mission darf sagen: Wir suchen nicht das Eure sondern euch.« Freilich ist in diesen Worten eine kleine Schlinge des Eigennutzes: die »euch« will ja die Mission für ihre Dogmatik fangen, darum ist sie für Eingeborenenenschutz. Aber darf man deshalb unbeachtet lassen, wieviel Segen sie bei diesem Unternehmen stiftet? Was aber die Bekehrung anlangt, so ist die einzige Bedingung, die wir machen müssen, wohl die, daß nicht mit unlauteeren Mitteln bekehrt werde. Wo hierin nicht gesündigt wird, wie das jetzt fast nirgends in der Mission geschieht (man sieht ihr viel zu scharf auf die Finger), da gilt wohl der Grundsatz »Volenti non fit iniuria«.

×  
**Sklaverei** Unter den Veröffentlichungen des Reichskolonialamts ist, unter privater

Verantwortung des Verfassers, eine umfangreiche, den Stoff souverän beherrschende Darstellung Die Haussklaverei in Ostafrika von Dr. Fritz Weidner / Jena, G. Fischer / erschienen. Sie zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß sie die Frage im Rahmen der gesamten Entwicklung der Sklaverei in den Ländern an der Ostküste Afrikas zeigt und so erst die richtigen Verständnismöglichkeiten für die soziale Bedeutung der in Deutsch Ostafrika noch zu Recht bestehenden Spezialart der Haussklaverei gibt. Der Vergleich mit den Erfahrungen besonders in Britisch Ostafrika beweist meiner Ansicht nach, daß eine gewaltsame Aufhebung dieser Institution, wie sie in den englischen und italienischen Gebieten erfolgte, eine unnötige Erschwerung der Existenz für viele dieser Haussklaven wäre. Dagegen scheint die von der deutschen Behörde angewandte Methode die richtige. Sie nimmt die vorhandenen Sklavenbestände unter scharfe Kontrolle, verhindert eine Vermehrung des alten Stocks durch Raub, Kauf oder Geburt und macht so den Weg für ein allmähliches Aussterben der Sklaverei frei. Zugleich sichert sie zum bessern Schutz der jetzt existierenden Sklaven der Verwaltungsbehörde ein Freikaufsrecht und weitgehende Kompetenzen; bei Mißbrauch

der Herrenrechte gegen die Herren mit Zwangsfreilassung einzuschreiten. In der Tat ist dieses Verfahren für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenden, in denen noch in nennenswertem Umfang Haussklaverei besteht, das schonendste. Zugleich ist es das menschlichste gegenüber den Sklaven selbst, die doch durch die Sklaverei meist ganz unfähig zu selbständiger Lebensführung geworden sind. Und es ist deshalb viel besser als das schonungslose Vorgehen der britischen Machthaber in ihren Gebieten, das, ganz gegen englische Gewohnheit, von Doktrinen bestimmt ist.

×  
**Alaska** Alaska gilt uns gewöhnlich als ein Land, in dem nichts wächst und in dem ebensowenig wie Güter Erkenntnis zu holen ist. Eine ausführliche Monographie Edgar Salins Die wirtschaftliche Entwicklung von Alaska / Tübingen, Mohr / zeigt, daß wir in diesem fast menschenleeren Land trotzdem in seltener Reirheit eine für das kapitalistische Zeitalter besonders charakteristische Erscheinung in allen ihren Entwicklungsstadien beobachten können: das Phänomen der Vertrustung einer Volkswirtschaft. Um dies in voller Deutlichkeit darlegen zu können, untersucht Salin zunächst die wirtschaftlichen Verhältnisse deskriptiv: den sehr geringen Ackerbau, die noch unbedeutendere Forstwirtschaft, den Bergbau, die Fischerei und die Transportverhältnisse. Schon bei dieser Darstellung treten 2 Punkte immer von neuem hervor: die dogmatisch unüberlegte Art, in der der Kongreß in Washington Schutzmaßnahmen gegen Raubbau am Land traf, und die Manier, in der das Alaska Syndicate diese falschen Maßnahmen wie die Gunst der natürlichen Verhältnisse zur Aufrichtung seiner Herrschaft auszunutzen verstand. Die Entwicklung dieser Zustände schildert dann der 2. Teil der Arbeit eingehender. Uns interessiert hier besonders die kolonisationsthorische Seite, der Salin einen eigenen Abschnitt widmet. Alaska fällt, was an sich schon wichtig ist, völlig aus dem üblichen Schema der Kolonisation heraus. Denn es wurde zuerst durch die Industrie (Gold, Fischverarbeitung) erschlossen, und eine landwirtschaftliche Produktion erhob sich erst auf dieser Basis. Noch jetzt ist denn auch das Territorium ein Agrareinfuhrland. Dazu kommt aber, daß es nie eine staat-

liche Bemühung für die Kolonisation Alaskas gegeben hat. Auch die individuelle Kolonisation, wie sie sich zum Beispiel in dem Hinüberfluten des weißen Elements von den Neuenglandstaaten nach dem Westen der Vereinigten Staaten äußerte, fiel hier fort, da zwischen diesen Einwandererquellen und der Nordwestecke Amerikas kein territorialer Zusammenhang bestand. So wurde denn als treibender Faktor lediglich das finanzielle Interesse kapitalistischer Organisationen, eben des Trusts und seiner Vorläufer, wirksam, und die Folge ist, daß auch heute noch die Kolonisation Alaskas unter dem Zeichen dieses ihres Ursprungs steht. Der Trust zieht jährlich aus den Industrien Alaskas mehrere Millionen Gewinn, ohne doch einen nennenswerten Teil davon im Land zu lassen; er hat ein Interesse daran eine eigene, der Autarkie zustrebende Wirtschaft in Alaska nicht aufkommen zu lassen, da ja die Versorgung von außen her, infolge seines Monopols an den Transportmitteln, einen wesentlichen Teil seines Gewinns ausmacht. Freilich meint Salin, der Erfolg dieser Art von Kolonisation sei immer noch größer als ihn etwa das Einstürmen individualproduzierender Goldsucher mit sich brächte. Aber ich muß gestehen, diese Überlegung überzeugt mich nicht sehr. Denn wenn die Goldsucher, die anfänglich ins Land strömten, für den Aufbau der alaskanischen Volkswirtschaft nichts geleistet haben, so beweist das gar nichts für die Gestaltung der Verhältnisse bei einem Dauerzustand dieser Art. Die Beispiele für solche Individualkolonisation, die wir sonst kennen: Australien und zum Teil Südafrika, scheinen mir eher für die entgegengesetzte Meinung zu sprechen. Dagegen weist Salin mit Recht darauf hin, daß der Trust durch seine Politik einer Verschleuderung der natürlichen Schätze des Landes entgegenwirke, und in der Tat ist die Geschichte, besonders der alaskanischen Fischindustrie ein guter Beleg für diese These. Das ist ja auch leicht erklärlich: Der kapitalkräftige Trust kann geringere Ergebnisse in der Gegenwart ruhig in den Kauf nehmen, sobald er nur Aussicht hat auf die Dauer besser dabei wegzukommen. Der individualwirtschaftende Einwanderer aber kann das nicht. Die Hoffnung auf den schönsten Gewinn in späteren Jahren entschädigt ihn nicht dafür, daß er inzwischen vielleicht den Hungertod er-

leidet. Diese Vorteile sind aber nicht an die Trustkolonisation gebunden sondern an jede Kolonisation, die von kapitalkräftigen Assoziationen ausgeht. Daß diese Assoziationen in Alaska Trusts waren, erklärt sich daraus, daß jede staatliche Betätigung dort fehlte. Bei dieser Entwicklung erscheinen nun aber auch alle Schattenseiten der Trustbildung in verstärktem Maß, zumal der Trust durch auswärtige Kolonisation dieser Art ja nur seine gemeinschädliche Position in der Heimat stärken will und tatsächlich stärkt. Salin folgert aus dem allen, daß die Regierung selbst als Träger der Kolonisation auftreten, die Eisenbahnen auf eigene Kosten bauen und in eigener Regie betreiben müsse usw., also Dinge, die uns ganz geläufig sind, und mit denen wir in unseren Kolonien recht gute Erfolge erzielt haben.

X

**Kurze Chronik** Als Nachfolger des verstorbenen Supf wurde zum Vorsitzenden des Kolonialwirtschaftlichen Komitees Generaldirektor a. D. Dr. Wilhelm von Oechelhäuser gewählt. X Die Ursachen der Preiskrise in Kautschuk, die vor dem Ausbruch des Kriegs eintrat, beleuchtet sehr gut die Ausführstatistik: In Ceylon, wo Pflanzungskautschuk gewonnen wird, stieg die Ausfuhr von 1912 bis 1913 von 15 auf 25,4 Millionen englische Pfund, in Brasilien, das mit hohen Produktionskosten Wildkautschuk produziert, zeigte sie in der selben Zeit einen Rückgang von 42,3 auf 35,9 Millionen Kilo.

X Für die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in Britisch Indien sind folgende Zahlen sehr charakteristisch: Eisenbahnmaterial wurde eingeführt 1911 für 93 Millionen Mark, 1912 für 119 Millionen Mark, 1913 für 187 Millionen Mark. X In Madagaskar hat sich in den letzten Jahren eine lohnende Industrie in der Graphitgewinnung entwickelt. Die Ausfuhr, die 1909, in den Anfängen der Produktion, erst 19 Tonnen betrug, war im Jahr 1913 bereits auf 6314 Tonnen gestiegen.

X

**Literatur** Das Buch Warrington Dawson's Le nègre aux Etats-Unis /Paris, Guillemoto/ stellt einen Temperamentsausbruch von vielen Seiten dar. Dawson verfißt die These, daß die Emanzipation kein Glück für die Neger gewesen sei, mit großem Nachdruck

und noch größerer Beredsamkeit. Und man muß gestehen, daß auch ein kritischer Leser, der vieles abzieht und nur manches gelten läßt, zu dem Schluß kommen muß, daß eine Revolution nie das leisten kann, was man von einer ruhigen Entwicklung erhoffen darf. Trotzdem wird man sich der ungünstigen Prognose des Verfassers nicht völlig anzuschließen brauchen, die auf einer etwas primitiven psychologischen Einschätzung des Negers beruht und sich auf wenig schätzbare Zeugen, wie den Afrikareisenden Theodore Roosevelt, stützt. × Ein guter Kenner Marokkos, Professor Dr. Georg Kampffmeyer, gibt in seiner Schrift *Im neuen Marokko* /Frankfurt, Keller/ Grundzüge zur wirtschaftlichen Orientierung über die neue Gestaltung des Landes. Seine Meinung geht dahin, daß auch nach der Errichtung des französischen Protektorats das Land für deutsches Kapital und deutsche Unternehmungslust noch gute Aussichten biete, zumal die französische Verwaltung offensichtlich bemüht sei den deutschen wirtschaftlichen Interessen und Interessenten nichts in den Weg zu legen. Eine Annahme oder Anzweiflung dieser Prognose hat zurzeit wenig Zweck, da der Krieg alle diese Dinge über den Haufen geworfen hat, und die spätere Entwicklung davon abhängen wird, in welchem Verhältnis wir durch seinen Ausgang zu Frankreich kommen werden. × Wenn wir der gründlichen und belehrenden Arbeit H. Schwarzes die wirtschaftlichen Verhältnisse im Sultanat Sansibar vor und nach der Errichtung der englischen Herrschaft /Berlin, Tetzlaff/ folgen, so erfahren wir, daß diese Insel, ein wahres Paradies der Fruchtbarkeit, trotzdem unter der Herrschaft eingewanderter Araber ihre Bedeutung als agrikoles Gebiet in typisch latifundistischem Entwicklungsgang verloren hatte; eine Ausnahme bestand nur für den Anbau von Gewürznelken, in deren Erzeugung und Handel die Insel für die besseren Qualitäten fast ein Weltmonopol gewann. Die wirtschaftliche Bedeutung Sansibars unter der Araberherrschaft beruhte auf seiner politischen Macht: Die Beherrschung des größten Teils der Ostküste Afrikas ermöglichte eine Politik, deren Ergebnis war, daß Sansibar der Stapelplatz für den gesamten Handel dieser Küste und ihres Hinterlands mit der ganzen

übrigen Welt wurde. Als diese Gebiete dann aber allmählich unter deutsche, englische und italienische Herrschaft glitten, schwand auch die wirtschaftliche Bedeutung der Insel immer mehr, und heute scheint sie ein totes Land. Die Engländer haben gegen diese Entwicklung nichts getan; manche ihrer handelspolitischen Maßnahmen haben diesen Prozeß der Verödung sogar noch gefördert. × Ein Reiseplauderbuch hat A. C. Cavicchioni geschrieben: *Dalla Somalia Italiana all' Isola di St. Helena* /Bologna, Beltrami di L. Cappelli/. Doch gehen die Abschnitte über das italienische Somaliland und Eritrea tiefer, und auch über die weiteren Stationen seiner Reise, das französische Djibouti, Britisch Ostafrika, Portugiesisch Ostafrika usw. gibt Cavicchioni Beobachtungen wieder, die wesentliche Dinge treffen. × Ein Bild der deutschen Verwaltung und Gerichtsbarkeit, wie sie in Kiautschou geübt wurde, gibt Otto Hövermann (*Kiautschou* /Tübingen, Mohr/). Das Buch ist als gut und gelungen zu bezeichnen; besonders zu loben ist der übersichtliche Aufbau. Ein Verzeichnis der Abkürzungen vermißt man; nicht jeder hat doch das Verzeichnis des Juristentags zur Hand. × Argentinien, ein Land der Zukunft, schildert ein Buch des Generals A. Arent /München, Steinebach/, das viele teilweise interessante teilweise überflüssige Illustrationen (unter anderen reproduzierte Ansichtspostkarten) enthält und sehr lebendig geschrieben ist. Man wird aus der Schilderung allerlei Wissenswertes erfahren, wengleich der Verfasser in wirtschaftspolitischen Fragen ein Dilettant ist. Die beigegebene Karte, die wohl auf Farberwirkung angelegt war, ist im übrigen sehr instruktiv. × Ebenfalls von seinen persönlichen Erfahrungen geht Emil Teuber in seiner Schrift *Landwirtschaftliche Unternehmungen in Argentinien* /Frankfurt an der Oder, Troitzsch/ aus. Er gibt eine reine Beschreibung des tatsächlichen Zustands der Seiten der argentinischen Volkswirtschaft, die sein Thema bilden, und illustriert sie hie und da lebendig durch Zahlen aus Zeitungsausschnitten. Die Schrift ist übrigens auch geeignet manche in Parteilagen grassierende Irrtümer über Art und Leitung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in Argentinien zurechtzurücken.